



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 38 – 20. September 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Meilenweiter Vorsprung Moskau
Russlands Hyperschall-Waffen **2**

Deutschland

Vorentscheidung im Wunderland
Vorstandswahl auf Parteitag der NRW-AfD **3**

Hintergrund

Fast ein Drittel Soziales
Aber die Ansprüche des einzelnen Bürgers fallen immer geringer aus **4**

Preußen / Berlin

Ein Museum für die Zukunft
In Berlin hat das Futurium eröffnet **5**

Ausland

Brexit-Chaos
Welche Möglichkeiten Premier Johnson noch hat **6**

Kultur

Der aus der Reihe tanzt
Ballett-Ikone Rudolf Nurejew im Kino **9**

Geschichte

»Der dicke Lüderjahn«
Preußens bigotter König Friedrich Wilhelm II. **11**



Beifall für totalitäre Abwege: Sänger und Polit-Aktivist Herbert Grönemeyer

Bild: imago images/Stefan M Prager

Sich selbst entlarvt

Was Heiko Maas' Zustimmung zu Herbert Grönemeyers Diktatur-Rede offenlegt

Außenminister Maas beglückwünscht linken Sänger zu einer fanatischen Rede im NS-Stil während eines Konzerts in Wien.

Die Szene jagt vielen Beobachtern einen Schauer über den Rücken: In einer riesigen, düsteren Halle schreit der Sänger Herbert Grönemeyer in eine euphorisierte Masse von Tausenden: „Wenn Politiker schwächeln ..., dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat ... Keinen Millimeter nach rechts!“ Dann erhebt sich ohrenbetäubender Jubel.

Die Stimme des Sängers steigert sich zum Ende in eine fanatische Hysterie, die selbst den linken Dramaturgen und Autor Bernd Stegemann an Auftritte von NS-Größen erinnert. Auch der Text passt dazu: Hier will also jemand „diktieren“, wie unsere Gesellschaft „auszuse-

hen hat“. Die Wortwahl enthüllt die antifreiheitliche, totalitäre Gesinnung des Schreiheals, daran ist kein Zweifel. Wäre es indes beim völlig entgleisten Auftritt des Entertainers und dem rasenden Applaus seiner Fans geblieben, hätten viele die Sache abgehakt.

Doch dann beglückwünschte Außenminister Heiko Maas (SPD) Grönemeyer offen zu dessen Kampfansage, und zwar ausgerechnet mit den Worten: „Es liegt an uns, für eine freie Gesellschaft einzutreten und die Demokratie gemeinsam zu verteidigen. Danke an Herbert Grönemeyer und alle anderen, die das jeden Tag tun.“

Nichts stimmt hier. Wer „diktieren“ und dem anderen politischen

Lager „keinen Millimeter“ mehr lassen will, der will weder Demokratie noch eine freie Gesellschaft. Er strebt stattdessen von beidem das genaue Gegenteil an: Diktatur und Gleichschaltung.

Entweder, Maas erkennt dies selbst nicht, oder er verfolgt bewusst Ziele, die diametral zu denen stehen, die er zu verfolgen vorgibt. Im Endeffekt ist diese Frage allerdings zweitrangig.

Die völlige Verwirrung der Begriffe steht im Wechselspiel zur Verwirrung des Denkens. Wo die Menschen aber nicht mehr zu unterscheiden vermögen zwischen Freiheit und Gleichschaltung, Demokratie und Diktatur, da ist den Feinden der freiheitlich-demokratischen Ordnung Tür und Tor ge-

öffnet, denn niemand sieht die Feinde kommen.

Diese Verwirrung hat sich längst wie ein Virus ausgebreitet. Politiker warnen vor „Ausgrenzung“ und grenzen Andersdenkende erbarmungslos aus. Der „Toleranz“ wird das Wort geredet und gleichzeitig die Forderung erhoben, Oppositionellen jede Möglichkeit der freien Versammlung und politischen Betätigung zu entreißen. „Vielfalt“ wird zum Fetisch erhoben, wo abweichende Positionen faktisch verboten werden.

All das ist weit mehr als ein bloß theoretisches Problem. In der Geschichte war die Verwirrung der Begriffe immer eine der Hauptwaffen brauner Machtergreifer und roter „Revolutionäre“. Da drängt sich heute der Eindruck auf, dass der „Kampf gegen Rechts“ nur einem gewaltigen Ablenkungsmanöver dient. *Hans Heckel*

»Diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat«

Schulden mit zwölf Nullen

Öffentliche Haushalte sind mit knapp zwei Billionen Euro verschuldet

Der sogenannte Öffentliche Gesamthaushalt, der Bund, Länder, Gemeinden und die Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte in Deutschland umfasst, war zum Jahresende 2018 bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie privaten Unternehmen mit 1,916 Billionen Euro verschuldet. Das entspricht einer Pro-Kopfverschuldung zum genannten Zeitpunkt von 23 124 Euro. Damit hat sich der Schuldenstand gegenüber dem Ergebnis vom Jahresende 2017 um 2,7 Prozent beziehungsweise 52,5 Milliarden Euro verringert.

Dabei haben alle Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts

zum Schuldenabbau beigetragen. Der Bund war zum Ende des Jahres 2018 mit 1,213 Billionen Euro verschuldet. Der Schuldenstand sank damit um 2,4 Prozent bezie-

Hamburg und Bremen sind Schlusslichter

hungsweise 29,3 Milliarden Euro gegenüber dem Jahresende 2017. Einen erheblichen Beitrag zum Schuldenrückgang leisteten vor allem die Länder. Deren Schuldenstand nahm um 2,7 Prozent beziehungsweise 15,9 Milliarden Euro auf 570,5 Milliarden Euro ab.

Bis auf das stets klamme Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, deren Schulden noch zunahmen, konnten alle Bundesländer ihre Verschuldung abbauen. Für Schleswig-Holstein betrug der Anstieg 5,8 Prozent, für Hamburg 5,5 Prozent und für Bremen 3,3 Prozent. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg in Hamburg und Schleswig-Holstein waren die Schuldenaufnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf der HSH Nordbank, der ehemaligen gemeinsamen Landesbank beider Länder, da der HSH-Finanzfonds die Rückgarantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2009 in Anspruch genommen hat.

Vorbildlich dagegen waren die Länder mit dem höchsten Schuldenrückgang, Bayern mit einem Minus von 13,9 Prozent, gefolgt von Sachsen mit einem Minus von 9,4 und Thüringen mit einem Minus von 7,7 Prozent.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände senkten ihren Schuldenstand um insgesamt sieben Milliarden Euro auf 132,8 Milliarden Euro, was einem Rückgang von fünf Prozent entspricht. Darin nicht enthalten sind die Schulden von kommunalen Eigenbetrieben, die als Marktproduzenten tätig sind, in Höhe von 24,1 Milliarden Euro.

Mit Ausnahme von Baden-Württemberg (Schuldenanstieg

von 1,5 Prozent) und Niedersachsen (1,2 Prozent) konnten die Gemeinden ihre Schulden reduzieren. An der Spitze beim Schuldenrückgang liegen Sachsen mit

Sachsen liegt bei Rückgang vorn

einem Minus von 9,3 Prozent, Thüringen mit einem Minus von 7,6 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Minus von 7,1 Prozent.

Eigentlicher Spitzenreiter beim Schuldenrückgang der Gemeinden ist Hessen mit einem Minus von 26,5 Prozent, Hier ist jedoch

MANUEL RUOFF:

Rückwärts

Wenn es eine Branche in Deutschland gibt, die trotz zu schwächeln beginnender Konjunktur noch boomt, dann ist es die Baubranche. Allerorten wird über Wohnungsnot geklagt. Wenn die Baubranche droht ausgebremst zu werden, dann nicht nur durch teure staatliche „Klimaschutz“-Auflagen und einen Mangel an bezahlbaren Grundstücken, sondern nicht zuletzt auch durch Handwerkerangel. Wohnungsbaugenossenschaften klagen, dass sie bei der Pflege ihres Bestandes hinterherhinken, weil der Neubau die Handwerker aufsaugt. Zusätzlich erschwert wird die Situation durch fehlenden Nachwuchs aufgrund des Pillenknicks und des Trends der Jugend, an den Unis statt in den Lehrbetrieben ihr Glück zu versuchen. Und in einer solchen Situation will die Bundesregierung durch eine Rolle Rückwärts zum Meisterzwang das Angebot an Handwerkern künstlich zusätzlich verkleinern (siehe S. 7).

Auch als Historiker kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Da feiern wir mit den preußischen Stein-Hardenbergschen Reformen auch die Ersetzung des Zunftzwangs durch die Gewerbefreiheit und dann sowas. Man muss den Liberalismus mit seiner Marktwirtschaft ja nicht gut finden, aber ist die Rückkehr in den Feudalismus mit seinem Zunftzwang die bessere Alternative?

Bleibt das Argument der Qualität. Wer glaubt, dass ein Meister besser arbeitet, kann ja gezielt einen Meister beauftragen. Die anderen sollten jedoch die Möglichkeit behalten dürfen, das Risiko einzugehen, einem günstigeren Anbieter ohne Meisterbrief den Vorzug zu geben. Auch das gehört zur Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des mündigen Bürgers.



MELDUNGEN

Londoner Börse blickt auf China

London – Die Investmentgesellschaft der Londoner Börse, FTSE Russell, hat erstmals chinesische Aktien in ihre Indizes für sogenannte „Aufstrebende“ beziehungsweise Schwellenmärkte aufgenommen. In einer ersten Tranche betraf dies Anteile von 1000 Unternehmen unterschiedlicher Größe mit einem Wert von zehn Milliarden US-Dollar. In zwei weiteren Tranchen in diesem Monat und im März 2020 sollen Aktien für weitere 250 Milliarden Dollar hinzukommen. Der chinesische Markt sei schlichtweg „zu groß, um ihn zu ignorieren“, erklärte Philip Lawlor, Chef der Weltmarktforschungsabteilung von FTSE Russell, das neue britische Engagement im Lande des welpolitischen Gegners. China sei dabei, den Schwellenmarkt ähnlich zu dominieren wie die USA jenen der Industrieländer. Inwieweit die Angelsachsen hierbei nur auf Profit setzen, darf trotz folgenloser Proteste von einzelnen US-Senatoren gegen die Neuaufnahmen durchaus hinterfragt werden: Indizierungen und diesen folgende Investitionen erlauben nämlich massive Marktmanipulationen zur Schwächung des Reiches der Mitte, die man bisher nur in viel bescheidenerer Weise auf indirektem Wege erreichen konnte.

T.W.W.

Terrorismus nimmt ab

Washington – Seit 2014 ist die Zahl und Todesrate von Terroranschlägen weltweit zurückgegangen. Sicherheitsexperten warnen jedoch, dass Terroristen und angehende Extremisten ihre Methoden in einer äußerst besorgniserregenden Richtung anpassen und ändern: weniger Raffinesse, aber größere Wirkung. Laut Crowd-Sourcing-Daten, gab es in diesem Jahr bislang weltweit 1264 Terroranschläge, bei denen 5763 Menschen ums Leben kamen. Laut der Global Terrorism Database (GTD) gab es 2014 dagegen noch 16 903 Angriffe und 44 490 Todesfälle. In dieser Datenbank werden seit 1970 Terrorvorfälle belegt und Dutzende von Variablen wie Waffen, Ziele, Anzahl der Opfer und Verantwortlichkeitsansprüche identifiziert. GTD-Daten laufen nur bis Ende 2017, enthalten aber Daten für jedes Land. In diesem Zeitraum lag beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, bei einem Terroranschlag in Südkorea ums Leben zu kommen, bei eins zu 213 Millionen. In Island und Luxemburg war sie gleich Null. Der Anstieg der Terroranschläge um das Jahr 2014 kann mit zahlreichen geopolitischen Ereignissen in Verbindung gebracht werden, darunter einer Zunahme der sektiererischen Gewalt im Irak und in Afghanistan; dem Bürgerkrieg in Syrien, der den Aufstieg des Islamischen Staates erleichterte; die Auswirkungen der regierungsfeindlichen Proteste des Arabischen Frühlings im Nahen Osten, die 2011 begannen; und ein ermutigter Boko Haram in Nigeria, wo seit 2009 mindestens 30 000 Menschen getötet wurden. Der Rückgang des Terrorismus international hat sicher mit der Beendigung der Konflikte im Irak und in Syrien zu tun, er ist aber auch die Folge von massiven Investitionen in Terrorismusbekämpfung und Geheimdienste durch Regierungen, multilaterale Institutionen und Technologieunternehmen wie Facebook und YouTube.

B.B.

Meilenweiter Vorsprung Moskaus

Den russischen Hyperschall-Waffen haben die USA nichts Vergleichbares entgegenzusetzen

Ein hochrangiger Beamter der US-Administration hat bekanntgegeben, Washington beabsichtigt nicht, Hyperschall-Raketen in Russland zu kaufen. Was auf den ersten Blick wie ein Aprilscherz anmuten mag, ist erstens wahr und hat zweitens handfeste Hintergründe.

Berücksichtigt man, dass sich die USA seit Jahren genötigt sehen, mit dem RD-180 in Russland Triebwerke für zivile Rake-

paganda und des Wunschdenkens und hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Die Möglichkeit eines Kaufes von Hyperschall-Waffen aus Russland durch die USA geht auf das Treffen der beiden Staatsoberhäupter Wladimir Putin und Donald Trump beim G 20-Gipfel in Osaka Ende Juni zurück. Damals ging es unter anderem um die Frage, wie moderne russische Waffen im Rahmen gemeinsamer Vereinbarungen über eine

die USA könnten solche Waffen in Russland erwerben.

Dieses Angebot also haben die USA zurückgewiesen und hoffen weiterhin auf die Möglichkeit, durch ein neues START-Abkommen die Vernichtung der russischen Bestände zu erreichen, während sie selber heimlich und vertragswidrig solche entwickeln, so, wie sie es bei den INF-Verträgen, dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, auch getan ha-

mee und Marine arbeiten an der „Advanced Hypersonic Weapon“ (AHW), die Luftwaffe entwickelt die „Hypersonic Conventional Strike Weapon“ (HCSW). Schließlich gibt es noch eine dritte Entwicklung, das „Prompt Global Strike“-Programm.

Putin hatte anlässlich einer Plenarsitzung des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg erklärt: „Ich sagte zu Donald (Trump): Willst du, dass wir dir (solche Waffen) verkau-

ner Boeing B-52 „Stratofortress“ aus, einem Flugzeug, das aus dem Jahr 1952 stammt, erstmals getestet. Sie soll 2022 an die Truppe ausgeliefert werden und ein Gegenstück zur russischen Hyperschall-Luft-Boden-Rakete Ch-47M2 „Kinschal“ (Dolch) bilden, die der Truppe bereits zur Verfügung steht. Trotz milliardenschwerer Aufwendungen haben die US-Amerikaner im Gegensatz zu den Russen noch kein System bis zur Truppentauglichkeit entwickeln können. Bei der AGM-183A werden zwar zumindest in der Stratosphäre sehr hohe Geschwindigkeiten erreicht, doch fehlt es an einem zuverlässigen Lenksystem, das den Sprengkopf ins Ziel bringen könnte.

Die russische „Kinschal“ wird von einem russischen Abfangjäger des Typs Mikojan-Gurewitsch MiG-31K getragen, der seinerseits zweieinhalbfache Schallgeschwindigkeit erreicht. Infolge ihrer Geschwindigkeit ist die „Kinschal“ für jedes Radar unsichtbar. Sie ist während des Fluges manövrierbar und trifft ihr Ziel auf mehr als 1000 Kilometer. Eine andere schon im Einsatz befindliche Entwicklung ist die schiffsgestützte Hyperschall-Anti-Schiffs-Lenk-Waffe „Zirkon“ mit ihrer mehr als zehnfachen Schallgeschwindigkeit. Gegen die „Zirkon“ gibt es kein Abwehrmittel.

Der Fortgang auf beiden Seiten wird aufmerksam verfolgt, und besonders aufmerksam von den Chinesen. Das Pekinger Fachportal „Sohu“ schreibt: „Obwohl Amerika lange vor Russland mit der Entwicklung von Hyperschall-Waffen anfang, schon Ende des 20. Jahrhunderts, haben die Amerikaner keine besonderen Erfolge auf diesem Gebiet erzielt.“ Bestes Beispiel für den Vorsprung der Russen sei das Kampfmodul „Awangard“, mit dem „jeder Flugabwehrschild“ zu durchbrechen sei. Der realistische US-amerikanische Fachmann General John Hyten, Kommandeur des US Strategic Command, sagt, die USA hätten keine Abwehrsysteme gegen russische oder chinesische Hyperschallwaffen.

Florian Stumfall



An einer Mikojan-Gurewitsch MiG-31K: Die Hyperschall-Luft-Boden-Rakete Ch-47M2 „Kinschal“

Bild: kremlin.ru

ten zu kaufen, weil sie solche derzeit nicht selbst entwickeln können, dann erscheint es gar nicht mehr so abwegig, dass die USA auch Hyperschall-Raketen von Russland kaufen könnten. Zurzeit sind die USA auf die russische Raumfahrt angewiesen, wenn sie eine Mission zur internationalen Weltraumstation schicken wollen. Die Darstellung eines rückständigen, technisch hinterherhinkenden Russland ist denn auch ein Produkt der Pro-

Begrenzung zu erfassen seien. Die Schwierigkeit liegt darin, dass es sich hierbei um Systeme handelt, für die es in den USA nichts Vergleichbares gibt.

Deshalb ist mittlerweile Washington im Hinblick auf einen neuen START-Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen mit dem Vorschlag aufgetreten, moderne russische Waffen sollten alle unter ein neu zu vereinbarendes Verbot fallen. Moskau hingegen machte das Angebot,

ben. Dafür, dass die USA das russische Angebot annehmen sollten, gebe es „wenig Gründe“, weil man einen „komparativen Vorteil in diesem Bereich habe“, eine Behauptung, die nicht zutrifft.

Statt des behaupteten Vorteils hat das Pentagon nur die Hoffnung, bis zum Jahr 2021 Waffen mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit zu entwickeln. Dazu wurden im Jahr 2018 mehrere Programme zusammengelegt. Ar-

fen? Damit könnten wir alles ins Gleichgewicht bringen. Warum soll man Geld ausgeben, wenn wir dies schon getan haben? Wir könnten von den USA etwas dafür bekommen, ohne unsere Sicherheit zu beeinträchtigen, und dabei ein Gleichgewicht schaffen.“ Trump lehnte mit der Begründung ab, man werde solche Waffen bald selbst herstellen.

Tatsächlich haben die USA in der Zwischenzeit ihre Hyperschall-Rakete AGM-183A von ei-

Europäer kämpfen gegen Bevölkerungsrückgang

Immer mehr EU-Staaten setzen auf Familienförderung und spezielle Rückkehrprogramme für Ausgewanderte

Für Anfang dieses Monats hatte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban erstmals zu einem sogenannten Demografiepfel in die ungarische Hauptstadt geladen. Bei dem derzeitigen Bevölkerungsrückgang könnten Mathematiker bereits berechnen, wann der letzte Europäer das Licht ausmache, erklärte Orban in seiner Eröffnungsansprache. „Vergesst diesen grünen Unsinn, der besagt, dass weniger Menschen gut sind, um die Zukunft des Planeten zu sichern“, rief Orban den Teilnehmern zu. Ohne die Menschheit hätten auch der Kontinent und das Klima keine Zukunft, fuhr Orban fort und stigmatisierte Umweltdenken im Zusammenhang mit Überbevölkerung. „Wenn Europa in Zukunft nicht mehr von Europäern bevölkert wird und wir dies für selbstverständlich halten, sprechen wir von Umvolkung“, fügte der ungarische Regierungschef hinzu. „Es gibt politische Kräfte in Europa, welche die derzeitige Bevölkerung aus ideologischen oder anderen

Gründen ersetzen wollen“, erklärte Orban.

Seit der Immigrationskrise von 2015 hat Orban versucht, den demografischen Niedergang seines Landes einzudämmen. Den Prognosen zufolge könnte die ungarische Bevölkerung bis 2050 von 9,8 Millionen auf 8,3 Millionen schrumpfen.

Auch in Ungarn liegt die Kinderzahl pro Frau bei 1,5, weit ent-

fernt von dem für das Halten der Bevölkerungszahl erforderlichen Wert von 2,1. Deshalb kündigten die ungarischen Behörden im Februar neue Maßnahmen zur Geburtenförderung an: eine Steuerbefreiung für Frauen mit vier oder mehr Kindern; ein Darlehen von zehn Millionen Forint (gut 30 000 Euro) für Familien mit drei Kindern; und Zuschüsse für große Familien beim Fahrzeugkauf.

Anfang dieses Monats war Budapest zum dritten Mal nach 2015 und 2017 Gastgeber eines demografischen Gipfels

Auch Polen und Portugal haben gerade Programme gestartet, um Auswanderer zurückzuholen. Die portugiesischen Behörden haben das Programm „Regressar“ (Rückkehr) im Sommer gestartet. Auf dem Online-Portal des portugiesischen Arbeitsamtes wurde ab dem 22. Juli ein verlockendes Angebot eröffnet: 6536 Euro pro in das Land zurückziehender Familie, sofern

fen? Damit könnten wir alles ins Gleichgewicht bringen. Warum soll man Geld ausgeben, wenn wir dies schon getan haben? Wir könnten von den USA etwas dafür bekommen, ohne unsere Sicherheit zu beeinträchtigen, und dabei ein Gleichgewicht schaffen.“ Trump lehnte mit der Begründung ab, man werde solche Waffen bald selbst herstellen.

Spanische, litauische, lettische und irische Regierungsvertreter trafen sich am 27. Mai in Warschau, um sich über die Abwan-

diese vor 2016 abreiste und einen Arbeitsvertrag in Portugal unterzeichnet.

Polen setzt finanzielle Mittel ein, um junge Menschen zu halten, die von besseren Lohn- und Beschäftigungsbedingungen in anderen europäischen Ländern angezogen werden. Seit dem 1. August müssen Beschäftigte unter 26 Jahren, die weniger als 20 000 Euro pro Jahr verdienen, keine Steuern mehr bezahlen. Zwei Millionen Menschen sind betroffen.

Ähnlich wie Ungarn setzt auch Polen sowohl auf die Rückholung von Auswanderern beziehungsweise die Verhinderung von Auswanderung sowie die Erhöhung der Geburtenzahl. In Polen hatte die Einführung von Beihilfen für junge Eltern eine gemischte Resonanz. Die Geburtenzahl stieg zwar von 370 000 im Jahr 2015 auf 402 000 im Jahr 2017, doch sank sie danach wieder auf 388 000 im Jahr 2018.

Spanische, litauische, lettische und irische Regierungsvertreter trafen sich am 27. Mai in Warschau, um sich über die Abwan-

derung ihrer am besten ausgebildeten Kräfte ins westeuropäische Ausland Gedanken zu machen. Polen verzeichnete nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) zwischen 2013 und 2017 einen Nettoverlust von 268 000 jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren. Im selben Zeitraum verlor Spanien 135 000, Litauen 85 000 junge Leute.

Die elf Länder des Ostens der EU hatten 1989 111 Millionen Einwohner, heute sind es nur noch 103 Millionen. Am stärksten betroffen sind Bulgarien, Lettland und Litauen mit einem Rückgang von über 20 Prozent vor Kroatien mit elf und Ungarn mit acht Prozent. Polen verzeichnete immerhin noch einen Rückgang von drei Prozent. Laut Eurostat lebten im Jahr 2017 8,2 Millionen Menschen aus diesen Ländern in anderen EU-Mitgliedstaaten, fünfmal mehr als im Jahr 2014. Allein 2,5 Millionen Polen und 3,1 Millionen Rumänen lebten in anderen EU-Ländern, vor allem in Großbritannien und Deutschland.

Bodo Bost

Vorentscheidung im Wunderland

Auf dem Parteitag der zerstrittenen NRW-AfD in Kalkar wird in zwei Wochen ein neuer Vorstand gewählt

Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen tobt der Richtungsstreit in der AfD besonders heftig. Am 5. Oktober wird ein neuer Landesvorstand gewählt. Von dem könnte eine Signalwirkung ausgehen.

„Showdown in Kalkar“, schrieb eine Regionalzeitung in der vergangenen Woche über den bevorstehenden Landesparteitag der Alternative für Deutschland in Nordrhein-Westfalen. Rund 5300 Mitglieder sind aufgerufen, einen neuen Landesvorstand zu wählen, nachdem sich die Doppelspitze mit dem vergleichsweise linken Liberal-konservativen Helmut Seifen und dem vergleichsweise rechten „Flügel“-Anhänger Thomas Röckemann zerlegt hatte. Mehrere Hundert Mitglieder werden im „Wunderland Kalkar“ beziehungsweise dem zum Freizeitpark gehörenden Kongresszentrum erwartet – überraschende Ergebnisse sind nicht ausgeschlossen. „Jetzt wissen alle, es geht um die Wurst“, sagte Seifen gegenüber der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Er erwartet ein heftiges Ringen um die Macht, Schlamm-schlacht inklusive. Seifen sitzt für die AfD im Düsseldorfer Landtag, ist dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender unter dem ehemaligen Vorsitzenden der Schill-Partei Partei Rechtsstaatlicher Offensive Markus Wagner. Beide gehören dem sogenannten gemäßigten Lager an. Ihre Gegner um den noch amtierenden Landes-sprecher Thomas Röckemann und dessen Stellvertreter Christian Blex sind ebenfalls Mitglieder der Landtagsfraktion.

Während die Fraktion halbwegs geräuschlos arbeitet, ist der Landesvorstand quasi handlungsunfähig. Ein Parteitag im Sommer führte zu einem Massenrücktritt, der Versuch einer Abwahl von Röckemann, Blex und einem Getreuen scheiterte nur knapp. Nun muss nach- oder gar komplett neu gewählt werden, selbst dieses Prozedere ist noch unsicher.

Nach den fulminanten Erfolgen der mitteldeutschen Landesverbände fühlen sich die „Flügel“-Anhänger um Röckemann im Aufwind. „Wende West! Wie gewinnen wir NRW?“, war das Thema einer Vortragsveranstaltung von Röckemann

und seinen beiden Mitstreitern Blex und Jürgen Spenrath sowie der Rechtsanwältin und Solinger Kreisvorsitzenden Verena Wester, die in einem künftigen „Flügel“-nahen Landesvorstand eine herausgehobene Rolle einnehmen soll. „Während die AfD in den neuen Bundesländern längst zur legitimen Volkspartei avanciert ist, schwankt sie in den westdeutschen Umfragen weiterhin zwischen Werten um die zehn Prozent. Was können wir also

AfD an Rhein und Ruhr lediglich sieben Prozent ermittelt worden. „Eine Partei, die Uneinigkeit nach außen trägt, ist eben nicht attraktiv“, lautete der lapidare Kommentar von Parteichef Alexander Gauland. Ob er oder sein Co-Sprecher Jörg Meuthen nach Kalkar reisen werden, ist bislang noch unklar.

Klar ist hingegen, dass das „Wunderland Kalkar“ Anfang Oktober zu einem verminten Terrain für jeden Bundespolitiker werden könnte.

burg-Vorpommern Leif-Erik Holm kursieren. Die Delegierten aus NRW werden die größte Gruppe stellen, wer in Kalkar als Sieger hervorgeht, wird mit breiter Brust zum Bundesparteitag reisen.

Meuthen wirkt auf viele „Flügel“-Anhänger wie ein rotes Tuch, seit er in seinem Heimatverband Baden-Württemberg eindeutig Stellung gegen die Höcke-Anhänger bezogen hat. Gauland, bisher unumstrittener Integrator aller Strömungen,

soll es künftig in der nordrhein-westfälischen AfD nicht mehr zwei, sondern nur noch einen Landes-sprecher geben. Verantwortung sei nicht teilbar, erklärte der Oberst a.D. Der 68-Jährige gibt sich im Vorfeld als Mann der ruhigen Hand, hält sich aus öffentlichen Streitigkeiten heraus. Er sieht eher zwischenmenschliche denn politische Differenzen als Ursache für das Chaos in NRW. Der Ex-Soldat spricht von einer „gefühlten Spal-



Veranstaltungsort des Parteitages: Freizeitpark „Wunderland Kalkar“ mit eigenem Kongresszentrum

Bild: imago/stock&people

von den mitteldeutschen Landesverbänden lernen, um ähnliche Erfolge zu erzielen? Was müssen wir vielleicht ganz anders machen? Welche Ziele, welche Vision haben wir für unsere Heimat NRW und wie wollen wir sie erreichen?“, beschreibt Röckemann die Zielsetzung. Seine Gegner sehen dagegen die Fixierung der „Flügel“-Leute auf den thüringischen Landeschef Björn Höcke als Problem und Hauptursache für die mauen Werte im Westen. Zuletzt waren für die

Denn Ende November steht der Bundesparteitag an, auf dem ein neuer Vorstand gewählt werden wird. Während Meuthen sicher wieder kandidieren wird, hält sich Gauland eine weitere Amtszeit offen. Hinter den Kulissen wird nach einem Kandidaten gesucht, der beiden Lagern vermittelbar sein soll und am besten aus den Ostverbänden stammt. Namen wie der des sächsischen Bundestagsabgeordneten Tino Chrupalla oder der des Landesvorsitzenden von Mecklen-

burg-Federn lassen müssen, nachdem er die Anhänger der geschassten Landeschefin von Schleswig-Holstein Doris von Sayn-Wittgenstein als Spinner bezeichnete.

Ob es ihnen gelingt, in Kalkar ihren Wunschkandidaten durchzusetzen, wird viel über die Machtverhältnisse innerhalb der Partei aussagen. Hinter den Kulissen bringt die Mehrheit des Bundesvorstands derzeit den Bundestagsabgeordneten und Ex-Offizier Rüdiger Lucassen in Stellung. Geht es nach ihm,

hat Federn lassen müssen, nachdem er die Anhänger der geschassten Landeschefin von Schleswig-Holstein Doris von Sayn-Wittgenstein als Spinner bezeichnete. Ob es ihnen gelingt, in Kalkar ihren Wunschkandidaten durchzusetzen, wird viel über die Machtverhältnisse innerhalb der Partei aussagen. Hinter den Kulissen bringt die Mehrheit des Bundesvorstands derzeit den Bundestagsabgeordneten und Ex-Offizier Rüdiger Lucassen in Stellung. Geht es nach ihm, hat Federn lassen müssen, nachdem er die Anhänger der geschassten Landeschefin von Schleswig-Holstein Doris von Sayn-Wittgenstein als Spinner bezeichnete. „Die eigenen Reihen zu schließen und“ die „gesamte Energie auf den politischen Gegner zu werfen“. Selbstbeschäftigung und interner Zwist würden massiv auf Umfrage- und Wahlergebnisse drücken. „Dabei verfolgen wir doch alle dasselbe Ziel: Wir wollen Deutschlands Kraft, Identität und Schönheit bewahren“, sagt er pathetisch. Ob er damit ankommt, wird sich im Wunderland Kalkar zeigen. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Millionen für Umfragen

Berlin – Seit Anfang 2015 haben die Bundesministerien und das Bundespresamt insgesamt 720 Meinungsumfragen in Auftrag gegeben. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Diese hohe Zahl ergebe sich daraus, dass ein Großteil dieser Meinungsumfragen serienmäßig durchgeführt wurde, heißt es darin. Weiter geht daraus hervor, dass die jährlichen Bruttogesamtkosten dafür in den Jahren 2015 bis einschließlich 2018 zwischen knapp 2,56 Millionen Euro und knapp 3,14 Millionen Euro schwankten. Die Bundesregierung begründet diesen Aufwand damit, dass sie den Auftrag habe, „die öffentliche Meinung als Entscheidungshilfe für ihre politische Arbeit zu erforschen und darzustellen.“ *J.H.*

Kirche will Schiff kaufen

Berlin – Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat den Kauf eines Schiffs, das Personen im Mittelmeer retten soll, beschlossen. „Solange schutzsuchende Menschen im Mittelmeer ertrinken und staatliches Handeln versagt, werden wir die zivile Seerettung nach Kräften unterstützen“, begründete der Vorsitzende Heinrich Bedford-Strohm den Schritt. Der Kauf eines Schiffs war bereits beim Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni in Dortmund mit einer Resolution beschlossen worden; der EKD-Rat entschied nach Angaben Bedford-Strohms am vergangenen Wochenende, dieses Vorhaben mit der Gründung eines Vereins, der ein Schiff anschaffen soll, umzusetzen. Die Not habe keine Nationalität, und „egal, aus welchen Gründen Menschen in Not sind, wir haben die Pflicht, sie zu unterstützen und ihnen zu helfen“, so Bedford-Strohm weiter. Gemeinsam mit Vertretern von Rettungs- und Hilfsorganisationen, Kommunen und der Seebrücke-Bewegung fordert er einen europaweiten Verteilmechanismus für im Mittelmeer aufgenommene Menschen. *J.H.*

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

Preussische Allgemeine Zeitung

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



Bild: Olaf Kosinsky CC BY-SA 3.0-de

Kai Whittaker – Der CDU-Sozialpolitiker kritisiert die Rentenpläne von Hubertus Heil. Er plädiert stattdessen für eine Basisrente. Wer heute wie er unter 35 Jahre alt ist und in Deutschland weitere 35 Jahre lebt, soll später automatisch 800 Euro Rente erhalten. Dieses Modell entkoppelt den Rentenanspruch weitestgehend von Beitragszahlungen. Das vorgeschlagene Leistungsniveau liegt zudem nur wenig erkennbar über der gesetzlichen Grundsicherung.

Jürgen Pohl – Der studierte Jurist ist einer der profiliertesten Sozialpolitiker der AfD. Er leitet den Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland. Die größte Herausforderung für den Sozialstaat in Deutschland sieht Pohl in der ungebremsten Einwanderung in die Sozialsysteme. In seiner Partei gehört Pohl zu den Vertretern klassisch sozialstaatlicher Positionen um den Thüringer Parteichef Björn Höcke.



Bild: Sandro Halank CC BY-SA 3.0

Sahra Wagenknecht – Als eine von wenigen Politikern der Partei „Die Linke“ sieht die 50-jährige Philosophin die Folgewirkungen der Zuwanderung für den Sozialstaat kritisch. Seit Jahren streitet sie für eine menschenwürdige Rente und gegen die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Olaf Scholz – Der damalige Bundessozialminister war einer der bedeutendsten Befürworter der Hartz-Reformen von Kanzler Gerhard Schröder. Heute geht er auf Distanz zu dessen Programm. Dennoch zählt er in seiner Partei nach wie vor zu den moderaten Kräften. Die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung lehnt Scholz daher auch ab. In dem aktuell laufenden Bewerbungsverfahren zu dem vakanten Vorstandsposten gilt er als aussichtsreichster Kandidat.



Bild: Olaf Kosinsky CC BY-SA 3.0-de

Hubertus Heil – Der amtierende Bundessozialminister der SPD sucht derzeit, eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gegen die Koalitionspartner seiner Partei durchzudrücken. Dieser Plan hätte zwar den Vorzug, dass er vergleichsweise unbürokratisch umzusetzen ist, würde aber auch solchen Beitragszahlern zugutekommen, die im Alter aus anderen Quellen über Vermögen verfügen oder über einen wohlhabenden Ehepartner abgesichert sind. Kritiker betrachten dieses Vorhaben daher als unsozial.

Teuer, aber nicht effektiv

Die Ansprüche des einzelnen Bürgers fallen immer geringer aus

Den Sozialstaat zukunftsfest zu machen, das ist eines der Kernversprechen der derzeitigen Regierungskoalition.

Sieht man sich die riesigen Summen an, die der Staat jedes Jahr für soziale Zwecke bereitstellt, so sollte den Deutschen hierum nicht bange sein. Doch die immensen Ausgaben des Wohlfahrtsstaates können nur auf den ersten Blick darüber hinwegtäuschen, dass die derzeitige Politik den Herausforderungen der kommenden Dekaden keineswegs gewachsen ist. Denn trotz des Einsatzes stetig steigender Finanzmittel fallen die Leistungen, die ein Anspruchsteller im Bedarfsfall zu erwarten hat, immer geringer aus. Die Arbeitslosenhilfe und die Berufsunfähigkeitsrente wurden zugunsten von Hartz IV und einer Erwerbsminderungsrente zur Deckung des minimalen Lebensbedarfes gestrichen. Die Leistungen der Krankenversicherungen wurden gekürzt und Zusatzleistungen

sind heute üblich. Das Rentenniveau sinkt und gleichzeitig wird das Eintrittsalter heraufgesetzt.

In den vergangenen Jahren hat die Politik zwar wieder an einzelnen Stellschrauben gedreht, um die Auswüchse früherer Einsparungen abzdämpfen. Allerdings handelte es sich hierbei häufig um Flickschusterei, die mit einem enormen bürokratischen Aufwand umgesetzt werden muss.

Es geht aber nicht nur die Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates zurück. Trotz massiver Ausgaben der Sozialkassen öffnet sich schon seit geraumer Zeit die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland. Es klingt paradox, doch der ausufernde Wohlfahrtsstaat ist eine der Ursachen für die wachsende Ungleichheit zwischen Vermögenden und Habenichtsen in unserer Gesellschaft.

Am unteren Ende steht eine in den letzten Jahren immer größer werdende Schicht von Menschen, die ganz oder zur Ergänzung auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind. An der Spitze der Einkommenspyramide zahlen viele Menschen gar nicht in die Sozialkassen ein. Auch die prozentuale Steuerlast liegt hier

häufig vergleichsweise niedrig, zumindest bei denjenigen, die von Kapitaleinkünften leben können.

Der Sozialstaat wird demnach vor allem von der Mittelschicht und hier insbesondere von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten getragen.

Die Last der Abgaben auf das Erwerbseinkommen in einem regulären Angestelltenverhältnis ist heute derart erdrückend, dass auch mit vergleichsweise hohen Bezügen der klassische Traum vieler Deutscher vom Einfami-

lienhaus aus eigener Arbeit nicht mehr zu realisieren ist. Der Facharbeiter am Fließband eines großen deutschen Autokonzerns zahlt teilweise bereits den Spitzensteuersatz und fällt damit in die Kategorie, die von vielen politischen Entscheidungsträgern in blinder Realitätsverweigerung gerne als die „Superreichen“ bezeichnet wird.

Am unteren Ende der Einkommensskala ist es vielen Betroffenen gar nicht mehr zu vermitteln, warum sie überhaupt arbeiten sollten, können sie mit einem Vollzeitjob doch nur Einkünfte erzielen, die knapp über dem Hartz-IV-Satz liegen und die auch nach 45 Beitragsjahren nicht zu einem Rentenanspruch oberhalb der Hilfsbedürftigkeit führen. Auf der anderen Seite hat der deutsche Staat Vermögende nicht nur stark entlastet, sondern ihnen durch die Forcierung der Globalisierung neue Möglichkeiten geschaffen, sich seinem fiskalischen Zugriff gänzlich zu entziehen. Dirk Pelster

Es öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich



Aufgrund ihres großen Bevölkerungsanteils eine Herausforderung für den deutschen Sozialstaat: Die Ruheständler

Bild: pa

Fast ein Drittel Soziales

Eine Billionen Euro werden pro Jahr umverteilt

Der Sozialstaat ist nicht nur ein beliebtes Thema in den Sonntagsreden vieler Politiker, er ist auch im Grundgesetz als Verfassungsprinzip festgeschrieben. Im aktuellen Bundeshaushalt sind allein über 145 Milliarden Euro für das von Hubertus Heil geleitete Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgesehen. Dieses sind über vier Zehntel der Gesamtausgaben des Bundes.

Doch damit hat es noch nicht sein Bewenden, denn in den Haushalten von Ländern und Kommunen gehören Sozialleistungen ebenfalls zu den großen Etatposten. Hinzu kommen die Transferleistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen. Insgesamt dürfte in diesem Jahr rund eine Billion (1000 Milliarden) Euro aus allen öffentlichen Kassen für soziale Aufga-

ben abfließen. Damit wird fast ein Drittel aller von den Deutschen erwirtschafteten Gelder umverteilt. Noch im Jahre 1960 lag die Sozialleistungsquote unter 20 Prozent.

Die Ursachen für das stete Anwachsen der wohlfahrtsstaat-

Die Lust am Umverteilen stößt auf Skepsis

lichen Alimentierung sind vielschichtig. Wesentliche Gründe sind die zunehmende Überalterung der Gesellschaft, die ungebremste Zuwanderung von Immigranten mit nur wenigen auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen und der zwanghafte Drang bundesdeut-

scher Politiker, laufend neue Wahlgeschenke zu vergeben.

Gerade diese Umverteilungslust trifft in der Bevölkerung zunehmend auf Skepsis. Denn was den Bürgern an neuen Sozialleistungen zugutekommen soll, wird ihnen zuvor durch Abgaben und Steuern abgenommen. Dabei verschwindet nicht nur viel Geld in riesigen bürokratischen Apparaten, sondern die Maßnahmen führen in einem überregulierten Sozialstaatsgefüge häufig direkt zu neuen Ungerechtigkeiten. Bei der 2014 eingeführten abschlagsfreien Altersrente mit 63 Jahren konnten beispielsweise wenige ausgewählte Jahrgänge früher in den Ruhestand gehen, während die heute jüngeren Generationen voraussichtlich noch mit über 70 Jahren werden arbeiten müssen, und das für ein deutlich niedrigeres Rentenniveau. D.P.

Ein Geschöpf der Neuzeit

Der Sozialstaat in seiner heutigen Form ist ein Geschöpf der Neuzeit. Zwar gab es auch im Mittelalter und sogar in der Antike vereinzelt verschiedene Formen der öffentlichen Fürsorge, wie Armenspeisungen oder Zunftkassen, allerdings waren dies entweder freiwillige Leistungen der herrschenden Elite, oder es handelte sich um eine Alimentierung durch kleine selbstorganisierte Gruppen in Notfällen.

Dies änderte sich erst mit der Industrialisierung in Europa. Mit der Arbeiterschaft wuchs eine immer größer werdende Schicht von Menschen heran, die aus ihren klassischen Strukturen herausgelöst waren und sich in den großen Städten ohne den vormaligen Halt der dörflichen und familiären Strukturen zusammenfanden. Schnell entwickelte sich mit den Ideen von Karl Marx neben einem eigenen Klassenbewusstsein auch eine ideologische Bewegung innerhalb des Proletariats, welche die Vormachtstellung von Adel und Bürgertum herausforderte.

Radikale Einschnitte in der Schröder-Ära

Die sich industrialisierenden Nationen begegneten der erstarkenden sozialistischen Bewegung nicht nur mit Repression, sondern versuchten zugleich der neuen Opposition durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine Vorreiterrolle nahm dabei das Deutsche Reich ein. Nirgendwo sonst auf der Welt setzten sozialstaatliche Regulierungen so früh und in solchem Umfang ein. Eine gesetzliche Kranken-, Renten-, Invaliden- und Unfallversicherung wurden eingeführt. Die Weimarer Republik baute den Sozialstaat weiter aus wie das Dritte Reich und die junge Bundesrepublik.

Erst in den 70er und 80er Jahren erließ der Bundestag erste Kostendämpfungsgesetze, um die ausufernden Zahlungen der Sozialkassen einzudämmen. 1995 wurde eine Pflegeversicherung eingeführt. Die Explosion der Kosten veranlasste die Regierung von Gerhard Schröder schließlich zu Beginn des neuen Jahrtausends zu den bislang radikalsten Einschnitten in den Sozialstaat. D.P.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Ein Museum für die Zukunft

In Berlin hat das Futurium eröffnet – Interessante Denkanstöße neben zeitgeistigem Geschwätz



Blick in Zukunft: Mit dem Futurium entsteht in Berlin ein neuer Ort für Ausstellungen und Veranstaltungen rund um das Thema Zukunftsgestaltung

Bild: imago images/IPON

Unweit von Kanzleramt und Berliner Hauptbahnhof ist vor Kurzem das Futurium eröffnet worden. Das „Haus der Zukünfte“ hat gute Chancen, ein Besuchermagnet zu werden.

Bereits zur Eröffnung am 5. September waren neben einigen hundert geladenen Gästen, unter ihnen der deutsche Raumfahrer Alexander Gerst, zu einem mehrtägigen Fest der Zukunft auch rund 30 000 Besucher gekommen. Das rege Interesse an dem „Zukunftsmuseum“ hält bislang weiter an.

Innerhalb des Berliner Regierungsviertels mit seinen Bürobauten sticht das Futurium bereits durch seine dunkel schimmernde Glasfassade hervor. Im Innern des Gebäudes fallen insbesondere die Kunstinstallationen auf. Auf dem Weg ins Obergeschoss baumelt beispielsweise ein weißer „Tornado“ von der Decke. Laut der Ausstellungschefin Gabriele Zipf soll diese Installation für die Beschleunigung der Welt in den vergangenen 200 Jahren stehen. Ein kanadischer Architekt hat ein mehrere Meter hohes und ebenso breites Kunstwerk entworfen, das auf Impulse der Personen reagiert, die sich dem Objekt nähern.

Nicht nur wegen dieser Kunstinstallation fällt es schwer, das Futurium lediglich als eine moderne Variante eines Technikmuseums zu verstehen. Zum Angebot des Hauses gehört neben Ausstellungen auch ein „Zukunfts-Forum“ für Veranstaltungen und Diskussionen. Schwerpunkt des Programms ist im Oktober und November die Zukunft der Künstlichen Intelligenz. Für den Dezember ist ein Festival zur Zukunft der Gesundheit angekündigt.

Bei technikbegeisterten Jugendlichen dürfte sich wiederum das „Lab“ zu einem Renner entwickeln. Im Untergeschoss bietet das Haus Besuchern die Möglichkeit, in einem „Zukunftslabor“ selbst experimentieren zu können und dabei beispielsweise zu erfahren, wie Roboter programmiert werden. Die große Masse der Besucher wird vermutlich von den Ausstellungen im ersten Obergeschoss des Futuriums angezogen werden.

Dort geht es aktuell um Zukunftsentwürfe in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Energie, Arbeit und Leben in den Städten. Das dabei technische Aspekte stark betont werden,

dürfte nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass das Bundesforschungsministerium bei der Entwicklung des Futuriums eine ganz entscheidende Rolle spielte. Zusammen mit Wissenschaftsorganisationen wie der Max-Planck-Gesellschaft, Stiftungen und forschenden Unternehmen wie BASF, Bayer und Siemens hat das Ministerium das Projekt mitgeplant und mitfinanziert. Das „Haus der Zukünfte“ soll 58 Millionen Euro gekostet haben.

In der Ausstellung können die Zukunftsthemen oft nur oberflächlich gestreift werden. Geboten wird den Besuchern eher eine Denkanregung statt eine in die Tiefe gehende Information. Laut Stefan Brandt, dem Direktor des Hauses, soll das Futurium Fragen stellen und zum Denken anregen. Brandt spricht zudem davon, dass das Haus unfertig sei und von Ausstellungsmachern und Besuchern permanent weiterentwickelt werde.

Auffallend an der aktuellen Ausstellung zu den drei „Denkräumen“ Mensch, Natur und Technik ist eine starke Betonung der Themen Umweltschutz und „erneuerbare Energien“.

Auch im Veranstaltungsprogramm wird für den Oktober ein „24-Stunden-Hackathon für Klimaschutz“ angekündigt. Ziel dieser Veranstaltung soll es sein, „mit kreativen Methoden konkrete Klima-Herausforderungen vor Ort zu knacken“.

Dem propagierten Zeitgeist wurde auch bei den Beschriftungen auf den Ausstellungstafeln Tribut gezollt. Dort haben die Ausstellungsmacher auf genderechte Formulierungen zurückgegriffen. Dementsprechend ist dann von „Energiebürger*innen“, „Vordenker*innen“ und „Genoss*innen am Netz“ die Rede. Ebenso gaben sich die Planer des Hauses: Das Dach des Futuriums wurde fast vollständig mit Solarmodulen bestückt.

Die öffentlich zugängliche Dachfläche ist dennoch einen Abstecher wert. Ein sogenannter „Skywalk“ bietet Besuchern einen beeindruckenden Ausblick auf den Tiergarten und das Kanzleramt auf dem gegenüberliegenden Spreeufer. Von der Rückseite des Futuriums lässt sich wiederum ein Blick auf das historische Gelände der Berliner Charité werfen.

Das Futurium liegt am Alexanderufer 2, nur wenige Gehminuten vom Berliner Hauptbahnhof entfernt.

Norman Hanert

Für technikbegeisterte Jugendliche wohl bald ein Renner

Steuergeld für Extremisten

Potsdam: Linksextremes Zentrum bildet Antifa-Straßenkämpfer aus

In Potsdam ist ein heftiger Streit um das sogenannte Jugendkulturzentrum „Freiland“ entbrannt. Das umstrittene Zentrum wird jährlich mit städtischen Geldern in Höhe von 190 000 Euro unterhalten. Auf dem früheren Gelände der Wasserwirtschaft Potsdam wurde das Jugendkulturzentrum 2011 eröffnet und im gleichen Jahr ein Pachtvertrag über fünf Jahre abgeschlossen, der danach jährlich verlängert wurde. In dem Zentrum fanden unter anderem der Jugendklub S13 und ein Veranstaltungshaus für den Spartacus e.V. ihren Platz. Die „Investitionskosten“ betragen damals mehr als eine Million Euro.

Schon vor der Etablierung des Veranstaltungsortes gab es Kritik – damals noch von der CDU und den Jungen Liberalen. SPD, Grüne, Linkspartei und die Fraktion „Die Andere“ im Potsdamer Stadtparlament gehörten damals wie heute zu den Unterstützern des

Projektes. Schon damals war die weitere Finanzierung von „Freiland“ nicht gesichert, sondern musste jedes Jahr neu beantragt werden. Das war aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Potsdamer Stadtrat kein Problem. Nun hat der Landesverfassungs-

Verfassungsschutz des Landes schlägt Alarm

schutz Brandenburg vor einem linksradikalen Kampfsport-Seminar dort gewarnt.

Das sogenannte „Anti-Fascist-Martial Arts Event“ verdeutliche „die Gefahr, dass innerhalb der vorhandenen Rückzugsräume Aktionen gegen den politischen Gegner und die Polizei geübt und geplant werden“, schreibt die Behörde in ihrem aktuellen Verfassungsschutzbericht für das Jahr

2018. So sinke „Stück für Stück die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung.“

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Stadtrat, Dennis Hohloch, fordert, die jährliche Förderung durch die Stadt zu streichen. Schon mehrfach sei der Betreiber von „Freiland“ durch linksextreme Bezüge und Tätigkeiten auffällig geworden. AfD-Landeschef Andreas Kalbitz griff die Kritik auf: „Der Alarmruf des Verfassungsschutzes hätte deutlicher nicht sein können und bestätigt, was allzu offensichtlich ist und von der AfD seit Langem angeprangert wird: Das ‚Freiland‘ ist ein mit Steuergeldern subventioniertes Biotop für Linksextremisten und Linksradikale, das unter dem Deckmantel eines sogenannten ‚Jugendfreizeitentrums‘ daherkommt. Selbst unter einem sozialdemokratischen Innenminister kommt der Verfassungsschutz nicht umhin, diese Tatsache einzuräumen.“ Frank Bucker

Grüne unter Druck

Görli-Park: Wansner (CDU) geht in Offensive

Die Grünen-Politikerin Monika Herrmann ist wegen ihrer Toleranz für Drogendealer im Görli-Park erneut in die Kritik geraten. In einem Beitrag des RBB-Magazins „Kontraste“ sagte die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, sie wolle keine Gruppe aus dem Park ausschließen. „Heute ist es die Dealergruppe, die rausgeschickt wird. Was ist morgen? Wer darf morgen

nicht in den Park rein? Und wer darf übermorgen nicht in den Park rein? Und wer bestimmt das eigentlich?“, so die Grüne.

Herrmann berief sich bei ihrer Aussage auf Anwohner des Parks und eine engagierte Nachbarschaft. Deren Anliegen sei es gewesen, keine Gruppe aus dem Park auszuschließen.

Einige Tage nach ihren Aussagen sorgte die Bezirksbürgermeisterin erneut für Aufsehen.

Gegenüber der „Welt“ räumte die Grüne ein, der Zustand im Park sei „nicht tragbar“. Gefragt, ob sie sich nachts durch den Görli-Park traue, antwortete Herrmann: „Ich gehe in Berlin durch gar keine Parks.“ Zur Erklärung führte sie an: „Ich weiß ja nicht, wie Sie das handhaben, aber das ist mir als Frau zu gefährlich“.

Kurt Wansner, der Wahlkreisabgeordnete der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, bezeichnete die Aussage der Grünen als „Bankrotterklärung“. Wansner: „Wer wie Frau Herrmann Drogenkriminalität nicht bekämpft, sondern Dealer in Parks ‚integrieren‘ will, muss sich über die Folgen nicht wundern. Wenn sie sich nun selbst da nachts nicht mehr durchtraut, muss sie sich fragen, ob sie als Bürgermeisterin des Bezirks noch tragbar ist.“ N.H.

Herrmann: »Gehe durch keine Parks«

Die Angst im Park

Von VERA LENGSELD

Angenehm soll die Kriminalitätsrate im steten Fall sein, jedenfalls wenn man öffentlichen Verlautbarungen von Politik und Medien glauben will. Im Kleingedruckten wird aber zugegeben, dass die Zahl der „Rohheitsdelikte“ gestiegen ist. Wenn die Bürger ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit im öffentlichen Raum haben, habe dies, wird versichert, nichts mit der Realität zu tun, weil das beste Deutschland, das wir je hatten, angeblich immer sicherer wird.

Wer diesen Beteuerungen Glauben geschenkt hat, wurde kürzlich erheblich durch ein Interview verunsichert, das die Kreuzberger Bürgermeisterin Monika Herrmann dem „Tagesspiegel“ gab. Sie gehe nachts in gar keine Parks, das sei für eine Frau zu gefährlich. Auf die berechnete Frage, warum sie dann nicht dafür Sorge, dass die Parks wieder sicherer würden, gab Herrmann keine Antwort. Herrmann ist eine typische Wegduck-Politikerin, die niemals Verantwortung übernimmt.

Das erinnert an die 2012 von „Flüchtlingen“ besetzte Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule. Sie wurde für fünf Jahre zu einem Zentrum für Drogenhandel und Kriminalität, ein rechtswidriger Zustand, der von der Bezirksbürgermeisterin geduldet wurde.

Man konnte fast den Eindruck gewinnen, es wäre ihr recht, wenn die Polizei das Gebäude stürmte und mit Gewalt räumte. Dann wäre der Buhmann die Polizei gewesen und sie hätte das Problem vom Hals gehabt. Allein das Bewachen der Schule, in der zuletzt nur noch wenige Personen hausten, kostete den Steuerzahler Millionen. Wegen dieser fehlenden Millionen wurden Schulen nicht repariert und öffentliche Leistungen reduziert.

Es ist aber nicht nur Friedrichshain-Kreuzberg – ganz Berlin hat ein massives Sicherheitsproblem. Weil die Polizei längst überfordert ist, bedient sich das Land Berlin regelmäßig privater Security-Unternehmen. Laut Unterlagen des Senats, die von der „Berliner Morgenpost“ eingesehen wurden, hat das Land in den vergangenen zehn Jahren etwa 70 Millionen Euro für die Dienste privater Sicherheitsdienstleister ausgegeben. Diese Firmen sichern Veranstaltungen, bewachen Gebäude oder sind für Kontrollmaßnahmen zuständig.

Das geht nicht immer gut. Auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) im vergangenen Jahr kam es zum Skandal. Mehrere arabischstämmige Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes zogen demonstrativ zum Stand des israelischen Tourismusverbandes, beschimpften dessen Mitarbeiter und grölten Schlächterufe palästinensischer Terrororganisationen.

Während der Flüchtlingskrise 2015 zeigten Videos, wie Security-Mitarbeiter Flüchtlinge in Moabit misshandelten. Fazit: Berlin braucht mehr Polizisten, aber das scheitert, wie immer, am Geld.

Pazderski im Amt bestätigt

Georg Pazderski bleibt Fraktionschef der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus. 17 der 22 Abgeordneten der Fraktion sprachen dem als Kritiker des rechtsorientierten „Flügels“ bekannten Politiker das Vertrauen aus. Zunächst war kolportiert worden, die Haushaltsexpertin Kristin Brinker wolle gegen Pazderski antreten. Auch der Rest der Fraktionsführung amtiert weiter. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde erneut Frank-Christian Hansel gewählt, zu stellvertretenden Fraktionschefs wählten die Abgeordneten Kristin Brinker, Ronald Gläser und Karsten Woldeit. Damit zeige die Berliner Fraktionsführung Geschlossenheit und Kontinuität, heißt es aus Parteikreisen. Ursprünglich umfasste die AfD-Fraktion 25 Abgeordnete. Einer wurde von Anfang an „aussortiert“, zwei weitere wurden im Verlauf der Legislaturperiode ausgeschlossen. Gelegentlich kommt es in Berlin zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit der AfD mit CDU und FDP. F.B.

MELDUNGEN

Kandidat im
Zwielicht

Brüssel – Ausgerechnet der von der designierten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für das Ressort Rechtsstaatlichkeit vorgeschlagene Kandidat sieht sich mit Vorwürfen wegen Korruption und Geldwäsche konfrontiert. Gegen den als Justizkommissar vorgesehenen belgischen Außen- und Verteidigungsminister Didier Reynders hat die Staatsanwaltschaft Vorermittlungen wegen des Verdachts auf Korruption und Geldwäscheaktivitäten eingeleitet. Enthüllungen, die angeblich von einem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter durchgestochen wurden, zeigen Ungeheimheiten darüber auf, wie öffentliche Aufträge unter Reynders' Aufsicht vergeben wurden. *J.H.*

China greift nach
Uranvorkommen

Windhoek – Die China National Uranium Corporation, das bedeutendste chinesische Uran-Unternehmen, hat den 69 Prozent-Anteil des anglo-australischen Konzerns Rio Tinto an der namibischen Rössing-Mine, der viertgrößten, bisher ergiebigsten und ältesten aktiven Uranmine der Welt, übernommen. Die Abbaustelle lieferte zuletzt die Hälfte der namibischen und über vier Prozent der Welturanförderung, wobei ihre Nutzung nun über das zunächst angedachte Auslaufdatum im Jahr 2025 hinaus verlängert werden soll. Unmittelbar an den Förderbereich grenzen etwa 20 weitere Uranvorkommen an, bei denen es sich möglicherweise um die größten der Welt handeln könnte und bei denen China mit seinem jetzigen Kauf als Rechteigner nun ebenfalls den Fuß in der Tür hat. Nach Schätzungen aus dem Jahr 2015 würden sie selbst eine ausgedehntere Förderung bis mindestens Mitte der 2030er Jahre erlauben. *T.W.W.*

In Großbritannien blickt niemand mehr durch. Selbst die Parlamentarier wissen nicht, ob sie ihrer Arbeit nachgehen können oder nicht. Das Brexit-Chaos wird immer größer.

Als wäre die Lage nicht schon verworren genug, hat in der vergangenen Woche ein schottisches Berufungsgericht die chaotischen Zustände perfekt gemacht und die von Premierminister Boris Johnson auferlegte fünfwöchige

am 31. Oktober. Die Abgeordneten hatten zudem im Eilverfahren ein sogenanntes No-No-Deal-Gesetz durch beide Kammern des Parlaments gebracht, das vorsieht, dass der Premierminister eine Verlängerung der Brexit-Frist beantragen muss, sollte bis zum 19. Oktober kein Austrittsabkommen ratifiziert sein. Johnson lehnt das vehement ab.

Internationale Beobachter räteln nun, welche Optionen dem Regierungschef bleiben. „Wie soll

Nordirland und dem unabhängigen EU-Mitglied Irland gezogen wird und damit der Waffenstillstand gefährdet wird, der seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 gilt und den irischen Konflikt nach Jahrzehnten der Gewalt zur Ruhe brachte. Die radikalen Brexit-Befürworter um Johnson lehnen diese Klausel ab. Sie weigern sich, eine solche Notfallklausel in den Austrittsvertrag aufzunehmen. Zu sehr würde diese in ihren Augen Großbritanniens Souverä-

schen Parlamente findet, ist zu bezweifeln.

Johnson hatte daher vehement für Neuwahlen plädiert. Damit wollte er die komplizierten Machtverhältnisse klären und mit einer komfortablen Mehrheit den Brexit durchziehen, notfalls auch ohne einen Vertrag mit der EU. Johnson hat seinen Anhängern versprochen, dass es mit ihm keinen Brexit-Aufschub geben werde. Das neue Gesetz scheint ihm jedoch jetzt die Hände zu binden.

einmal zu verhandeln. So lehnt Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian einen Brexit-Aufschub unter den gegenwärtigen Umständen ab. „Beim jetzigen Stand der Dinge heißt es nein. Wir fangen nicht alle drei Monate wieder damit an.“ Großbritanniens Brexit-Minister Dominic Raab erklärte jedenfalls, man werde bis an die Grenzen ausloten, was das vorliegende Gesetz tatsächlich rechtlich verlangt.

Möglicherweise wird Johnson aber auch zurücktreten und den oppositionellen Labours sowie abtrünnigen Tories die Regierungsgeschäfte überlassen und dabei zusehen, wie diese an einem Brexit-Abkommen scheitern. Spätere Neuwahlen würden ihm dann in die Karten spielen.

Doch die Stimmung auf der Insel ist unübersichtlich. Derzeit führen die Tories klar in den Umfragen, während Labour zuletzt an Zustimmung verlor. Ob das auch für eine Mehrheit im Parlament reicht, ist angesichts des Mehrheitswahlrechts aber unklar.

EU-Gegner Nigel Farage von der Brexit-Partei hat Johnson bereits eine Zusammenarbeit angeboten. Mit ganzseitigen Anzeigen in mehreren englischen Zeitungen hat Farage der Regierung ein Angebot unterbreitet, um ein Bündnis zu schmieden. „Mein Wahlangebot an Boris“ lautet die Überschrift einer Zeitungsanzeige von Farage: „Lass uns einen Brexit mit sauberem Schnitt haben, dann helfen wir dir, eine große Brexit-Mehrheit zu sichern und Corbyns Labour-Partei zu zerstören. Zusammen wären wir unaufhaltbar.“ Auch wenn es der neuen Brexit-Partei aufgrund des Mehrheitswahlrechts wohl schwerfallen würde, eine nennenswerte Anzahl an Parlamentssitzen zu erreichen, unterschätzen sollte man Farage nicht. Bei der EU-Wahl wurde er aus dem Stand mit 30 Prozent stärkste Kraft. Eine „Listenverbindung“ mit Johnsons Tories – und die Karten bei möglichen Neuwahlen würden völlig neu gemischt. *Dieter Barbian*



Für viele Eurokraten, EU-Apparatschiks und Angehörige des politischen Establishments auf dem europäischen Kontinent sicherlich ein Traum, aber noch müssen sie sich mit dem Versuch begnügen, dem britischen Ministerpräsidenten auf anderem Wege das Leben schwer zu machen: Boris Johnson hinter Gittern

Bild: imago images/
ZUMA Press

Zwangspause des britischen Parlaments für unrechtmäßig erklärt. Da die Regierung in London umgehend Berufung einlegte, weiß niemand so recht, wie es weitergeht.

Fest steht: Johnson, der Nachfolger von Theresa May in 10 Downing Street, hat zuletzt einige bittere Niederlagen kassiert. Zunächst war er zweimal mit einem Antrag auf Neuwahl gescheitert. Es gibt damit keine Möglichkeit mehr für eine vorgezogene Wahl vor dem geplanten Brexit-Datum

Johnson in nur fünf Wochen einen neuen Kompromiss mit der EU aushandeln? Seine Vorgängerin Theresa May hatte dafür rund zwei Jahre gebraucht“, fragte kürzlich das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Was das Blatt nicht erwähnte, ist die Tatsache, dass May zwar mit der EU eine Einigung erzielte, dabei aber stets am Parlament scheiterte.

Hauptstreitpunkt ist die sogenannte Backstop-Klausel. Diese soll garantieren, dass keine harte Grenze zwischen dem britischen

nität einschränken. Der Backstop ließe dem Vereinigten Königreich nämlich nur die Wahl, entweder ein das Königreich teilendes internes Zollgrenzregime zu akzeptieren oder aber im EU-Binnenmarkt zu bleiben, sofern denn bis zum Ende der zweijährigen Übergangszeit keine technologischen Lösungen für die Grenze gefunden sind. Dass diese Punkte durch Nachverhandlungen mit Brüssel geändert werden können und dass sich dafür auch noch in der Kürze der Zeit eine Mehrheit im briti-

Die Tageszeitung „Telegraph“ schrieb, die Regierung trage sich mit dem Gedanken, bei der EU den ungeliebten Brexit-Aufschub in einer Weise zu beantragen, die zu einer formlosen Ablehnung führt. Oder Johnson finde einen Regierungschef eines EU-Mitgliedslandes, der ein Veto gegen den Antrag auf Verlängerung der Brexit-Frist einlegt. Die Chancen dafür scheinen nicht schlecht zu stehen. Denn es mehren sich die Stimmen, die lieber einen No-Deal-Brexit in Kauf nehmen als noch

Erdogans Rache

Istanbuls CHP-Chefin zu zehn Jahren Haft verurteilt

Die Istanbuler Vorsitzende der oppositionellen kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) ist zu fast zehn Jahren Haft verurteilt worden. Wegen Tweets aus dem Jahre 2013 im Zusammenhang mit den Gezi-Park-Protesten befand ein Gericht der türkischen Metropole auf Geheiß von ganz oben Canan Kaftancıoğlu der „Terrorpropaganda“ und „Präsidentenbeleidigung“ für schuldig. Das Urteil ist ein Glied in einer Kette von Maßnahmen, mit denen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den Verlust seiner Macht in Istanbul und weiteren Metropolen der Türkei rächen will. Dort hatte die CHP jahrzehntelange AKP-Hochburgen bei den letzten Kommunalwahlen erfolgreich gestürmt und so für einen empfindlichen Dämpfer in der fast 20-jährigen Erfolgsgeschichte Erdogans gesorgt.

Die Verurteilten, die nicht sofort in Haft musste, verurteilte bei einem Auftritt vor hunderten Anhängern die Entscheidung als politisch motiviert. „Die Entscheidungen werden nicht von den Gerichten getroffen, sondern im (Präsidenten-)Palast“, sagte Kaftancıoğlu. Der Prozess sei eine Strafe für jene, die zum Sieg des Volkes in Istanbul beigetragen hätten. Da sie keine Reue gezeigt haben, sei die Strafe nicht zur Bewährung ausge-

setzt worden, teilte die CHP mit. Dies wurde unter anderem damit begründet, dass Kaftancıoğlu bei einer vorangegangenen Gerichtsanhörung ein kritisches Gedicht des linken Dichters Nazim Hikmet verlesen hatte. Hikmet gilt als der Begründer der modernen türkischen Lyrik und als einer der be-



Canan Kaftancıoğlu

deutendsten Schriftsteller der Türkei.

Die CHP konnte die Kommunalwahlen in den großen türkischen Städten nur gewinnen, weil sie von der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) unterstützt wurde. Deshalb ließ Erdogan zunächst seine Wut an dieser Partei aus und setzte in den

vergangenen Wochen unter dem Protest vieler europäischer Institutionen bereits mehrere HDP-Bürgermeister als Terroristen ab. Nun scheint er sich auch an die bislang unantastbare CHP zu wagen. Die älteste aktive Partei des Landes vertritt immerhin das Erbe des Staatsgründers Kemal Atatürk, zu dem sich Erdogan pro forma immer noch glaubt bekennen zu müssen, weil Atatürk als der „Vater aller Türken“ gilt, ein Titel den Erdogan irgendwann einmal selbst für sich beanspruchte wollte.

Die Anklage gegen Kaftancıoğlu spricht jedem rechtstaatlichen Justizverständnis Hohn. Sie war unter anderem angeklagt wegen eines Tweets zum Tod eines 14-jährigen Jungen, der während der Gezi-Proteste im Sommer 2013 von einem Tränengaskanister der Polizei am Kopf getroffen worden war. Kaftancıoğlu war im Jahre 2013 Gerichtsmedizinerin und hatte den von Polizisten getöteten Jungen gerichtsmedizinisch untersucht. Seit 2018 ist die streitbare Politikerin CHP-Chefin der Provinz Istanbul und hatte als solche großen Anteil am Wahlsieg ihres Kandidaten Ekrem Imamoglu bei der zweimaligen Bürgermeisterwahl in der Bosphorus-Metropole. Bereits bei ihrer Wahl zur CHP-Chefin von Istanbul hatte Erdogan sie als „Terroristin“ bezeichnet. *Bodo Bost*

»Ein guter, alter Freund«

Chinas ambivalentes Verhältnis zu Robert Mugabe

Robert Mugabe, 37 Jahre lang erst Regierungschef, und dann Staatschef Simbawes, ist zu Beginn dieses Monats im Alter von 95 Jahren gestorben. Im Westen wird man keine Lobeshymnen auf ihn hören, denn zu offensichtlich sind vor allem die wirtschaftlichen Folgen seiner Herrschaft, welche die einstige Kornkammer Afrikas völlig ruiniert haben. 2008 erreichte die Inflation unvorstellbare 500 Milliarden Prozent und die Auslandsschulden von neun Milliarden US-Dollar entsprechen der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts.

Doch für Chinas Präsident Xi Jinping, der ihn im Dezember 2015 und Januar 2017 traf, war Mugabe „ein guter, alter Freund, der viel für die beiderseitigen Beziehungen getan hat“. Diese Freundschaft entwickelte sich bereits vor der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1980, da Peking die stark maoistisch ausgerichtete Guerillabewegung Zimbabwe African National Union (ZANU) ab 1963 im Kampf gegen die weiße Minderheitsregierung nicht nur mit Geld und Waffen unterstützte, sondern sogar Kämpfer ausbildete.

So kommen inzwischen 74 Prozent aller Auslandsinvestitionen in Simbabwe – zumeist in den Bereichen Bergbau, Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Telekommunikation, Einzelhandel und Energie –

aus China, wo sich die Afrikaner ihrerseits mit Maschinen, Elektronik, Fahrzeugen und Kriegsgüter eindecken.

Durch die zunehmende außenpolitische Isolierung Simbawes als Folge schwerer Menschenrechtsverletzungen ab 2003, als man nach längerer Suspendierung sogar das Commonwealth verließ, verstärkte sich der chinesische Einfluss weiter und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen legte Peking 2008 sein Veto gegen Sanktionen ein.

Anfang dieses Monats
starb Simbawes
Ex-Diktator

Seit 2015 ist China wichtigster Exportmarkt. 2018 betrug das bilaterale Handelsvolumen 1,34 Milliarden US-Dollar. Ende 2016 sagte Peking zu, Harare 40 Millionen an Verbindlichkeiten zu erlassen. Das machte zwar nur einen kleinen Teil der von 2000 bis 2017 gewährten Kredite in Höhe von 2,2 Milliarden aus, doch daraufhin führte Simbabwe als erstes Land der Welt den chinesischen Yuan als Leitwährung ein.

Dabei hatten 2015 die Asiaten öffentlich protestiert, als Mugabe oh-

ne Rücksprache zwei bedeutende chinesische Minengesellschaften in das staatliche Unternehmen Zimbabwe Consolidated Diamond Company (ZCDC) integrierte und damit deren Privilegien gefährdete. Ein im April 2016 in Kraft getretenes sogenanntes Indigenisierungsgesetz schreibt zudem für Unternehmen, die in Simbabwe eine Kapitalanlage von über 500 000 US-Dollar aufweisen, einen einheimischen Anteilsbesitz von mindestens 51 Prozent vor.

Kurz nachdem Mugabe seinen treuen Gefolgsmann, Vizepräsidenten und Nachfolger Emmerson Mnangagwa Anfang November 2017 gefeuert hatte, traf sich Simbawes Armeechef Constantine Chiwenga in Peking unter anderem mit Chinas Verteidigungsminister Chang Wanquan. Dies geschah angeblich nur im Rahmen eines regelmäßigen Informationsaustausches, doch wenige Tage später übernahm das simbawesische Militär die Macht und stellte Mugabe samt Familie unter Hausarrest, ohne ihm ein Haar zu krümmen. Beobachter gehen von einer stillschweigenden Unterstützung des Staatsstreichs durch China aus. Zwar bestreitet man dort vehement jede Einmischung, aber die roten Mandarinen hatten vermutlich beschlossenen, ihren langjährigen Kampfgefährten fallenzulassen. *Markus Matthes*

Rolle Rückwärts zum Meisterzwang

Bei einem Dutzend von 50 Gewerken soll das Rad der Zeit um 15 Jahre zurückgedreht werden

Die Meisterpflicht soll ab Anfang 2020 für insgesamt zwölf Gewerke wieder eingeführt werden. Im Jahr 2004 war in mehr als 50 Berufen die Meisterpflicht weggefallen. Mit der Reform der Handwerksordnung wollte die Bundesregierung damals einfachere Tätigkeiten für Selbstständige öffnen.

Der Abschaffung war damals eine zähe Debatte vorausgegangen. Die Handwerker-Verbände sagten einen massiven Qualitätsverfall in den betroffenen Branchen voraus. Die Befürworter der Liberalisierung im Handwerk dagegen warben mit neuen Jobs und der Aussicht auf sinkende Preise für die Kunden. Die Meisterpflicht bedeutet, dass ein Handwerksbetrieb nur nach dem Bestehen der Meisterprüfung selbstständig geführt werden darf. Sofern der Inhaber nicht selbst Meister ist, kann er eine bestehende Meisterpflicht durch die Beschäftigung eines angestellten Meisters erfüllen.

Nun sind etwa im Baubereich die Auftragsbücher voll, viele Menschen haben Schwierigkeiten überhaupt einen Handwerker zu bekommen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert dennoch die Rückkehr zur Meisterpflicht in vielen Berufen. Im Handwerk gebe es eine zunehmende Zahl von Solo-Selbstständigen, dies führe zu massiven Problemen etwa bei der Qualität.

Seit 2004 sei es in einigen Gewerken zu „Fehlentwicklungen“ gekommen, sagte ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer und malte eine düstere Zukunftsprognose: „Weniger Auszubildende, weniger Fachkräfte, weniger Qualität, schneller vom Markt verschwindende Betriebe und infolge dessen ein geringerer Gewährleistungs- und Verbraucherschutz.“

Daher sei es gut, dass diese Fehlentwicklungen jetzt korrigiert werden sollten, um wieder mehr Ausbildung, mehr Qualifikation, mehr Qualität, mehr Gewährleistungs- und Verbraucherschutz zu ermöglichen. „Denn auch in Zu-

kunft sollen Verbraucher ein qualitativ hochwertiges, ausbildungs- und betriebsnachhaltiges Handwerk vorfinden. Der Meisterbrief ist der Garant, um das Ausbildungs- und Qualifizierungssystem und damit auch Fachkräfte im Handwerk für die Zukunft zu gewährleisten“, teilte er weiter mit.

Der Wirtschaftsweisen Lars Feld und der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, sprachen sich dagegen gegen eine Rückkehr zum Meisterzwang aus. Die Pläne

oder ohne Meisterprüfung beschäftigten wollen“, erklärte er in einer Pressemitteilung.

Die neue Regelung soll konkret für Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Betonstein- und Terrazzohersteller, Estrichleger, Behälter- und Apparatebauer sowie Parkettleger gelten. Ebenfalls betroffen sind Rollladen- und Sonnenschutztechniker, Drechsler und Holzspielzeugmacher, Böttcher, Glasveredler, Schilder- und Lichtreklamehersteller, Raumausstatter

einer gemeinsamen Erklärung von Unionsfraktionsvize Carsten Linemann und dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Sören Bartol. Entscheidend für die Einführung der Meisterpflicht sei dabei, ob es sich um Handwerke handle, deren unsachgemäße Ausübung eine „Gefahr für Leben und Gesundheit“ bedeute. Zudem würden solche Handwerke berücksichtigt, die als immaterielles Kulturgut anzusehen seien wie eben Orgel- und Harmoniumbauer.

Der Meisterbrief sei unverzichtbarer Bestandteil der beruflichen Bildung. Manfred Todtenhausen (FDP) sprach zugleich davon, eine Ausweitung des Meisters auf mehr Berufe müsse mit Augenmaß geschehen. Es gehe darum, aus den Fehlern der Novellen von vor etwa eineinhalb Jahrzehnten zu lernen. Wichtig sei, rechtliche Rahmenbedingungen zu beachten und genau auf die Bedürfnisse des Handwerks zu reagieren.



Bei seinem und elf weiteren Gewerken soll der Meisterzwang wieder eingeführt werden: Ein Böttcher bei der Arbeit

Bild: ddp

seien rückwärtsgewandte Klientelpolitik, sagte Feld der „Stuttgarter Zeitung“.

Dabei habe die Reform der Handwerksordnung positive Effekte am Arbeitsmarkt gehabt, sagte der Freiburger Professor. Nach Fuests Auffassung ist die Rückkehr zum Meisterzwang nicht der richtige Weg. „Er beschränkt den Wettbewerb und verteuert die Leistungen der betroffenen Branchen. Die Kunden sollen selbst darüber entscheiden können, ob sie einen Handwerker mit

sowie Orgel- und Harmoniumbauer.

Die Regierungskoalition legte dabei Wert auf die Feststellung, dass bestehende Betriebe, die derzeit nicht der Meisterpflicht unterliegen, auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben dürfen. Sie erhalten sogenannten Bestandschutz. „Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft liefert“, heißt es in

Lob gab es sogar aus Oppositionskreisen. Tino Chrupalla (AfD) erklärte, den Handwerkern sei die Berufsehre genommen worden. Eine der tragenden Säulen des Mittelstands und damit der Wirtschaft sei geschwächt worden. Er betonte den kulturellen Wert handwerklicher Fähigkeiten und Fertigkeiten – dieses Wissen und diese Traditionen gelte es zu bewahren, sie seien das Kapital der deutschen Wirtschaft.

Von der FDP-Fraktion hieß es, das Handwerk brauche Anerken-

Kritiker befürchten, dass sich die neue Regelung nachteilig auf die Wirtschaft auswirken und zu einer weiteren Verteuerung führen könnte. „Anstatt hier die Lage zu entschärfen, schafft man eine lupenreine Marktzugangsbeschränkung. In Sonntagsreden wird immer die Kultur der Selbstständigkeit hochgehalten, und unter der Woche beschließen die Koalitionäre, genau diese einzuschränken“, schrieb der „Handelsblatt“-Redakteur und Sachbuchautor Thomas Sigmund. Peter Entinger

Internetmultis im Visier

Bemühungen von USA und EU, den fairen Wettbewerb zu schützen

Große Internetunternehmen sehen sich wachsendem Druck durch die Politik ausgesetzt. In den USA will eine Allianz von Bundesstaaten gegen Google Ermittlungen wegen des Verdachts kartellrechtlicher Verstöße einleiten. Einer entsprechenden Initiative des texanischen Generalstaatsanwalts Ken Paxton haben sich inzwischen 48 Bundesstaaten, der Regierungsbezirk Washington, D.C. und Puerto Rico angeschlossen. Klären will Paxton zunächst nur, ob Google den Wettbewerb im Geschäft mit Internetwerbung behindert hat. Sollten weitere Erkenntnisse auftauchen, könnten die Ermittlungen allerdings auf weitere Bereiche ausgedehnt werden.

Zuvor hatte bereits die Handelsaufsicht „Federal Trade Commission“ eine Kartelluntersuchung gegen Facebook eingeleitet. Das Justizministerium kündigte im Juli eine Prüfung an, ob die Marktmacht führender Online-Plattformen mittlerweile so groß ist, dass sie Verbrauchern schadet.

Zudem befragt die US-Handelsaufsicht Unternehmen, die Amazons Plattform Marketplace nutzen. Laut dem Finanzdienst Bloomberg geht es bei diesen Ermittlungen um die Frage, ob Amazon Wettbewerber benachteiligt. Über den Amazon Marketplace

können Händler Artikel verkaufen und dabei die Logistik des Konzerns nutzen. Amazon vertreibt über die Plattform aber auch selbst Produkte.

Auch in Europa sind die großen Internetkonzerne immer stärker ins Visier der Politik geraten. Eine „Kommission Wettbewerbsrecht 4.0“, die vergangenes Jahr vom Bundeswirtschaftsministerium eingesetzt wurde, hat vor kurzem ihren Abschlussbericht mit Empfehlungen vorgelegt. Mit Blick auf die

Mehr Kompetenzen für »Konzernschreck« Margrethe Vestager

digitale Wirtschaft sieht die Kommission etwa beim europäischen Wettbewerbsrecht Erneuerungsbedarf. Achim Wambach, einer der Vorsitzenden der Kommission, sagte: „Wir brauchen Regeln für marktmächtige Plattformen. Selbstbegünstigung sollte für solche Plattformen verboten werden.“ Wirtschaftsminister Peter Altmaier kündigte als Reaktion auf den Bericht an, er wolle „nicht grundstürzende“ Reformvorschlüsse zügig prüfen und sich danach an die neue EU-Kommission wenden.

Die amtierende hatte bereits vor zwei Jahren Google mit einer Geldbuße von fast 2,5 Milliarden Euro belegt. Die Brüsseler Kommission hatte dem Unternehmen vorgeworfen, seinen eigenen Preisvergleichsdienst bevorzugt zu haben. Vergangenes Jahr kam für Google wegen Wettbewerbsbeschränkungen beim Smartphone-System Android eine Rekordstrafe von weiteren 4,34 Milliarden Euro hinzu.

Treibende Kraft hinter dem Vorgehen sind die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Die Liberale gilt als vehemente Kritikerin der Marktmacht großer Konzerne.

Geht es nach den Plänen der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dann wird Vestager auch in der neuen Kommission für das Wettbewerbsrecht zuständig sein. Die Macht der Dänin als „Konzernschreck“ könnte sogar noch wachsen. In der neuen EU-Kommission soll die dänische Politikerin von der sozialliberalen „Radikale Venstre“ ein Superportfolio erhalten. Dabei soll Vestager nicht nur für das Wettbewerbsrecht zuständig sein, sondern als „exekutive Vizepräsidentin“ auch für die digitale Agenda der EU.

Norman Hanert

Geschäftsmodell gesucht

Teure Alternativkonzepte zur Braunkohle

Rund 1500 demonstrierende Kohlekumpel aus Sachsen und Brandenburg haben die Teilnehmer der 1. Lausitz-Konferenz empfangen, die am 9. September in Schwarze Pumpe bei Spremberg stattgefunden hat. Bei den Protesten der Bergleute geht es vor allem um die soziale Absicherung für Beschäftigte. Eine zentrale Forderung geht dahin, dass der Kohleausstieg nicht vor dem Jahr 2038 stattfindet.

Zur Lausitz-Konferenz waren Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden angereist, um über den anstehenden Strukturwandel in der Lausitz zu reden. Die Region ist wirtschaftlich stark von der Braunkohle abhängig.

Laut dem Kohlekompromiss soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung spätestens bis 2038 abgeschlossen sein. Im Gegenzug will der Bund in den kommenden 20 Jahren den Strukturwandel in den betroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg mit 40 Milliarden Euro fördern. Allein in die sächsische und die Brandenburger Lausitz sollen 17 Milliarden Euro fließen. Mit dem Geld sollen Forschungsinstitute und Unternehmen angesie-

delt werden sowie die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden.

Grundlage dieser Hilfe ist der sogenannte Kohlekompromiss, den eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission nach längeren Verhandlungen erst im Januar vorgelegt hat.

Insbesondere die Grünen, CSU-Chef Markus Söder und auch die „Fridays for Future“-Protestbewegung fordern inzwischen aber, den Ausstieg aus der Braunkohle bereits bis zum Jahr 2030 zu vollzie-

Teilnehmer der 1. Lausitz-Konferenz bei Kohlekumpeln

hen. Im Kontrast zu solchen Forderungen steht die Lage in den betroffenen Braunkohleregionen. Mit den Forderungen nach einem beschleunigten Kohleausstieg droht ein massiver Wegfall von Wertschöpfung, während der Strukturwandel erst langsam in Gang kommt. Speziell die Lausitz gilt zudem auch noch als eine Hochburg der AfD.

Vor diesem Hintergrund könnte bei den Landesregierungen in Potsdam und Dresden die Neigung wachsen, Fördermittel in schnell vorzeigbare Projekte zu stecken.

MELDUNGEN

Riesen-Raffinerie eröffnet

Aschgabat – In Owadandepi in Turkmenistan wurde eine gigantische Erdgasraffinerie eröffnet, die zu den größeren Zentralasiens zählt. Sie gilt zugleich als weltweit erste Raffinerie, die in der Lage ist, Erdgas in industriellem Maßstab zu Benzin zu synthetisieren. Kurz darauf konnte der turkmenische Gaskonzern Turkmengaz seine Gespräche mit der russischen Gazprom abschließen. Beide Seiten einigen sich auf eine jährliche Abnahme von 5,5 Milliarden Kubikmetern turkmenischen Gases durch Russland bis einschließlich 2024, wodurch Turkmenistan die für das Land verheerende langjährige Gasblockade endgültig überwunden haben dürfte. T.W.W.

19 Prozent mit Niedriglohn

Berlin – Ende 2018 erzielten 4,14 Millionen oder 19,3 Prozent der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe (ohne Auszubildende) ein Entgelt im Niedriglohnbereich. Die bundesweite Schwelle dafür liegt derzeit bei 2203 Euro brutto im Monat. Außerdem gab es knapp 4,8 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Das sogenannte Medianentgelt für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte lag bei 3304 Euro brutto. J.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.925.790.216.126 €

Vorwoche: 1.925.829.916.644 €

Verschuldung pro Kopf:

23.196 €

Vorwoche: 23.197 €

(Dienstag, 17. September 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Glockenstille

Von Erik Lommatzsch

Eine Petition mit reichlich 1000 Unterschriften und einigen viertelprominenten Erstunterzeichnern verlangt den „Bruch mit den rechtslastigen und militaristischen Traditionen der Garnisonkirche Potsdam“. Ein Dorn im Auge sind den Unterzeichnern der historische Wiederaufbaugedanke der 1945 ausgebrannten und 1968 von der DDR endgültig beseitigten Kirche sowie jegliche damit verbundene Aktivität. 2017 begannen die Arbeiten am Turm. Viel länger bereits gibt es den spendenfinanzierten Glockenspiel-Nachbau mit einer – laut Petition – „Reihe revisionistischer, rechtsradikaler und militaristischer Widmungen“. Dieser geht auf die „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ (TPG) zurück, die ihn 1991 der Stadt Potsdam schenkte, wo er seither steht.

Glockeninschriften kritisiert

Kritik, die sich auch handfest in Form von Schmierereien äußerte, gab es von Anfang an. Vor allem die „bösen“ Inschriften riefen Widerstand auf den Plan. Die Stadt Potsdam ließ gleich mal sieben Glocken einschmelzen. Sie trugen Namen von preußischen Provinzen und Städten, die nicht mehr auf deutschem Staatsgebiet liegen. Sie wurden jedoch – ohne Inschriften – neu gegossen. So überdauerten die insgesamt 40 Glocken 28 Jahre. Zur halben Stunde erklang „Üb immer Treu und Redlichkeit“, zur vollen „Lobe den Herrn“.

Seit wenigen Tagen ist damit Schluss. Der in der Petition geforderte „Abriss“ ist noch nicht vorgesehen, aber die Politik parierte brav. Die Glocken müssen nun auf unabsehbare Zeit schweigen.

Beschriftet sind sie unter anderem mit Mahnungen an die zehn Gebote, mit Namen preußischer Offiziere der Befreiungskriege, mit Helmuth von Moltkes Wahlspruch „Mehr sein als scheinen“, Spenderangaben, Bezeichnungen von preußischen, Reichswehr-, Wehrmacht- und Bundeswehrverbänden oder dem Prinzip „Suum cuique“ (Jedem das Seine), lateinisch beispielsweise bei Cicero nachzulesen, als Idee ist es weit älter. In der preußischen Geschichte wäre der „Schwarze Adlerorden“ ein Stichwort im Zusammenhang mit diesen Worten. Den Initiatoren der Petition ist das unbekannt. Sie wissen lediglich um den „in Deutschland problematischen Spruch“, den die Nationalsozialisten, mit Sicherheit nicht im Sinne seiner Schöpfer, am Konzentrationslager Buchenwald anbrachten. Was die Petenten an der Inschrift „Kein Unglück Ewig“ beunruhigt, deren Ursprung in der Zeit Friedrichs des Großen zu suchen ist, erschließt sich nicht.

Für alle Fälle kann man die Person des Initiators der TPG, Max Klaar, als „Abschaltgrund“ heranziehen. Seiner Meinung nach sollte etwa die wiederaufzubauende Kirche einzig als solche genutzt werden, nicht als „Versöhnungszentrum“.

Die Inschriften, die – völlig überraschend für die Glocken einer Garnisonkirche – an militärische Traditionen anknüpfen, werden jetzt „wissenschaftlich“ untersucht. Sollte abermals neu gegossen werden, dann am besten gleich mit geschichtsvergessenen und zeitgeistkonformen Widmungen wie „Bunte Vielfalt“ oder „Weltoffenheit“.

Morscher Charakter

Von Friedrich-Wilhelm Schломann

Seit fast drei Monaten finden in Hongkong fast täglich Demonstrationen mit bis zu 1,7 Millionen Menschen und damit fast einem Drittel seiner Bevölkerung statt. Waren sie zunächst friedlich, kam es bald zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei bis hin zur Teilbesetzung des wichtigen Flughafens. Anlass war ein Gesetz, das die Auslieferung von Verdächtigen an das kommunistische China erlaubt.

Dabei hatte der damalige Vertrag Londons mit Peking unter der Devise „Ein Land, zwei Systeme“ das bestehende Rechtssystem garantiert. Jetzt fordern die Hongkonger ein allgemeines Wahlrecht: Denn das heutige System zum Legislative Council garantiert Peking-getreuen „Volksvertretern“ eine Mehrheit.

Wer das wichtigste Amt der Sieben-Millionen-Stadt erhält, wird von Peking entschieden und nicht an den Wahlurnen der Stadt. Die Rufe „Freiheit für Hongkong“ der Demonstranten richteten sich daher verstärkt gegen Peking. Ihre Forderung nach einem selbstständigen Staat wie Singapur werden Utopie bleiben.

Chinas Staatspräsident Xi Jinping will am 1. Oktober, dem 70. Jahrestag der Volksrepublik, sein Reich als führende Weltmacht vorführen, wobei er dafür die Rebellion Hongkongs nicht ewig gewähren lassen kann. Er steht vor einem entscheidenden Problem: Ein Einmarsch in Hongkong durch sein

Militär wäre offener Völkerrechtsbruch und würde Peking erneut als Diktatur entlarven. Bilder wie damals vom Tian'anmen-Massaker am 4. Juni 1989, bei dem 200 Zivilisten erschossen und 3000 verletzt wurden, möchte man unbedingt vermeiden.

Gespräche mit den Demonstranten, die der damalige Premierminister der Volksrepublik, Li Peng, 1989 nicht scheute, lehnt Peking heute ab. Hat seine massive Propagandamaschine bisher die Hongkonger als Chaos getitelt und von Terrorismus getönt, so wäre es gegenüber den eigenen Untertanen schwer, einen Kompromiss einzugehen, wengleich der Ton aus Peking in

den letzten August-Tagen moderater wurde. Man wird dort verstärkt versuchen, durch Geheimpolizei die Freiheitsbewegung zu unterwandern, zu zersplittern und ihre Anführer nach China zu entführen.

Die UNO und ebenso die westeuropäischen Staaten, die sonst so gern protestieren, scheuen offenbar eine klare Haltung – sie schweigen. Ist der Westen inzwischen wirtschaftlich so abhängig vom kommunistischen Peking, dass er zu den Vorgängen nicht mehr zu sagen wagt, was er denkt? Oder denkt man über die Freiheit auf unserer Welt überhaupt noch nach? Sollten wir in unserem Wohlstand schon so charakterlich morsch sein, dass wir für das Streben nach Profit den Wert der Freiheit und wahrer Demokratie opfern?

Der von Chinas Wirtschaft abhängige Westen schweigt



Hoffen auf die USA: Doch der Westen zeigt den Demonstranten in Hongkong eher die kalte Schulter

Bild: imago images/ ZUMA Press

Ausnahmslos alle anderen Parteien, die im Bundestag oder in Länderparlamenten vertreten sind, eint die Überzeugung, oder zumindest das Bekenntnis zu der Aussage, die AfD sei rechtsextrem, nicht zugehörig zum Kreis der Demokraten und auf keinen Fall koalitionswürdig. Wo dies das Programm der Partei oder das Verhalten besonnener Mitglieder nicht hergibt, weist man gerne auf die Kontakte der AfD zu politischen Kräften hin, die es in einer anscheinend vorhandenen noch rechteren Ecke gibt und deren Nähe zur AfD diese endgültig und restlos diskriminiere.

So die Verhältnisse auf der rechten Seite des Spektrums. Weitaus weniger Aufmerksamkeit

zieht die linke Seite auf sich, die ja auch mit der Ex-SED Die Linke bei Weitem noch nicht ausgelotet ist. Geht es also bei der Beurteilung des

Standortes einer Partei nicht nur um deren Programm und die Aussagen ihrer Vertreter, sondern auch um die Verbindungen, welche die Partei pflegt, so sind auch die Freundschaften der Linken von großer Aussagekraft, hier in erster Linie die Beziehungen zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Als die DDR noch existierte, hatte die SED im Westen mit der DKP eine hundertprozentige Tochter. Diese Dualität zweier sozialistischer Parteien dauert fort und ist nach wie vor geprägt von iniger Nähe zueinander. Die Publikation „DKP in Aktion“ in Neuss gibt hierfür ein schönes Beispiel. Dort „setzen ‚Die Linke‘ und die DKP auch im Stadtrat auf Zusammenarbeit. Bei der letzten Kommunalwahl wurde Vincent Cziesla auf der Liste der Partei ‚Die Linke‘ in den Rat der Stadt Neuss gewählt.“ Dies steht geschrieben in der DKP-Parteizeitung „Un-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

sere Zeit“ („UZ“) vom 4. August 2015. Daran schloss sich ein Interview, in dessen Verlauf die „ZU“ feststellte: „Wahlprogramm und die Liste zum Wahlenritt wurden von Mitgliedern der Partei ‚Die Linke‘ und der DKP gemeinsam entwickelt.“

Damit über Art und Wesen der DKP alle Zweifel ausgeschlossen sind, ein Auszug aus dem Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern für das Jahr 2017: „Die orthodox-kommunistische ‚Deutsche Kommunistische Partei (DKP)‘ mit ihren ca. 3000 Mitgliedern hält unverändert an ihrem Ziel des Sozialismus und Kommunismus fest und bekennt sich zu Theorien von Marx, Engels und Lenin als Anleitung für ihr Handeln.“

Nun, mag einer sagen, Neuss sei nicht die Welt und Ausrutscher kämen immer einmal vor. Mag sein. Doch die Verbindungen zwischen der Linkspartei und der DKP sind keine vorübergehende Erscheinung und haben System. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ („WAZ“) vom 19. Februar 2008 berichtete anlässlich der damaligen Bürgerschaftswahlen in der Freien und Hansestadt: „Die Linke hat ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei den Wahlen in Hamburg verteidigt. Der Wahlkampfleiter der Linken, Bodo Ra-

melow, erklärte: ‚Es gibt keinen Anlass dafür, dass wir uns von Herrn Harms distanzieren.‘“ Olaf Harms war der DKP-Landeschef in Hamburg, Ramelow ist heute Ministerpräsident von Thüringen.

Auch in Hessen finden die Genossen zueinander, wie die „Gießener Zeitung“ am 26. Februar 2008 zu berichten wusste: „Die Partei ‚Die Linke‘ in Hessen hat der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Vorfeld der Landtagswahl einen Platz unter den ersten zehn Kandidaten angeboten.“ Die Systematik ist leicht zu erkennen: Die Linke nimmt DKP-Leute mit auf ihr Ticket, damit diese in Parlamente kommen, die ihnen nach ihrem Wahlergebnis sonst verschlossen blieben.

Dasselbe Bild in Nordrhein-Westfalen, Tatort Solingen. Das dortige „Solinger Tageblatt“ ging am 15. Januar 2015 auf eine diesbezügliche Diskussion ein: „Die Linkspartei steht zu ihrer Zusammenarbeit mit der vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft DKP. In einer schriftlichen Mitteilung ist die Rede von den ‚Genossen‘ und ‚Freunden‘ von der DKP. Über die ‚offene Liste‘ der Linkspartei ist der Kreisvorsitzende der DKP, Walter Herberster, in die Bezirksvertretung Wald gewählt worden. ...Walter Herberster wird in der Mitteilung der Linkspartei als ‚unser geschätzter Genosse‘ bezeichnet.“

Bei der Bundestagswahl 2013 gab die DKP eine öffentliche Wahlempfehlung:

Wie die Linkspartei mit der DKP kungelt

Von FLORIAN STUMFALL

„Die DKP rät: Wählt den Weg des Widerstandes! Wählt am 22. September mit der Zweitstimme die Partei ‚Die Linke‘, damit der Widerstand weiterhin eine Stimme im Parlament hat.“

Das System bewährt sich. Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt von der DKP, trotz ihres „Niedergangsprozesses“ spielt die Partei im Umfeld von Aktivitäten der politischen Linken immer noch eine Rolle. So kandidierten und kandidieren etwa bei Kommunal- und Landtagswahlen der Partei ‚Die Linke‘ bzw. der ‚Partei des Demokratischen Sozialismus‘ (PDS) im Westen regelmäßig auch Mitglieder der DKP.“

Bei diesem gewohnheitsmäßigen, strategisch angelegten Vorgehen von DKP und Linkspartei konnte es einmal geschehen, dass sich ein Misston einschlich. Da kam im Jahr 2008 die DKP-Frontfrau Christel Wegner durch die Hilfe und auf der Liste der Genossen von der Linkspartei in den Niedersächsischen Landtag. Als Abgeordnete war sie Gast bei der ARD-Sendung „Panorama“, und es gelang ihr, selbst das dort geübte Verständnis für linke Parolen ein wenig zu strapazieren. Sie verteidigte die Berliner Mauer und gab zu erkennen, dass man wieder eine Einrichtung wie die Stasi brauche. Daraufhin gab es

Unruhe in den eigenen Reihen, weil man so etwas nicht öffentlich sagt. Doch als Ergebnis kam heraus, dass die Linke trotz dieses Zwischenfalls weiterhin mit der DKP zusammenarbeiten werde. Da kann es nicht verwundern, dass die Linke innerhalb ihrer eigenen Mauern Genossen pflegt, die ihrerseits im Fokus von Verfassungsschutzämtern stehen, so die „Kommunistische Plattform“ (KPF), die sich als „bundesweiter Zusammenschluss von Kommunisten und Kommunisten in der Partei Die Linke“ versteht. Die KPF ist das natürliche Verbindungsglied in dem fließenden Übergang zwischen Linkspartei und DKP.

Es ist dieselbe Linkspartei, mit der die SPD bedenkenlos Koalitionen bildet, zum „Kampf gegen rechts“ aufruft und die CDU, längst bevor dort irgendwer den Mut hätte, auch nur daran zu denken, vor einem Liebaugeln mit der AfD warnt. Zusammen mit den Grünen, die irgendwo neben Linkspartei und SPD ideologische Lücken füllen, ergibt sich so eine strukturelle linke bis linksextreme Mehrheit, wenn nicht in ganz Deutschland, so doch regional und zeitweise.

Vervollständigt wird diese Strategie durch das eifersüchtige Verbot, mit der AfD auch nur zu reden. Auf diese Weise hat die CDU keinen

anderen Koalitionspartner als diejenigen auf der linken Seite, denen sie, das heißt vor allem die langjährige Vorsitzende Angela Merkel, durch ihre weltanschauliche Beliebigkeit und ihren Opportunismus längst erlaubt hat, im linken Sinne zu definieren, was die Nation als „rechts“ und als „links“ zu verstehen hat. Dies ist die Voraussetzung dafür, in Deutschland auf Dauer eine bürgerliche Mehrheit zu verhindern.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Der aus der Reihe tanzt

Ballett-Ikone Rudolf Nurejew im Kino – Dramatisches Aussitzen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges

Wenn Ballettliebhaber den Namen Rudolf Nurejew hören, bekommen sie glänzende Augen. Er war einer ersten männlichen Ballettstars überhaupt und für die Russen eine tänzerische Propagandawaffe des Kalten Krieges.

Blöß gut, dass Ralph Fiennes sich eingemischt hat. Der britische Hauptdarsteller von Stephen Spielbergs Holocaustdrama „Schindlers Liste“ führte bei dem am 26. September in den deutschen Kinos startenden Nurejew-Film „The White Crow“ (Die weiße Krähe) nicht nur zum dritten Mal selber Regie, nein, er spielt sogar selbst mit. Keine Sorge: Er tanzt nicht. Fiennes bringt als väterlicher-bedächtiger Ballettmeister am Choreografischen Institut Leningrad seinem Schüler Nurejew das Tanzen bei.

Der alte Filmhase stiehlt dem Jungen damit beinahe die Show. Denn mit dem Ukrainer Oleg Iwenko hat Fiennes zwar einen ausgewiesenen Profitänzer in der Rolle des Rudolf Nurejew besetzt, aber eben keinen Profischauspieler. Für den in Russland im Opernhaus von Kasan als Solotänzer auftretenden Iwenko ist es sein Kinodebüt. Und dann gleich als Nurejew, der männlichen Ballett-Ikone schlechthin. Kann das gutgehen?

Fiennes hat viel riskiert, aber es hat sich gelohnt. Sein Nurejew-Film ist nicht allein ein Stück routiniert abgefilmte Biografie des berühmten Tänzers, sondern auch ein Lehrstück über den Kalten Krieg.

Mit fast schon brutaler Konsequenz läuft der Film auf ein dramatisches Finale hinaus, auf jenen Augenblick, als Nurejew aus der Reihe tanzt. Es klingt dramatischer, als es ist. Hier wird nicht geschossen, es finden keine wilden Verfolgungsjagden statt und zu Schaden kommt auch nie-

mand. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Alles sitzt und wartet gespannt, dass etwas passiert.

Im Terminal des Pariser Flughafens Le Bourget sieht man einen von KGB-Leuten umringten Nurejew, dem der Angstschweiß herunterläuft. Statt mit dem Ensemble des Kirow-Balletts nach London weiterzufliegen, soll er als einziger nach Moskau zurückkehren. Einen Moment der Unauf-

hat, schuf ein raffiniertes Aussitzen des Ballettstars vor der mit ausgebleichten Brauntönen kolorierten Kulisse des Kalten Krieges.

Anhänger Nurejews dürften mehr erwartet haben über sein Leben und Tanz. Beides wird nicht vernachlässigt, steht aber nicht im Fokus. So wird in kurzen Rückblenden erzählt, wie Nurejew kurz vor Irkutsk in der Transsibirischen Eisenbahn geboren

Neuling in die Klasse des von Fiennes gespielten legendären Ballettmeisters Alexander Puschkin kommt, und 1961, als er am Flughafen von Paris einen Asylantrag stellt. Obwohl dieser Nurejew vom Solotänzer Iwenko verkörpert wird, schwelgt der Film nicht in längeren musikalischen Ausschnitten aus Balletten wie „Schwanensee“. Ein Paar Pirouetten, die zeigen sollen, wie Nure-

jew ein Zimmer teilt. Größeren Raum nimmt dagegen die hübsche Chilenin Clara Saint ein. Nurejews Verhältnis zu der Freundin des bei einem Verkehrsunfall getöteten Sohns des französischen Kulturministers und Schriftstellers André Malraux bleibt bewusst im Unklaren. Dieses spielt keine Rolle, dafür aber umso mehr ihre finale Rolle bei seinem Asylantrag.

Nicht aus Liebe zu bestimmten Menschen, sondern zu der westlichen Kultur habe der an Politik uninteressierte Nurejew die Seiten gewechselt, so die Botschaft des Films. Der Tänzer war der Star des zu Propagandazwecken im Westen auf Auslandstournee eingesetzten Kirow-Balletts. Entsprechend scharf stand er unter Beobachtung des KGB, entzog sich aber häufig seinen Bewachern, um zum Beispiel früh morgens im Louvre allein Théodore Géricaults Meistergemälde „Floß der Medusa“ zu bewundern.

Um den Film so authentisch wie möglich zu gestalten, besetzte Fiennes die Rollen mit Schauspielern aus den jeweiligen Ländern. Mit einer Ausnahme: er selbst als bedächtig russisch parlierender Puschkin. Da die Geldgeber des Films darauf bestanden, dass wenigstens ein Star mitspielt, wenn schon das Russische nicht synchronisiert, sondern nur mit Untertiteln übersetzt wird, so übernahm Fiennes gleich die Doppelaufgabe als Regisseur und Schauspieler.

An sein minimalistisches Spiel kommt keiner heran. Auch Hauptdarsteller Iwenko nicht. Da dieser aber über genügend Bühnenerfahrung als Tänzer verfügt, macht er bei seinem Filmdebüt eine ganz anständige Figur. Er versucht gar nicht erst, Nurejew nachzuäffen. Gut so, sonst hätte er sich garantiert aussichtslos ins Abseits getanzt. *Harald Tews*



Väterlicher Freund: Regisseur Ralph Fiennes (l.) als Ballettmeister Alexander Puschkin Bild: AlamedaFilm

merksamkeit seiner Bewacher nutzt er, um bei der Flughafenpolizei das Zauberwort „Asyl“ auszusprechen. Ende. Aus. Abspann.

Fiennes holte als Drehbuchautor den renommierten Dramatiker David Hare mit ins Boot. Der Autor, der schon die Skripte zu der Verfilmung von Bernhard Schlinks Bestseller „Der Vorleser“ oder zu „Verleugnung“ über einen Prozess gegen den Holocaust-Leugner David Irving geschrieben

wurde, wie er nach dem Besuch einer Ballettaufführung seine Leidenschaft für den Tanz entwickelte, wie seine warmherzige Mutter ihn förderte, während sein Vater ihn mit Schlägen davon abhalten wollte, und wie er in seiner Heimat als Synonym für einen Aufenseiter „weiße Krähe“ genannt wurde.

Eigentlich erzählt der Film nur die Spanne zwischen 1955, als Nurejew mit 17 Jahren als ältester

jew das Ballett revolutionierte, indem er jenes solistisch umsetzte, was zuvor nur den Balletteuseen vorbehalten blieb – das war es dann schon an Tanzeinlagen.

Dass Nurejew bisexuell war mit einer Vorliebe für Männer und 1993 an Aids starb, wird ebenso wenig an die große Glocke gehängt. Am Rande taucht der vom deutschen Schauspieler Louis Hofmann gespielte Tänzer Teja Kremke auf, mit dem sich Nure-

Legendärer Zebrastreifen

Letztes Album der Beatles – Vor 50 Jahren erschien »Abbey Road«

Es war das Schlusswort: „And in the end: The love you take is equal to the love you make“ (Die Liebe, die du empfängst, gleicht der Liebe, die du gibst). Mit dieser Botschaft der gebenden und empfangenden Liebe beendeten die Beatles ihre sagenhafte Karriere. „The End“ war der Abschlusstitel ihrer letzten Langspielplatte „Abbey Road“, die vor 50 Jahren, am 26. September 1969, in die Läden kam.

„Abbey Road“ war, was die Veröffentlichung betrifft, nicht die letzte Langspielplatte. Denn die im Januar 1969 unter dem Arbeitstitel „Get back“ eingespielten Songs wurden zurückgestellt und kamen unter dem Titel „Let it be“ im Mai 1970 als Album und Film auf den Markt beziehungsweise in die Kinos – da hatte Paul McCartney einen Monat zuvor bereits seine Trennung von den Beatles bekanntgegeben.

Bandname und Albumtitel stehen nicht auf dem Cover, sondern „nur“ auf der Rückseite. Die Beatles und die Straße im Londoner Stadtteil Westminster mit den EMI-Tonstudios waren weltbekannt. Das Cover heizte die Verschwörungstheorien an, wonach McCartney Ende 1966 bei einem Motorradunfall gestorben und durch einen Doppelgänger ersetzt worden sein soll. Demnach stellen die Beatles einen Leichenzug dar: Ringo Lennon als Priester, dahinter Ringo Starr als Angehöriger, danach der „Verstorbene“ Paul

McCartney und zum Schluss George Harrison als Bestatter.

Wie aus dem Film „Let it be“ und aus Demos vom Mai 1968 deutlich wird, liegen die Ursprünge einiger Songs im Frühjahr 1968 und Januar 1969. Am 22. Februar 1969 begannen die Aufnahmen mit dem kompromisslosen Blues „I want you (She's so heavy)“ von John Lennon. Das Lied (7:47 Minuten) ist eigentlich viel länger.



Steht unter Denkmalschutz: Zebrastreifen des Abbey-Covers

Um ihn als letztes Lied auf die A-Seite zu bringen, wurde das Band einfach durchgeschnitten. Da Ringo Starr beim Film „Magic Christian“ mitwirkte, folgten erst Mitte April weitere Aufnahmen: George Harrisons Meisterwerk „Something“, McCartneys „Oh! Darling“ und Ringo Starrs „Octopus's Garden“ im Country- und Western-Stil. Die damaligen Geldwestern (Streit ums Management) hat McCartneys „You never

give me your money“ zum Inhalt. Ab 6. Mai 1969 begaben sich die Beatles in eine achtwöchige Pause. Zurück vom Urlaub, nahmen sie McCartneys Medley „Golden Slumbers/Carry that weight“, den Harrison-Klassiker „Here comes the sun“ und McCartneys „Maxwell's Silver Hammer“ auf.

Lennon wurde als Songautor erst wieder am 21. Juli mit seinem politisch angehauchten „Come together“ aktiv. Von ihm stammen auch die ersten drei Stücke des Medleys auf der B-Seite „Sun King“, „Mean Mr. Mustard“ und „Polythene Pam“, während „She came in through the Bathroom window“ McCartney beisteuerte.

Das letzte von den Beatles aufgenommene Stück war Anfang August 1969 – jedoch ohne Ringo Starr – das dreistimmige „Because“ von John Lennon. Bei „The End“ hören wir Ringo Starrs einziges Schlagzeugsolo und die Liebesbotschaft. Das für das Medley vorgesehene „Her Majesty“ von McCartney wird 20 Sekunden nach „The End“ angespielt, ist aber wie bei „I want you“ abgeschnitten.

Am 20. August 1969 waren alle vier Beatles letztmals gemeinsam im Studio, um die Reihenfolge der Songs festzulegen. Der Albumtitel stand da schon fest. Beim Arbeitstitel „Everest“ wäre für das Coverfoto ein Flug in den Himalaya nötig gewesen. Das war den Fab Four zu viel, deshalb gingen sie vor ihr Tonstudio. *Markus Bauer*

Startklar für den Jubilar

Bonner Beethoven-Haus macht sich fein für Feierlichkeiten 2020

Obwohl allerorten noch die runden Jahrestage von Humboldt und Fontane gefeiert werden, macht im Hintergrund schon der nächste Jubilar auf sich aufmerksam. 2020 ist das Beethoven-Jahr, der Komponist kam im Dezember vor 250 Jahren auf die Welt.

Da ist es gut, dass weit vor dem Jubiläum Beethovens Geburts-

eines Festakts für den 16. Dezember geplant. Die Neugestaltung mit räumlicher Erweiterung gehört zu den bedeutendsten Projekten des Beethoven-Hauses mit Blick auf das Beethoven-Jubiläumsjahr 2020.

Ziel der Neugestaltung war es, den Besuchern eine erlebnisorientierte und emotionale Begegnung mit Beethoven zu ermög-

lichen und sich über verschiedene Themenkreise wie Beethoven und sein Freundeskreis oder Beethoven und sein Alltag anzunähern. Drei Räume im Hinterhaus sind dabei in besonderer Weise gestaltet: Ein Diorama im Erdgeschoss lässt Beethovens Bonn lebendig werden, im Klangzimmer sind frühe Meisterwerke Beethovens zu hören. Im Dachgeschoss wird das bisher als Ge-

burtszimmer bezeichnete Elternschlafzimmer der Beethovens in besonderer Weise inszeniert. Der Raum soll von den Besuchern betreten werden können, was bisher nicht möglich war.

Ab Mitte Oktober ist ein Hörprogramm in mehreren Sprachen sowie in einer Fassung für Kinder im Eintrittspreis inbegriffen. Auch Versionen für Sehbehinderte, in Leichter Sprache sowie in Deutscher Gebärdensprache sind verfügbar. Ab dem 17. Dezember werden weitere Museumsräume für die Besucher zugänglich sein: ein Musikzimmer für regelmäßige Konzerte, eine Schatzkammer mit Originalmanuskripten sowie ein eigener Bereich für wechselnde Themasammlungen. Der Museumsladen mit Kassenbereich und Café wird auf der anderen Straßenseite eingerichtet. Im Geschoss darüber wird sich ein Seminarraum für die Vermittlungsangebote des Beethoven-Hauses befinden. Über Computertablets kann man hier auch das Digitale Archiv des Beethoven-Hauses besuchen.

Die Dauerausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Eintrittskarten mit einem festgelegten Zeitfenster für den Besuch ab Oktober kann man bereits jetzt im Internet buchen: <https://www.bonnticket.de/beethoven-haus-bonn>. Für den Besuch im September sind die Eintrittskarten zum Preis von 9 Euro an der Museumskasse erhältlich. *H. Tews*



Frisch poliert: Die Dauerausstellung

Bild: Beethoven-Haus Bonn/David Erd

»Maos Bibel« wurde mit Blut geschrieben

Chinas »Sprung nach vorn« brachte Leiden ohne Ende

Am 1. Oktober vor 70 Jahren proklamierte Mao Tse-tung die Volksrepublik China und löste bei den Linken im Westen Begeisterungstürme aus. Die brutalen, mit aller Gewalt durchgezogenen Reformen während seiner Regierungszeit kosteten zwischen 40 und 70 Millionen Menschen das Leben.

Der Große Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) war kein großer Redner. Stockend, sich immer wieder räuspernd, sprach er vom Söller am Tor des Himmels Friedens zu den wohl 100 000 Menschen, die sich auf dem Tian'anmenplatz versammelt hatten. Jubel brandete auf, als Mao rief: „Unsere Nation wird wieder eine gedemütigte Nation sein. China hat sich erhoben.“ Das Volk antwortete in Sprechchören: „Lang lebe der Vorsitzende Mao.“

Mao Tse-tung wurde in eine Zeit der Rechtlosigkeit und Gewalt geboren. 100 Jahre Fremdherrschaft und Kriege hatten das Land zu einem Armenhaus gemacht. Die Dynastie der Qing-Kaiser lag in Agonie. In diesem Machtvakuum schickten Warlords ihre Milizen durch die Provinzen. Die Landbevölkerung wurde tyrannisiert, ihrer Lebensmittel und des Saatguts beraubt. Banden marodierten auch in Hunan, wo Mao am 26. Dezember 1893 als Sohn einer wohlhabenden Bauernfamilie geboren wurde. Sein Name Tse-tung bedeutet „Wohltäter des Volkes“. Mao besaß keine höhere Schulbildung, befasste sich aber früh mit dem Marxismus und Bolschewismus. Die Revolution nach dem Vorbild Russlands erschien ihm als einzige Möglichkeit, das Volk von der Ausbeutung durch Großgrundbesitzer zu befreien. 1921 trat er der in Schanghai gegründeten Kommunistischen Partei Chinas bei.

China war seit 1912 Republik unter Führung der nationalistischen Partei Kuomintang. 1927 kam es zum Krieg der Roten Armee unter Maos Kommando und den starken Truppen von General Tschiang Kai-schek, der seit 1925 an der Spitze

der Koumintang stand. Mao verzichtete sich mit seinen Anhängern in den Bergen und griff nach Partisanenmanier aus dem Hinterhalt an.

Der Bürgerkrieg dauerte von 1927 bis 1949. Als sich die Nieder-

lage Tschiangs abzeichnete, rief Mao die Volksrepublik China aus. Als Vorsitzender der Kommunistischen Partei lag alle Macht in seinen Händen.

Mao war bei der Gründung der Volksrepublik Mitte 50 und ge-

sundheitlich geschwächt. Zeitweise verkündete er seine Kampagnen und Jahrespläne vom Bett aus. Seine erste Reform sollte die feudale Struktur der Landwirtschaft beenden. 85 Prozent der Chinesen waren Bauern und Land-

lose im Dienst von Großgrundbesitzern. Die Ackerflächen vieler Bauern waren so klein, dass sie eine Familie nicht ernähren konnten. Nach dem 1950 beschlossenen Bodenreformgesetz wurden Gutsherren enteignet und ihre Ländereien verteilt. Die früheren Besitzer wurden in Schauprozessen zum Tode verurteilt, sofern sie nicht rechtzeitig geflohen waren. Kollektive bewirtschafteten die Felder.

Mit Unterstützung der Sowjetunion trieb Mao die Industrialisierung voran. Er kaufte komplette Fabriken bei den Sowjets und bezahlte mit Getreide, das den Bauern abgepresst wurde. Hungersnöte waren die Folge.

Durch den Mangel an gut ausgebildeten Arbeitern, durch Korruption und durch die Unfähigkeit der alles lenkenden Funktionäre blieben die versprochenen Erfolge aus. Immer häufiger übten Parteigenossen Kritik an Maos Maßnahmen. Widersacher ließ er kaltstellen oder hinrichten. Mitte der 60er Jahre brach Mao mit der Sowjetunion. Der „Bruderstaat“ und Rivalen um die Oberhoheit im Kommunismus wurde offiziell zum Feind erklärt.

Die schlimmste Leidenszeit des chinesischen Volkes begann mit der Ausrufung des „Großen Sprungs nach vorn“. Mao verkündete 1957, dass China „in 15 Jahren Großbritannien wirtschaftlich überholen“ werde. Den Lohn für „drei Jahre Entbehrung“ sollten „1000 Jahre Wohlstand“ bringen. Zum Bau von Staudämmen und Bewässerungsprojekten wurden die Landbewohner zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die Felder wurden nicht mehr bestellt, Millionen Menschen verhungerten oder ertranken in den Fluten von gebrochenen Dämmen. In vielen Dörfern gab es keine Frauen und Kinder mehr, weil sie zu schwach für schwere Arbeit waren und nur die Männer Rationen an Reis und Gemüse erhielten.

Um die immer lauter werdende Kritik an seiner Person zu ersticken, rief Mao 1966 die „Große Pro-

letarische Kulturrevolution“ aus. Das Land sollte „zerstört und neu aufgebaut werden“. Vermeintliche Konterrevolutionäre wurden gejagt, Kinder sollten ihre Eltern denunzieren, Frauen ihre Männer. China versank in einem Blutbad. Die Roten Garden, meist radikalisierte Schüler und Studenten, zogen mordend durch das Land. Kulturdenkmäler von unschätzbarem Wert wurden zerstört.

Während die Menschen in China unsäglich litten, erreichte der Mao-Kult in der Bundesrepublik seinen Höhepunkt. Für die Studenten der 68er-Bewegung war die Lektüre eines roten Büchleins mit Plastikeinband wie eine Erleuchtung. Die goldenen Worte der „Mao-Bibel“ gehörten zum geistigen Marschgepäck jedes Revoluzers gegen die Herrschaft der Bourgeoisie.

Die Roten Garden wüteten fast zehn Jahre lang. Der gemäßigte Ministerpräsident Tschu En-lai leitete das Ende der Kulturrevolution und eine Öffnung nach Westen durch die sogenannte „Ping-Pong-Diplomatie“ ein. Auftakt war die Einladung der US-amerikanischen Tischtennismannschaft nach Peking. 1972 besuchte US-Präsident Richard Nixon China. Die USA erkannten die Volksrepublik als Staat an.

Nach langer Krankheit starb Mao Tse-tung am 9. September 1976. Verantworten für die Gräueltaten musste sich die Viererbande, zu der auch seine vierte Frau Jiang Qing gehörte. Unter Deng Xiaoping begann Ende der 70er Jahre der Aufstieg Chinas zur Wirtschafts- und Industriemacht. Eine Aufarbeitung der Schreckensherrschaft Maos ist nie erfolgt. Seine Verehrung ist immer noch von Staats wegen angeordnet. Ein überdimensionales Porträt schmückt den Eingang zur Verbotenen Stadt. Seinen Platz in der Geschichte des 20. Jahrhunderts hat Mao eingenommen. Er steht Seite an Seite mit den Menschen-schlächtern Adolf Hitler und Josef Stalin. *Klaus J. Groth*



Vor 70 Jahren: Mao Tse-tung ruft die Volksrepublik China aus

Bild: Lehtikuva

Mehr Text als Exponate

IMMH-Sonderausstellung »Flucht übers Meer« behandelt auch die Massenevakuierung über die Ostsee 1945

Noch bis zum 2. Februar zeigt das Internationale Maritime Museum Hamburg (IMMH) die Sonderausstellung „Flucht übers Meer“; im Untertitel benannt als „Von Troja bis Lampedusa“. Da Politik und Leitmedien die gegenwärtige Migration über das Mittelmeer als Flucht übers Meer zu verkaufen suchen, scheint das Thema aktuell.

Wirklich eine Flucht übers Meer war die Evakuierung von Ostpreußen und anderen Ostdeutschen über die Ostsee am Ende des Zweiten Weltkrieges. Tatsächlich wird die „Flucht vor den Sowjets. Ostsee 1945“ auch in dieser Ausstellung thematisiert. Sie bildet den sechsten von insgesamt elf Beispielkomplexen, die weitgehend der Chronologie folgend vorgestellt werden. Es beginnt mit „Aeneas. Die legendäre Irrfahrt von Troja nach Italien“, gefolgt von „Glaubensflüchtlinge. Pilgrim Fathers in Amerika 1620“, „Hungerflüchtlinge. Exodus der Iren 1845–1850“ und „Rettung ins Exil. Flucht vor dem NS-Regime 1933–1945“.

Direkt vor „Flucht vor den Sowjets. Ostsee 1945“ kommt „Flucht vor den Deutschen. Dänkirchen 1940“. Soll mit der Ähnlichkeit im Überschriftenaufbau

eine Analogie suggeriert werden oder gar ein kausaler Zusammenhang? Das wäre Geschichtsklitterung, handelt es sich bei der „Flucht vor den Deutschen“ doch um einen überstürzten militärischen Rückzug, dessen Ursache im Gegensatz zu der „Flucht vor den Sowjets“ nicht in Gräueltaten und Verbrechen des Gegners lag, sondern in dessen militärischen Erfolgen.

„Sehnsuchtsort Gelobtes Land. Jüdischer Exodus 1947“, „Boat People. Flucht aus Vietnam 1975–1996“, „Republikflucht. Über die Ostsee: DDR 1961–1989“, „Sehnsuchtsort Florida. Kubanischer Exodus 1959–2017“ und „Übers Meer nach Europa. Fluchtweg der Millionen 1990–2019“ sind die Beispiele aus den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Den Kern der Ausstellung bilden passend zu den elf Flucht-komplexen elf größere Texte, die auch im illustrierten Begleitbuch zur Ausstellung nachzulesen sind. Diese Textlastigkeit ist heute modern. Ist sie notwendig, weil die in den Schulen vermittelte Allgemeinbildung für die eigene Interpretation von Exponaten nicht mehr ansatzweise ausreicht? Oder lässt sich mit Texten der Besucher leichter manipulieren als mit Exponaten? Wie dem

auch sei, es wird eine große Chance vertan. Texte kann man sitzend vor einem Computer im Internet oder gar liegend mit einer Broschüre im Bett bequemer aufnehmen, dafür braucht man nicht ein Museum aufzusuchen und sich dann vor eine Stelltafel zu stellen. Exponate sind doch das Alleinstellungsmerkmal des

ger-Flüchtlingen“ steht ein Korb mit Kartoffeln in der Vitrine, da die anhaltende Missernte durch die Kartoffelfäule zu der Hungersnot führte, welche die Iren in die Flucht trieb. Bei „Flucht vor dem NS-Regime 1933–1945“ wird in der Vitrine neben anderen Dokumenten – etwas unstimmtig – auch eine Postkarte mit Datum

Rettungsring der „Wilhelm Gustloff“ aufgehängt, eine Filmrequisite. Der Schlitten mit einem Fluchtkoffer (und seinem sich dem Betrachter nicht ganz erschließenden Inhalt) sind Leihgaben des Ostpreussischen Landesmuseums in Lüneburg. Zum „Sehnsuchtsort Gelobtes Land“ gibt es ein Modell der „Exodus

sich auch ein Aqua-Scooter der ILO-Motorenwerke Pinneberg. Dieses in Serie hergestellte, mit einem Zweitaktmotor betriebene Freizeitgerät für Wassersportler geht auf eine selbstgebaute Schwimmhilfe, einen Wasserschlitten, zurück, mit dem Bernd Böttger 1968 über die Ostsee in die Freiheit floh.

Zum „Sehnsuchtsort Florida“ gibt es Floßmaterial und zu „Übers Meer nach Europa“ zwei Schwimmwesten. Schließlich werden einem an Stelen noch historische Filmaufnahmen und Zeitzeugenaussagen zu den Themenkomplexen „Flucht aus der DDR und Vietnam“, „Flucht nach USA und nach Europa“ sowie „Flucht vor Krieg und Hass“ geboten. Wer das in seinem Sammlungsbestand überwältigende Internationale Maritime Museum Hamburg besucht, kann diese Sonderausstellung sozusagen als Beifang mitnehmen. Allein wegen ihr anzureisen und eine nicht gerade günstige Eintrittskarte zu erwerben, lohnt nicht. *Manuel Ruoff*



Groß war das Interesse am Eröffnungstag, hier beim Teilbereich „Dänkirchen 1940“: Die Sonderausstellung „Flucht übers Meer“ im Internationalen Maritimen Museum Hamburg

Bild: IMMH

Museums, wo kein Internet und keine Broschüre mitkommt.

Die Zahl der gezeigten Exponate ist überschaubar. Zu „Aeneas“ ist eine antik anmutende Amphore zu sehen, den „Glaubensflüchtlingen“ zugeordnet ist ein Bild der „Mayflower“ und ein Exemplar der Geneva Bible, eine englische Bibelübersetzung. Bei den „Hun-

from Europe 1947“ (vormals „Präsident Warfield“), mit der sich Juden 1947 auf den Weg nach Palästina machten. Ein Steuerrad des Flüchtlingsschiffes „Skyluck“ ist den „Boat People“ zugeordnet. Verschiedene Fluchtgeräte veranschaulichen wie tragisch missglückte) aus der DDR. Darunter befindet

vom 22. April 1921 ausgestellt. Zur „Flucht vor den Deutschen“ gibt es eine etwas größere Vitrine, die eine Vorstellung der von den Briten auf ihrem Rückzug vom europäischen Kontinent auf ihre Insel am Strand von Dänkirchen zurückgelassenen Ausrüstungen veranschaulicht. Zur „Flucht vor den Sowjets“ ist ein

Nähere Informationen erteilt das Internationale Maritime Museum Hamburg, Kaispeicher B, Koreastraße 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3009230-0, Fax (040) 3009230-45, E-Mail: info@immhamburg.de

»Der dicke Lüderjahn«

Zwischen dem aufgeklärten Friedrich II. und dem tugendhaften Friedrich Wilhelm III. regierte der bigotte Friedrich Wilhelm II.

Friedrich der Große regierte Preußen 46 Jahre lang und sein Großneffe Friedrich Wilhelm III. noch einmal 43 Jahre. Im Vergleich dazu drohen die elf Jahre, in denen Friedrich Wilhelm II. auf dem Thron saß, stark zu verblassen. Dennoch prägte auch dieser König, der vor nunmehr 275 Jahren, am 25. September 1744, in Berlin geboren wurde, die Geschichte des preußischen Staates auf ganz nachhaltige Weise.

Der Lieblingskandidat des kinderlosen Friedrich II. für seine Nachfolge war weder sein jüngerer Bruder August Wilhelm noch dessen Sohn Friedrich Wilhelm. Allerdings ließ ihm die Staatsräson letztlich keine andere Wahl. Erst verlieh er dem ungeliebten Bruder als vermutetem Nachfolger den Titel Prinz von Preußen und nach dessen frühem Tod im Jahre 1758 dann Friedrich Wilhelm. Auf Betreiben Friedrichs erhielt dieser Neffe ersten Grades bereits ab 1747 eine umfassende Ausbildung und Erziehung, die ihn auf seine spätere Aufgabe vorbereiten sollte. Dazu gehörte auch das Erlernen des Kriegshandwerks.

So nahm Friedrich Wilhelm 1762 an der erfolgreichen Belagerung der österreichischen Festung Schweidnitz in Schlesien und der für Preußen siegreichen Schlacht von Burkersdorf teil. Dabei erlangte er große Beliebtheit unter den Soldaten, was Friedrich mit einigem Argwohn registrierte. Doch noch war das Verhältnis zwischen König und Prinz vergleichsweise unbelastet.

Das änderte sich, als Friedrich Wilhelm von seinem dominanten Onkel nacheinander zu zwei Ehen genötigt wurde, die er freiwillig niemals eingegangen wäre. Zunächst musste er 1765 Elisabeth Christine Ulrike von Braunschweig-Wolfenbüttel heiraten und dann 1769 – nach der Scheidung von Elisabeth Christine Ulrike – Friederike Luise von Hessen-

Darmstadt, die dem Thronfolger 1770 einen Stammhalter, den späteren König Friedrich Wilhelm III., und noch sechs weitere Kinder schenkte. Nebenher vergnügte sich der Prinz von Preußen mit diversen anderen Frauen, was zu acht zusätzlichen Nachkömmlingen führte. Abgesehen von seinen Frauengeschichten entwickelte der Prinz zunehmend einen Hang zu Prunk, Protz und Luxus. Friedrich der Große prophezeite deshalb für die Zeit nach seinem eigenen Tod: „Es wird ein lustiges Leben bei Hofe sein. Mein Neffe wird den Schatz verschwenden und die Armee ausarten lassen. Die Weiber werden regieren, und der Staat wird zugrunde gehen.“ Deshalb protegierte der Alte Fritz demonstrativ seinen Großneffen, der ihm als der bessere Nachfolger dünkte, und versuchte auf vielerlei Weise, den Prinzen zu demütigen und kaltzustellen.

Trotzdem konnte Friedrich Wilhelm II. nach dem Ableben Friedrichs II. am 17. August 1786 den Thron des Königreiches besteigen. Trotz seiner Laster setzten viele Preußen große Hoffnungen auf den 41-jährigen hinsichtlich Reformen und einer allgemeinen Verbesserung der Situation im Lande. Bald schon stießen die Entscheidungen des neuen Herrschers und dessen Lebensstil jedoch auf wachsende Kritik.

Zum einen uferte die Günstlings- und Mätressenwirtschaft nun erst richtig aus, zum anderen atmeten viele Edikte des Königs, wie beispielsweise die über Religion und Zensur aus dem Jahre 1788, eher den repressiven Geist der Zeit vor Friedrich dem Großen. Zum Bruch mit der Toleranzpolitik seines Vorgängers kam das massiv beargwöhnte Interesse von Friedrich Wilhelm II. für Spiritismus, Okkultismus, Astrologie und Geheimbünde.

Abgesehen von dieser Bigotterie stieß auch Friedrich Wilhelms Kurswechsel in der Österreichpoli-

tik auf viel Widerstand. Während Friedrich der Große mit den Schlesischen Kriegen gegen Österreich und dem Aufstieg seines Landes zur zweiten deutschen Großmacht neben Habsburg den deutschen Dualismus begründet hatte, suchte

den beiden Mächten verhandelt. Kurz darauf bewirkten die Vorgänge im revolutionären Frankreich einen noch engeren Schulterschluss zwischen Wien und Berlin. Dieser gipfelte 1792 im gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen Frank-

dererseits, weil er sich von einer militärischen Präsenz im Osten eher territoriale Zugewinne versprach. Zu denen kam es dann tatsächlich. Bei der zweiten und der dritten polnischen Teilung von 1793 und 1795 bekam Preu-

zugesprochen. Da 1791 zudem auch noch die Fürstentümer Ansbach und Bayreuth hinzugekommen waren, vergrößerte sich das Territorium Friedrich Wilhelms II. in seiner Regierungszeit um über ein Drittel und die Zahl seiner Untertanen stieg von 5,4 auf 8,7 Millionen.

Dennoch hinterließ er seinem Sohn große Probleme, als er bereits eine Woche, bevor er während eines Krampfanfalles im Schreibkabinett des Potsdamer Marmorpalais am 16. November 1797 starb, diesem aufgrund seiner fortschreitenden Atemnot und Bewegungsunfähigkeit infolge von Brustwassersucht sämtliche Regierungsgeschäfte übertrug.

Der von Friedrich dem Großen angehäufte Staatsschatz in Höhe von 54 Millionen Talern hatte sich binnen elf Jahren in eine Staatsschuld in gleicher Höhe verwandelt. Dafür waren neben den militärischen Unternehmungen vor allem auch das verschwenderische Lotterleben des Königs sowie seiner Gespielinnen und Höflinge verantwortlich. So berichtete der Bildhauer Johann Gottfried Schadow: „Alles besoff sich in Champagner, fraß die größten Leckereien, frönte allen Lüsten. Ganz Potsdam war ein Bordell.“ Nicht umsonst wurde Friedrich Wilhelm II. im Volke „Der dicke Lüderjahn“, also Taugenichts, genannt.

Zu den positiven Posten seiner Regierungszeit gehören neben der deutlichen Vergrößerung Preußens die Inkraftsetzung des Allgemeinen Landrechts und eine bemerkenswerte kulturelle Blüte. Unter der Ägide des Königs entstanden diverse repräsentative Bauten wie das Brandenburger Tor, und die deutsche Kunst und Kultur wurden intensiv gefördert – getreu dem Motto, das Friedrich Wilhelm II. 1786 bei der Eröffnung des Nationaltheaters am Gendarmenmarkt verkündet hatte: „Wir sind Teutsche und wollen es bleiben.“ *Wolfgang Kaufmann*

Friedrich Wilhelm II.: Zeitgenössisches Gemälde von Johann Christoph Frisch (1738–1815)

Bild: DHM



Friedrich Wilhelm II. eher in der Tradition seines Großvaters Friedrich Wilhelm I. die Annäherung an das Habsburgerreich. Dieser Schwenk führte im Juli 1790 zur Reichenbacher Konvention, die einen drohenden Krieg zwischen

reich während des Ersten Koalitionskrieges.

Aus dem stieg Friedrich Wilhelm II. 1795 mit dem Separatfrieden von Basel vorzeitig aus – einerseits, weil Preußen seit 1794 vor dem Staatsbankrott stand, an-

den Danzig, Thorn, Großpolen und Teile Masowiens, das spätere Südpreußen, sowie die Gebiete zwischen Bug und Memel mit Warschau, das spätere Neustadt-Preußen, sowie nordwestlich von Krakau das spätere Neuschlesien

Vizekanzler und Sprecher der Sudetendeutschen

Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm weist bis heute die längste ununterbrochene Amtszeit als Bundesminister auf

Vor 70 Jahren trat einer der prägenden Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland sein Amt als Bundesminister für Verkehr an und gestaltete unsere Verkehrssysteme maßgeblich mit. Sein gleichzeitiges Engagement als Sprecher der Sudetendeutschen galt allen Heimatvertriebenen.

Hans-Christoph Seebohm, am 4. August 1903 bei Kattowitz geboren, verbrachte seine frühe Kindheit in Königswert, einem gut 1000 Einwohner zählenden Ort zwischen Karlsbad und Eger. Sein Vater Kurt war dort bei den Britannia Braunkohlewerken, die sich teilweise in Familienbesitz befanden, als Unternehmer tätig.

Nach dem Abitur in Dresden studierte er ab 1921 Bergbau in sächsischen Freiberg und in München. Seine Ausbildung beschloss er mit dem Examen als Dipl.-Bergingenieur 1928 und mit der Ausbildung zum Bergassessor 1931. Er promovierte 1932 zum Dr.-Ing. der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Verschiedene leitende Tätigkeiten im Energiesektor schlossen sich an. Während dieser Zeit erwarb er seine universelle Bildung, die er zeitweilig intensiv erweiterte. Im deutschen Bruderkrieg von 1866 sah er den Ausgangspunkt einer tragischen Entwicklung des deutschen Volkes. Der frühere österreichische Kaiserstaat – in zeitgemäßer Ausführung –

schwebte ihm als Idee vor: „Europa als Vaterland seiner Völker, die Völker als die natürlichen Einheiten Europas“.

Diese Haltung machte Seebohm immun gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. Nie wurde er Mitglied einer der vielen NS-Organisationen.

Nach Flucht und Vertreibung siedelte sich die Familie Seebohm im Weserbergland an. Als Mitglied der Deutschen Partei (DP) – deren Erster Vorsitzender er nicht werden wollte – wurde Seebohm im ersten niedersächsischen Kabinett Minister für Aufbau und Arbeit.

»Europa als Vaterland seiner Völker, die Völker als die natürlichen Einheiten Europas«

Da er völlig NS-unbelastet war, wurde er in den Parlamentarischen Rat berufen. Sein dortiges, einflussreiches Wirken geriet zu Unrecht in Vergessenheit. Er half besonders bei der Normierung der Freiheitsrechte mit. Der Satz „Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden“ (Grundgesetz Artikel 16 (2)) geht auf seine Initiative zurück. Nicht alle seine Vorstellungen drangen durch, beispielsweise die Verankerung des Heimatrechtes im Grundgesetz oder die Festlegung aller drei Strophen des Deutschlandliedes als Nationalhymne der neuen Republik.

Nach der Wahl zum ersten deutschen Bundestag am 14. August 1949 bildete sich eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP. Am 20. September wurde Seebohm zum Bundesminister für Verkehr ernannt. Dieses Amt sollte er in den folgenden sieben Kabinetten ausfüllen – fünf Mal mit Konrad Adenauer und zweimal mit Ludwig Erhard als Bundeskanzler an der Spitze. Damit ist er bis heute der Minister mit der längsten ununterbrochenen Zeit im Amt – Hans-Dietrich Genscher 23-jährige Zugehörigkeit zum Bundeskabinett wurde 1982 unterbrochen.

Zu den gewaltigen kriegsbedingten Substanzverlusten an Verkehrsmitteln und bei den Verkehrsanlagen kamen in seiner Amtszeit eine starke Zunahme des Verkehrs und eine erhebliche technische Weiterentwicklung aller Fahrzeuge. Bei der Verkehrssicherheit gab es erhebliche Probleme – bis zu 20 000 Verkehrstote pro Jahr waren zu konstatieren. Daneben musste der Aufbau des Ministeriums vollzogen werden. Bereits am Ende der ersten Legislaturperiode konnten unter anderem das Allgemeine Eisenbahngesetz, das Bundesbahngesetz, das Güterkraft-

verkehrs- und das Personenbeförderungsgesetz sowie das Gesetz über den gewerblichen Binnenschiffverkehrsverkehr verabschiedet werden.

Zu seinen weitgespannten Aufgabenbereichen gehörte auch die Gründung verschiedener Bundesanstalten, darunter jene für Güterfernverkehr, das Kraftfahrtbundesamt und das Luftfahrt-Bundesamt. Weiter kamen hinzu die Neugründung der Lufthansa, die Neuausrichtung der deutschen Bahn auf Nord-Süd-Verkehr – bei gleichzeitiger weiterer Elektrifizierung – sowie die Einführung von Containern. Es folgte ein umfangreiches Programm zum Aus- und Neubau von Bundesstraßen, der Beseitigung von Bahnübergängen und die Schaffung von Ortsumfahrungen. Die Freigabe neuer Autobahnkilometer gingen schnell in dreistellige Bereiche.

Seebohm unterstützte die Initiative des „Zeit“-Herausgebers Gerd Bucerius, Gedenksteine mit dem Berliner Bären und der Entfernungsangabe in Kilometern aufzustellen. Er sorgte auch dafür, dass in der Nähe der Zonengrenze Entfernungstafeln mit den Namen ostdeutscher Städte aufgestellt wurden.

In diesem Sinne füllte er ab 1950 Funktionen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus und wurde schließlich 1959 ihr Sprecher. Auf dem Pfingsttreffen

1964 forderte er vor 35 000 Landsleuten auf dem Nürnberger Hauptmarkt die „Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk“ und kritisierte die „vorläufige Gebietsregelung von 1945“. Aufgabe sei die „friedliche Rückgewinnung und später der Wiederaufbau“. Diese und



Hans-Christoph Seebohm

ähnliche Äußerungen trugen ihm heftige Kritik ein – bis heute. Sein unermüdlicher Einsatz für Heimat und Selbstbestimmungsrecht, sein kraftvolles und klares Eintreten für die Belange der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen machten ihn im Ausland bekannter als seine Verdienste im Verkehrswesen.

Zum Teil aus Stolz auf seine irischen Vorfahren, zum Teil aus sei-

nen Erfahrungen als Grenzlanddeutscher und aus dem in seiner Familie tief verwurzeltem christlichen Glauben war er ein Verfechter des Ausgleichs und der europäischen Verständigung. Unrecht konnte seiner Auffassung nach dafür aber keinesfalls eine Grundlage sein.

Im Kabinett Ludwig Erhard wurde er für kurze Zeit noch Vizekanzler. In Kurt-Georg Kiesingers Großer Koalition war für Seebohm plötzlich kein Platz mehr. Er trug schwer am Verlust des Ministeramtes, für das er seine ganze Lebenskraft und Gesundheit eingesetzt hatte. Im Sommer 1967 starb seine Ehefrau – für ihn ein weiterer schwerer Schlag. An den Folgen einer Lungenembolie verstarb er am 17. September 1967 in der Bonner Universitätsklinik – ausgerechnet am Tag der Heimat.

Seebohm selber wollte kein Staatsbegräbnis. Am 28. September 1967 erfolgte die Urnenbeisetzung im Familiengrab – über 100 Kränze wurde niedergelegt – an öffentlichen Gebäuden wehten die Flaggen auf halbmast. Sein Wunsch, dass seine Asche einmal von der Sudetendeutschen Jugend bei Hohenberg in die Eger gestreut werden soll, ist bis heute unerfüllt. Von offizieller Seite wird heute nicht mehr an Hans-Christoph Seebohm erinnert.

Friedrich G. Bohm

Wer an alles denkt, denkt an nichts

Die Flut internationaler Aktionstage drängt die alten Gedenktage aus dem Bewusstsein

Am besten haben es die Augsburger. Im ohnehin feiertagsgeeigneten Bundesland Bayern haben sie mit dem „Augsburger Hohen Friedensfest“ am 8. August noch einen zusätzlichen freien Tag, der allerdings nur auf das Stadtgebiet beschränkt ist. Damit liegen sie an der Spitze. Niemand in Deutschland hat so viele Feiertage wie die Einwohner der Schwabenmetropole.

Katzen, Hasen Bienen: Allem gibt die UNO ein Datum

Begangen wird damit seit der Mitte des 17. Jahrhunderts das Ende des Dreißigjährigen Krieges, hier besonders verbunden mit dem Ende der Unterdrückung der Protestanten. Wer es als Augsburger mit Geschichte und Religion nicht so hat, kann den aller Arbeitssorgen ledigen 8. August allerdings auch nutzen, um den „Weltkatzentag“ beziehungsweise den „Internationalen Tag der Katze“ zu begehen.

Hier handelt es sich nicht um einen gesetzlichen Feiertag, dafür um einen weltweiten, sogenann-

ten Aktionstag. Davon gibt es inzwischen eine nahezu unüberschaubare Anzahl. Auf Daten einigt man sich entweder auf höchster Ebene oder innerhalb einzelner Organisationen. Dem Zweck soll durch die Institutionalisierung des in jedem Jahr zu begehenden Jubiläums öffentliche Aufmerksamkeit zukommen, das Datum ist Anlass für Veranstaltungen und mediale Beachtung.

Die Widmungen der Aktionstage sind mitunter sehr speziell, oft stehen soziale und kulturelle Anliegen im Fokus. So gilt der 9. September als „Tag des alkoholgeschädigten Kindes“ oder der 12. Oktober als „Welt-Rheumtag“. Der 18. April wurde zum „Internationalen Denkmaltag“ erklärt, der 21. März zum „Welttag der Poesie“.

Am Anfang stand die gut gemeinte Absicht, sich auf diese Weise wohlwollendes und förderndes Gehör zu verschaffen – für Probleme oder Anliegen, welche die große Politik mitunter aus dem Blick verliert. Dem steht in jüngster Zeit die Inflation von Tagesschreibungen entgegen. Der ursprüngliche Sinn solcher Aktionstage wird in Beliebigkeit und Lächerlichkeit überführt, was den Initiatoren nicht bewusst zu sein scheint. Neben dem „Weltkatzentag“ dürfte auch der „Weltbienentag“, erst im vergangenen Jahr von den Vereinten Nationen dem Kalender hinzugefügt und auf den 20. Mai festgesetzt, entbehrlich sein. Ebenso der „Welyogotag“, 21. Juni, oder der „Internationale Tag des Hasen“, seit 2010 jährlich wiederkehrend am letzten Sonntag im September.

Natürlich handelt es sich hier nicht um offizielle Gedenk- oder gar Feiertage. Dennoch tragen ihr Aufgreifen, Einträge in Kalender und Akzeptanz dieser Daten dazu bei, das Bewusstsein für religiöse oder historisch-politische Erinnerungsanlässe zu relativieren. Aber auch hier ist zu fragen, inwieweit gerade letztere ihrer ursprünglichen Funktion – der identitätsstiftenden Wirkung und der gesellschaftlichen Selbstvergewisserung im staatlichen oder nationalen Rahmen – gerecht werden, oder ob auch hier nicht ein Abdriften in Bedeutungslosigkeit oder gar Ideologisierung festzustellen ist.

Paradebeispiel für ein weltanschauliches Korsett sind die gesetzlichen Feiertage der früheren Sowjetunion. Nicht ein einziger religiöser Anlass war verblieben. Dafür feierte man unter anderem die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“, den „Tag des Sie-

ges“ im Zweiten Weltkrieg und am 12. April den „Tag des Kosmonauten“. Diesen Tag, an dem 1961 Juri Gagarin als erster Mensch ins All flog, erklärte die UN-Generalversammlung übrigens 2001 zum „Internationalen Tag der bemannten Raumfahrt“, womit ein weiterer Aktionstag geschaffen war.

In Beliebigkeit abgeglitten ist bereits der „Tag der Deutschen Einheit“. Für die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik am

Tag der Deutschen Einheit versinkt in Beliebigkeit

3. Oktober 1990 waren politisch-taktische und, bei der Festsetzung des genauen Termins, wohl auch meteorologische Gründe ausschlaggebend. Es hätte die Möglichkeit gegeben, den Nationalfeiertag auf ein anderes, an historische Traditionen anknüpfendes, weniger aus Zweckerwägungen des Beitrittsjahres gewähltes Datum zu legen. Das Bedürfnis schien nicht gegeben zu sein. Daran, dass der deutsche Nationalfeiertag seit 1997 hier zugleich der „Tag der offenen Moschee“ ist, nimmt kaum jemand Anstoß. Erik Lommatzsch



Moment der Woche

Die etwa 50-jährige Hainbuche hat kaum Blätter. Und die wenigen, die ihr wuchsen, sind klein und viel zu früh in Herbstfärbung übergegangen. Dafür fällt etwas anderes auf: Die Zweige sind über und über mit Samen behängt, viel mehr als in anderen

Jahren. Was jedoch wie der Ausbund von Kraft wirken könnte, ist in Wahrheit ein Alarmsignal. Die Botaniker nennen es „Angstblüte“. Wenn ein Baum sein nahendes Ende spürt, treibt er besonders viele Samen aus.

So sorgt die Biologie dafür, dass der Baum seine Art über den Tod hinaus weiterträgt.

Die Krise, das ist die in weiten Teilen Deutschlands seit April 2018, also seit anderthalb Jahren, herrschen die Trockenheit. Die Regenfälle des Sommers

haben dabei nur oberflächlich Linderung verschafft. In ein bis zwei Metern Tiefe, wo die Bäume ihre Wurzeln haben, ist es dramatisch trocken geblieben. Die Hoffnung ruht auf einem nassen Winter. H.H.

Viele Bäume haben »Angst« vor dem Tod

Taiwan robbt dem Westen hinterher

Von der Islam-Anbiederung bis zum Schuldult: Alles soll dem linken Zeitgeist im Okzident entsprechen

Die linksliberale Regierung des einst so selbstbewussten Nationalchina eifert westlichen, vorwiegend linken Vorstellungen nach. Dabei legt sie bisweilen eine Arroganz gegenüber dem Willen und den Empfindungen vieler ihrer Bürger an den Tag, die an Berlin erinnert.

Genau zwei Jahre, nachdem der Oberste Gerichtshof in Taiwan das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe für verfassungswidrig erklärt hatte, legalisierte die Regierung der linksliberalen Präsidentin Tsai Ing-wen von der DPP (Democratic Progressive Party) am 24. Mai als erstes Land in Asien die Heirat von Homosexuellen. Dies ist umso pikant, als neben den Kommunalwahlen im November 2018 zeitgleich mehrere Volksbefragungen zum Thema durchgeführt wurden, die die notwendige Beteiligung von mindestens 25 Prozent aufwiesen und bei denen sich doppelt so viele Wähler dagegen aussprachen wie dafür.

Eine von mehreren kirchlichen Gruppierungen mitgetragene Koalition sah darin einen „Sieg für all jene, die Familienwerte hochhalten“. Doch ähnlich wie im Westen zeigte sich schnell, dass gewisse Kräfte nur dann den Volkswillen respektieren, wenn es in ihr politisches Konzept passt. Nachdem die 1986 illegal in einem Hotel gegründete DPP derartige Referenden als großen demokratischen Fortschritt gepriesen hatte, ließ sie sich nun in keiner Weise beirren und setzte in einer im Grunde immer noch konservativen Gesellschaft die Interessen einer kleinen, aber einflussreichen Minderheit stur durch.

Mit diesem vermeintlichen innenpolitischen Erfolg möchte Tsai von der zunehmenden Isolierung Taiwans auf internationaler Ebene ablenken. China hat den Druck auf die taiwanesischen Unabhängigkeitsbefürworter seit deren erneuter Machtübernahme im Mai 2016 erhöht: Zunahme der militärischen Manöver, Abwer-

bung von fünf verbündeten Staaten, erneute Blockade der Teilnahme Taiwans als Beobachter an sämtlichen Unterorganisationen der Vereinten Nationen; schrittweise Einschränkung des chinesischen Touristenflusses nach Taiwan, verstärkter Druck auf internationale Unternehmen, die Insel als Teil Chinas auf ihren Webseiten aufzulisten und so weiter.

Ein mit dem Autor befreundeter Zahnarzt in Taipeh beschwerte sich ständig über die Anbiederung der nationalchinesischen Kuomintang (KMT) an ihre ehemaligen Todfeinde, die seit 1949 auf dem Festland regierende Kommunistische Partei. Als Verfächter einer separaten taiwanesischen Identität wollte er von einer „Wiedervereinigung“ nichts wissen und hatte 2016 deshalb Frau Tsai gewählt. Doch zwei Jahre später meinte der Vater einer damals achtjährigen Tochter plötzlich zum Autor, dass ihm die Kommunisten lieber wären als jene, die die Keimzelle der Gesellschaft, nämlich die Familie, kaputt machten. Seinem Nachwuchs würde man auf einmal in der Schule beibringen, nicht mehr „Mama und Papa“ zu sagen.

Dazu passt es, dass ab diesem Schuljahr an einer örtlichen Schule Mädchen und Jungen gleichermaßen Röcke tragen dürfen, um „Stereotypen entgegenzuwirken und die Geschlechtergleichheit zu fördern“. Laut Medienberichten fand diese Entscheidung die offizielle Zustimmung des Erziehungsministeriums.

Überdies treibt der Schuldult um die von ehemals neun auf inzwischen 16 gestiegene Anzahl der offiziell anerkannten eingeborenen Völker Formosas, etwa 550 000 Personen oder in etwa zwei Prozent der Bevölkerung, immer neue Blüten. Bis 1994 wurden diese vor 5500 Jahren ebenfalls eingewanderten Menschen austronesischer Herkunft „Landsleute aus den Bergen“ (ähnlich den als „Bergtürken“ bezeichneten Kurden) genannt, weil die seit

dem 17. Jahrhundert in Taiwan verstärkt siedelnden Chinesen sie schrittweise in entlegene Gegenden abdrängten. Tsai ließ nach ihrem Amtsantritt keine drei Monate verstreichen, um sich wortreich für 400 Jahre „Entrechtung und Vertreibung“ zu entschuldigen. Den Ureinwohnern wäre ihre reiche Kultur genommen worden. Dabei vergaß sie in ihrer selektiven Wahrnehmung zu erwähnen, dass viele von ihnen Kopfkörper waren und erst die von 1895 bis 1945 regierenden japanischen Kolonialherren diese barbarische Praxis beendeten.

Die an muslimische Touristen gerichtete Werbung in der Metro von Taipeh zeigte wirklichkeitsfremd eine „typische“ dreiköpfige Familie mit einer Mutter ohne Kopftuch, einem lächelnden Vater und einer kleinen Tochter. Dagegen begegnete dem Verfasser dieser Zeilen im vergangenen Jahr zum ersten Mal zwei vollverschleierte Reisende und die Anzahl der Kopftuchträgerinnen hat ebenfalls sehr zugenommen. Bei Carrefour Tai-

wan gibt es bereits eine Halal-Abteilung für die indonesischen Pflegekräfte und Fabrikarbeiter. Das Adventisten-Krankenhaus wurde als erste Gesundheitseinrichtung 2018 vom Rat Islamischer Gelehrter in Djakarta als „moslemfreundlich“ eingestuft.

Selbst das vorher unbekannte Streikphänomen hat Taiwan erreicht: Im Februar 2019 legten die Piloten von China Airlines mit der Forderung nach einer verbesserten Flugsicherheit durch mehr Personal für acht Tage die Arbeit nieder. Die Streichung von 200 Flügen kostete das staatliche Unternehmen rund 16 Millionen US-Dollar und zog 50 000 Passagiere in Mitleidenschaft. EVA Air erreichte nach 17 Tagen und Verlusten von 56 Millionen US-Dollar einen Kompromiss mit der externen Gewerkschaft TFAU. 2250 Flüge mit 280 000 Fluggästen waren von dem längsten Ausstand in der taiwanesischen Geschichte betroffen.

Die Klimahysterie hatte übrigens schon vor einem Jahrzehnt

unter Tsais Vorgänger Ma Ingejeou von der KMT Taiwan erreicht. Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes können ein Lied von niedrigerer Arbeitsleistung in überhitzten Büroräumen singen, seit dem Weltklima zuliebe Klimaanlage des Öffentlichen ausgeschaltet bleiben. Diese „Energiesparmaßnahmen“ machen sich mittlerweile nicht nur im öffentlichen Nahverkehr bemerkbar: Patienten müssen in ihren Krankenzimmern eine Raumtemperatur von 27 Grad Celsius ertragen.

Ein Steckenpferd der DPP ist die im Mai 2018 nach deutschem Vorbild ins Leben gerufene Kommission für Übergangsgerechtigkeit, die den Opfern des „Weißen Terrors“ Gerechtigkeit zukommen lassen soll. Nach heutiger Interpretation ist damit die Epoche vom 15. August 1945, dem Tag der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg, bis zur endgültigen Aufhebung des Kriegsrechts am 7. November 1992 gemeint. Die Nationalchinesen trauten von An-

fang an der japanisch erzogenen einheimischen Elite nicht über den Weg. Im Zuge ihrer Ausschaltung kam es zu blutigen Exzessen. Tausende wurden getötet und Zehntausende grundlos inhaftiert. Bis Juni 2019 waren bereits 5837 Urteile aufgehoben, darunter gegen die frühere Vizepräsidentin Lu Hsiu-lien, die jetzige Generalsekretärin im Präsidentschaftsamt Chen Chu und Shih Ming-teh, einen 25 Jahre inhaftierten Aktivist und ehemaligen Vorsitzenden der DPP.

Nun verdient dieses Vorhaben durchaus Anerkennung. Laut Tsai drehe es sich aber nicht mehr nur darum, Entschädigungen zu verteilen oder den Ruf politisch Verfolgter wiederherzustellen. Man

Ziel: Die Isolation überwinden. Doch daraus wird nichts

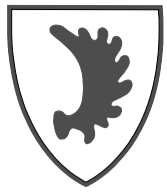
wolle eine systematische Suche nach den Verantwortlichen, ohne alte Rechnungen zu begleichen und neue Zwietracht zu säen. Bei einer zunehmend einseitigen Geschichtsbetrachtung erscheint dies jedoch unmöglich, denn die Entfernung von Überbleibseln der autoritären Vergangenheit (Statuen von Chiang Kai-shek und so weiter) ist nur der Anfang. Schwarz-Weiß-Denken und ahistorische Sichtweise erinnern an die pauschale Aufhebung aller Urteile der Wehrmachtsjustiz.

Es ist ein Widerspruch, das heutige China schroff abzulehnen, gleichzeitig aber die damalige existenzielle Bedrohung durch Mao Tse-tungs Kommunisten zu verharmlosen oder ganz auszublenden. Dabei bauten die roten Mandarine 2013 ihren gegen Taiwan eingesetzten Spionen gar ein Denkmal. Viele Taiwaner setzen daher ihre Hoffnung darauf, dass die Opposition bei einem eventuellen Wahlsieg im Januar 2020 als notwendiges Korrektiv auftritt. Markus Matthes



Ignoriert Volksabstimmung: Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen

Bild: pa



MELDUNGEN

Zuwachs dank Subventionen

Königsberg – Obwohl es im Königsberger Gebiet in diesem Jahr keine Großveranstaltung gegeben hat, die der letztjährigen Fußball-Weltmeisterschaft gleichkäme, hat die Zahl der Flüge nach Powunden [Chrabrowo] mit 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Laut Jelena Djatlowa, der Ministerin für die Infrastrukturentwicklung des Königsberger Gebiets, fliegen 17 Fluggesellschaften auf 26 nationalen und internationalen Routen den Flughafen Königsberg an. Grund für die anhaltend hohe Zahl an Touristen sind staatliche Subventionen für Bürger mit niedrigem Einkommen. Schüler, Studenten und Senioren erhalten vergünstigte Flugtickets, um die Regionen der Russischen Föderation kennenzulernen. Neben dem Königsberger Gebiet werden Reisen nach Archangelsk, Jekaterinburg, Kaluga, Murmansk, Moskau, St. Petersburg und Sotschi gefördert. *MRK*

Top 10 der Kreditnehmer

Königsberg – Im vergangenen Halbjahr haben sich die Russen viereinhalb Mal mehr Geld von den Banken geliehen als im Jahr 2010. Die Russen nahmen umgerechnet 252 Millionen Euro an Krediten auf. Experten sprechen von einem Rekord. Das Königsberger Gebiet zählt dabei zu den zehn Regionen mit dem größten Kreditwachstum. Die höchsten Neuverschuldungszahlen vermeldeten die Regionen Sewastopol, Krim und Leningrad. *MRK*

Funkensprühen über Königsberg

In der Gebietshauptstadt fand erstmals ein internationaler Wettbewerb der Pyrotechniker statt

In Königsberg fand die erste Feuerwerksmeisterschaft statt, an der die Sieger vergangener Shows teilnahmen. Die internationale Feuerwerksmeisterschaft war ein voller Erfolg.

Pyrotechnik erfreut sich bei Russen allgemein großer Beliebtheit. Zu allen möglichen Anlässen gibt es Feuerwerke. So verwundert es nicht, das früher schon eine Mannschaft aus Königsberg an einer Meisterschaft in Frankreich teilgenommen und gewonnen hat und damit das Recht erwarb, die nächste Meisterschaft in der Russischen Föderation auszurichten. Das war 2016, und als Veranstaltungsort wurde Cranz gewählt.

Den Sieg bei jener Meisterschaft haben Feuerwerksmeister aus Weißrussland errungen, und man beschloss damals, jährlich eine Feuerwerks-Meisterschaft auszutragen. 2017 gewann in Cranz die Mannschaft aus Portugal. Nach Beendigung der Fußball-Weltmeisterschaft wurde beschlossen, das neue Stadion auf der Lomse für künftige Feuerwerksspektakel zu nutzen. Daher wurde die diesjährige Meisterschaft zum ersten Mal nicht an der Küste, sondern in Königsberg ausgetragen.

Den Sieg holte in diesem Jahr das Team aus Kanada. Zum ersten Mal traten auch Showbusiness-Stars wie Jenny Berggren, Ex-Sängerin der Popgruppe Ace of Base oder Kevin McCoy, Ex-Sänger von Bad Boys Blue, bei der Meisterschaft auf.

Das Feuerwerksfestival wurde als Bundesveranstaltung im Rahmen der Tourismusförderung durchgeführt. Es war eines der



Grandioses Feuerwerk vor traumhafter Kulisse: Pyrotechniker zeigten ihr Können in der Nähe des beleuchteten Stadions

Bild: J.T.

buntesten und unvergesslichsten Ereignisse der Sommersaison 2019. Erstmals konnten dafür ausländische Teilnehmer die zuvor eingeführte vereinfachte Vergabe von elektronischen Visa nutzen, um nach Königsberg zu reisen.

Die Besonderheit des Festivals war, dass das Publikum unter Beteiligung der Gewinnerteams der vergangenen Jahre sieben farbenfrohe Effektschows sah: Mann-

schaften aus Italien, Portugal, Weißrussland, den USA, Kanada, Spanien und Russland zeigten ihr Können. Die Pyrotechniker präsentierten ihre Vorführungen mit musikalischer Begleitung.

Die Jury bewertete nach einem Fünf-Punkte-System unter Berücksichtigung von Kriterien wie der Synchronisation der Feuersalven mit der Musik und den emotionalen Effekt. Die Meisterschaft 2019 endete erneut mit dem Sieg

eines Teams aus Kanada. Das „Kuma Fireworks-Team“ organisiert nicht nur große Shows auf der ganzen Welt, sondern stellt auch selbst pyrotechnische Produkte her. Die Aufführungen dauerten jeweils 15 Minuten. Neben den Grußworten der Offiziellen erwartete die Festivalgäste ein reiches Unterhaltungsprogramm.

Unter den eingeladenen Musikstars befanden sich Sergej Lasarew, der zweimalige Teilnehmer des Eu-

rovision Song Contest, Fly Project und Dr. Alban.

Eine Eintrittskarte für die drei Festivaltage kostete umgerechnet 13,50 Euro, aber aus weiterer Entfernung vom Veranstaltungsort konnte jedermann ein farbenfrohes Spektakel sehen.

Die Meisterschaft endete mit einem großen Feuerwerk des Organisators der Veranstaltung, des Feuerwerkszentrums „Chan“.

Jurij Tschernyschew

Der »Ikarus von Ostpreußen« hielt alle Rekorde

Ferdinand Schulz war nicht nur Segelfluggpionier, sondern auch ein ausgezeichnete Lehrer – Vor 90 Jahren stürzte er in Pommern ab

Seit dem Tod des herausragenden deutschen Fliegers Ferdinand Schulz, der zu Lebzeiten „Ikarus von Ostpreußen“ genannt wurde, am 16. Juni 1929 sind bereits über 90 Jahre vergangen.

Auf einem fröhlichen, sonnigen Schnappschuss sind vier lächelnde Personen zu sehen: der Pilot in einer Lederjacke und drei Kinder in identischen Mänteln, offensichtlich Brüder (siehe Bild). Die Aufnahme wurde im Frühjahr 1926 auf dem Gelände der Fliegerschule in den Dünen des Dorfs Rossitten auf der Kurischen Nehrung aufgenommen.

Wer war er, dieser offensichtlich selbstbewusste Flieger (der berühmte deutsche Fotograf Fritz Krauskopf, der das Foto aufnahm, wusste, wie man den Charakter einer Person erfasst) mit den Händen in den Taschen, der dennoch so wirkt, als ob die Kinder bei ihm unter zuverlässiger Schutz stehen? Sein Name brach wie ein Donner in den 1920er Jahren über die Welt der Luftfahrt ein – Ferdinand Schulz. Nur 37 Jahre weilte der „Ikarus von

Ostpreußen“ genannte Mann auf der Erde. Schulz war ein Pionier des deutschen Segelflugsports, ein talentierter Autodidakt, ein Pilot und Mentor späterer Flugassee.

Er stellte mehrere Weltrekorde in dieser jungen Sportart auf, und einige seiner besten Leistungen waren insbesondere der längste Verbleib in der Luft (zwölf Stunden und sechs Minu-

Wegen des Versailler Vertrags erlebte Segelflug Aufschwung

ten) und die größte Höhe (435 Meter), die er im Oktober 1925 in Koktebel bei der dritten Meisterschaft der UdSSR im Segelflugsport erreichte. Als Preis wurde dem deutschen Rekordmann eine Lenin-Büste überreicht.

Dann kamen sieben deutsche Sportler auf die Krim, um außer Konkurrenz mit ihren Segelfluggzeugen an einem Wettkampf teil-

zunehmen. Interessant ist, dass einige Monate vor dieser All-Unions-Meisterschaft eine Gruppe sowjetischer Segelflugsportler zu Wettbewerben nach Deutschland kam und ihre deutschen Kollegen zu einem Gegenbesuch einluden.

Schaut man sich das Bild genauer an, sind die ersten Buchstaben des Wortes „Westpreußen“ sichtbar. Schulz erlangte auf dem Fluggerät Weltrekorde im Gleitflug. Bis 1927 hielt er alle Weltrekorde in diesem Sport. Das Schicksal ist oft unfair gegenüber mutigen Pionieren, ob zu Land, zu Wasser oder in der Luft: Mehrere Jahre vergingen, bis der Ikarus von Ostpreußen zum letzten Flug abhob. Am 16. Juni 1929 stürzte er in Pommern über der Stadt Stuhm ab.

Fast 70 Jahre später, 1998, sammelten Bewohner Niddens auf der Kurischen Nehrung, Nachfahren von Segelboot-Fischern, Geld für ein Denkmal für drei tapfere Segelpiloten, unter denen in erster Linie der Name Ferdinand Schulz zu nennen ist. Alle drei befliegen den Him-



Fröhlich: Ferdinand Schulz

Bild: Archiv Dvoretzki

mel über Niddens.

Nach dem Versailler Vertrag von 1919 durfte Deutschland keine Motorflugzeuge mehr bauen. Doch der Nachwuchs musste ja irgendwo lernen zu fliegen und so bot sich als Ausweg der Segelflug an.

Die Umgebung in der Nähe von Rossitten erwies sich als gewinnbringend – sandige Weiten und warme aufsteigende Luftströmungen sowie eine sichere Startrampe auf dem Schwarzen Berg boten ideale Voraussetzungen. Die Segelflugschule, einen Kilometer vom

Dorf entfernt, nahm 1924 die ersten Schüler auf, und in 20 Jahren erhielten hier etwa 20000 Menschen ihre Eintrittskarte in den Himmel.

Schulz war nicht nur als talentierter Mensch im Himmel, sondern auch auf Erden: Er stammte aus einer Lehrerfamilie und erwies sich selbst als guter Lehrer. Jeder Absolvent war ihm für eine „Reise in den Himmel“ dankbar. Die besten Schüler waren bereits ein Jahr später so gut ausgebildet, dass sie das Glück hatten, ins Ausland nach Sowjetrußland zu reisen. Es ist nicht bekannt, wie Schulz' Schüler dort auftraten, aber der Lehrer selbst war mehr als erfolgreich: Die Chronik der Koktebel-Piloten bewahrt für immer Zeilen über die Weltrekorde auf, die hier aufgestellt wurden.

Die Menschen, die ihn kannten, sagten, dass der „eiserne“ Charakter Schulz in Wirklichkeit eine sanfte und freundliche Person gewesen sei, die sogar, während sie die jungen Leute unterrichtete, lächelte. *Evgeny Dvoretzki*

Wir gratulieren ...

ZUM 106. GEBURTSTAG

Druba, Gerda, geb. **Kawald**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. September

ZUM 103. GEBURTSTAG

Merkert, Frieda, geb. **Haase**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 21. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Darge, Hildegard, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gehrmann, Ella, geb. **Schmidt**, aus Kerpen/Altchristburg, Kreis Mohrunen, am 20. September

Karrasch, Gerda, geb. **Specka**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. September

Kutz, Iris, geb. **Pflaumbaum**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 24. September

Marzinzig, Hildegard, geb. **Effenberger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 139, am 22. September

Meller, Erika, geb. **Michaelis**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 22. September

Steffens, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ketelhake, Hildegard, geb. **Bardeck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. September

Schilling, Gernot, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Banaski, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzten, am 21. September

Döbbling, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September

Knothe, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenaau, Kreis Lyck, am 26. September

Milkuhn, Renate, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czichy, Ulrich, aus Lyck, am 21. September

Heerde, Traute, geb. **Bergatt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. September

Pischon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. September

Romani, Gertrud, geb. **Brownarzik**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 21. September

Schendel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brosziewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September

Falinski, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. September

Gräf, Lydia, geb. **Holzlehner**, aus Tälken, Kreis Lyck, am 22. September

Gross, Gudrun, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September

Grundel, Ursula, geb. **Sachs**, aus Fischhausen, am 23. September

Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September

Kunz, Dora, aus Kobbeldude, Kreis Fischhausen, am 22. September

Rogowski, Otto, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 26. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Altrock, Frieda, geb. **Sziegat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 23. September

Daniel, Fritz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. September

Gehrmann, Ella, geb. **Schmidt**, aus Kerpen, Kreis Mohrunen, am 20. September

Meyer, Hildegard, geb. **Pyko**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 22. September

Niehues, Elfriede, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Tischmann, Artur, aus Gaulenden, Kreis Wehlau, am 20. September

Werner, Waltraud, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 25. September

Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Heinacher, Paul, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 24. September

Muczenski, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September

Piaszenski, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September

Richter, Siegmund, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September

Schwetlick, Günter, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bernhardt, Irmgard, geb. **Saborowski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. September

Huwe, Siegfried, aus Grünau, Kreis Lötzten, am 22. September

Janzon, Walter, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September

Knobloch, Anneliese, geb. **Blasko**, aus Treuburg, am 23. September

Krach, Dora, geb. **Masuhr**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. September

Nissen, Dagmar, geb. **Schliepe**, aus Lyck, am 23. September

Schimpf, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 23. September

Schulze, Richard, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 24. September

Tribuleit, Hanna, geb. **Gutzeit**, aus Pregelsswalde, Kreis Wehlau, am 22. September

Waschk, Gerda, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September

Werner, Gerda, geb. **Beyer**, aus Wohnen, Kreis Ebenrode, am 25. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brandau, Hildegard, geb. **Brozio**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 20. September

Buczowski, Lieselotte, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 26. September

Chitralla, Gerhard, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 24. September

Fleischer, Joachim, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 20. September

Grabley, Hildegard, geb. **Wembdzio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September

Hahn, Eleonore, geb. **Nikolayzik**, Kreis Lyck, am 21. September

Keyser, Waltraud, geb. **Wieberneit**, aus Treuburg, am 26. September

König, Christel, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 25. September

Kowalzik, Hans, aus Rhein, Kreis Lötzten, am 24. September

Nickel, Gerhard, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 20. September

Pawlowski, Gisela, geb. **Biernatzki**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 24. September

Pichler, Ruth, geb. **Blanck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. September

Ramin, Elsbeth, geb. **Block**, aus Zinten, Oberthorstraße 3, Kreis Heiligenbeil, am 25. September

Sohlich, Kristel, geb. **Kowalewski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 21. September

Tauferner, Gudrun, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September

Ulke, Werner, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 25. September

Wengrowski, Alfred, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Albert, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 20. September

Drewinski, Frieda, geb. **Eiben**, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 22. September

Gobert, Erika, geb. **Ebert**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 20. September

Gudergan, Ruth, geb. **Kobuss**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Hardt, Edith, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. September

Harz, Christel, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 23. September

Hermanns, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 20. September

Klimmek, Werner, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 21. September

Lenski, Werner, aus Ortelsburg, am 23. September

Malonnek, Ernst, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 23. September

Marquäß, Albert, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 26. September

Nahas, Ursula, geb. **Ehlert**, aus Lyck, am 22. September

Reis, Erika, geb. **Schulz**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 24. September

Rohloff, Horst, aus Wehlau, am 23. September

Spodeck, Christel, aus Treuburg, am 23. September

Stutzke, Alfred, aus Lyck, am 25. September

Wiberny, Helmut, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. September

Behnert, Burghardt, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 22. September

Brillert, Eleonore, geb. **Skornetzki**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 26. September

Ditz, Irma, geb. **Bödder**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 25. September

Fischer, Erich, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 24. September

Glowatz, Adele, geb. **Mottel**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 21. September

Gorny, Wolfgang, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 23. September

Grenz, Erwin, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 21. September

Anzeige

Winterarbeit

Korrektor, kundig in Schrift, Stil und PC für Durchsicht von Teilen einer ostpreussischen Dorfchronik gegen Entgelt gesucht.

Erbitte Kontakt unter 05858-332

Gritto, Otto, aus Wilmsdorf, Kreis Wehlau, am 23. September

Grube, Ewald, aus Ortelsburg, am 25. September

Kimmel, Hilde, geb. **Konopka**, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 20. September

Kranke, Detlef, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 26. September

Olschewski, Gisela, aus Lyck, am 24. September

Palm, Gerhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 20. September

Scheyda, Dietmar, aus Lyck, am 24. September

Schmidt, Ella, Edeltraud, geb. **Kopka**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 24. September

Schröder, Hildegard, geb. **Blume**, aus Rosenfelde, Kreis Wehlau, am 24. September

Siemund, Werner, aus Elbing, am 24. September

Stehle, Gerda, geb. **Lasarzewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 21. September

Thies, Manfred, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 23. September

Von Oehsen, Ursula, geb. **Schneider**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 26. September

Danisch, Dietmar, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 23. September

Hemptenmacher, Charlotte, geb. **Von Glasow**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 26. September

Labes, Veronika, geb. **Kersten**, aus Scheufeldsdorf, Kreis Ortelsburg, am 20. September

Rösner, Gisela, geb. **Tysarzik**, aus Widminnen, Kreis Lötzten, am 20. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 40

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 40/2019 (Erstverkaufstag: 4. Oktober) bis spätestens Mittwoch, 25. September an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preussische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

- 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
- 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
- 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
- 2. bis 3. November: Ostpreussische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Tierisch gut: Der neue Ostpreußenkalender für 2020

Der neue Ostpreußenkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2020 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro, danach für 23,70 Euro bestellt werden.

Er enthält für jeden Monat ein Kalenderblatt mit großem Motiv aus der ostpreussischen Jagdmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.

Die Motive zeigen Vögel, Wildschweine, Elche und anderes Wild in der schönen ostpreussischen Landschaft durchs ganze Jahr. Künstler wie Ernst Bischoff-Clum, Reinhold Feussner, Alexander Kolde und Gerhard Löbenberg sind in diesem Kalender unter vielen anderen Malern dabei.

Der Kalender erscheint in dem Format 50 mal 35 Zentimeter und kann bestellt werden bei

typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 oder 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) per E-Mail: info@typeart-dortmund.de



Immer achtsam: Gerhard Löbenbergs „Der Fürst“

Bild: typeart

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN
LAND

Kreisvertreter: Andreas Galenski,
Sauerbruchstraße 2, 42549 Vel-
bert, E-Mail: kreisvertreter-Allen-
stein@t-online.de

Kirchspiel

Groß Bertung, Jomendorf –
Sonnabend, 28. September, ab
13 Uhr, Gemeindehaus der Evan-
gelischen Johannes-Kirchengeme-
inde, Eschenstraße 25, 42855
Remscheid: Treffen. Weitere Infor-
mationen: Robert Wiech, Telefon
(02131) 940955, oder Martin Bie-
letzki unter Telefon (02191) 74700.



BRAUNSBURG

Kreisvertreterin: Manuela Begett,
Virchowstraße 46, 44536 Lünen,
Tel.: (02306) 21236, E-Mail:
manuela.begett@t-online.de.
Stellvertretender Kreisvertreter:
Ferdinand Schrade. Geschäfts-
stelle: Stadtverwaltung Münster,
Patentstelle Braunsberg, Frau Jo-
stenmeier, 48127 Münster, Tel.:
(0251) 4926051.

Heimatkreistreffen

Münster – Sonnabend, 28. Sep-
tember, 15 Uhr, Johanniter-Akade-
mie, Münster: Mitgliederver-
sammlung. – Sonntag, 10.30 Uhr,
ebendort: festliche Stunde des
Kreistreffens.

INSTERBURG –
STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner
Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butz-
bach-Kirch-Göns, Tel.: (06033)
66228, Fax (03222) 3721953,
E-Mail: R.Buslaps@t-online.de.
Kreisgemeinschaft Insterburg
Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle,
Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld,
Tel.: (02151) 48991, Fax (02151)
491141, E-Mail: info@insterbur-
ger.de, Internet: www.insterbur-
ger.de, Bürozeiten: Montag – Frei-
tag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend,
5. Oktober, 11.30 Uhr, Bürgermei-
ster-Pohl-Haus, Im Appensee 26,
64291 Darmstadt-Wixhausen:
Stammtisch. Nähere Informatio-
nen: Jürgen Pantel, Telefon
(06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 2. Okt-
ober, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Fro-
nstaßensaal Empore, Fro-
mstraße 123-125, 22459 Ham-
burg: Erntedank mit herbstlichen
Liedern und Gedichten. Informa-
tionen: Manfred Samel, Telefon
(040) 587585, E-Mail: Manfred-
Samel@Hamburg.de

Sachsen – Sonnabend, 21. Sep-
tember, 14 Uhr, DRK-Begegnungs-
stätte, Eschenweg 60, 08060 Zwi-
ckau OT Marienthal: Herbsttref-
fen mit musikalischer Unterhal-
tung. Nähere Informationen: Kurt
Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaf-
fenhain, Telefon (037296) 17661.

PAZ wirkt!



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forst-
garten 16, 49214 Bad Rothenfel-
de, Telefon (05424) 4553,
Fax (05424) 399139, E-Mail:
kgl.milewski@osnanet.de. Ge-
schäftsstelle: Ute Eichler, Bi-
lenburg 69, 22397 Hamburg,
Telefon (040) 6083003, E-Mail:
KGL.Archiv@gmx.de

Veranstaltung

Neumünster – Sonnabend,
21. September, 15.30 Uhr, Lötze-
ner Museum, Sudetenlandstraße
18H (Böcklersiedlung), Neumün-
ster: Professor Eckhard Fahr-
n, Grevesmühlen, bietet eine histori-
sche, bebilderte Plauderei (mit
Hörbeispielen) zum Thema „Der
Rundfunk in Ostpreußen“.

Ab 10 Uhr ist Gelegenheit, die
Sonderausstellung „Ermland und
Masuren im Winter“ – Fotografien
von M. Wieliczko, Allenstein, zu
besuchen (eine Leihgabe des Kul-
turzentrums Ostpreußen in Ellin-
gen/Bayern). Um 15.30 Uhr be-
ginnt in Form einer unterhaltsa-
men historischen Plauderei der
bebilderte Vortrag von Professor
Eckhard Fahrn zum Thema „Wie
der Rundfunk nach Ostpreußen
kam“. Die Rundfunkentwicklung
vom Anbeginn bis 1945 im Deut-
schen Reich und in Ostpreußen
wird dargestellt; es wird die Frage
gestreift: Was bedeutet und was
vermag Rundfunk? Nach einem
kleinen Abstecher in die Technik
der Rundfunkentwicklung wird
Antwort gegeben auf die Frage:
Wie kam der Rundfunk nach Ost-
preußen? Auf die Ausstattung, das
Aussehen damaliger Rundfunk-
empfänger wird genauso einge-
gangen wie auf Preise, Gebühren
und Hörerzahlen und die Emp-
fangsmöglichkeiten im damaligen
Masuren. Mit einer kleinen Aus-
wahl aus seinen Sendungen wird
der Reichssender Königsberg vor-
gestellt. Der Vortrag endet mit In-
formationen über den Rundfunk
im heutigen Ostpreußen. Mit die-
ser Veranstaltung soll versucht
werden, den Entwicklungsgang
einer der epochalen technischen
Entwicklungen im Deutschen
Reich nachzuzeichnen und das
herausgehoben am Beispiel Ost-
preußens unter seinen speziellen
Bedingungen und Möglichkeiten.
– Der Eintritt zur Veranstaltung
ist wie immer frei.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz,
Knicktvierte 2, 25436 Tornesch,
Telefon/Fax (04122) 55079.
Stellv. Kreisvertreterin; Luise-
Marlene Wölk, Schwalbenweg 12,
38820 Halberstadt, Telefon
(03941) 623305. Schatzmeister:
Frank Panke, Eschenweg 2, 92334
Berching, Telefon (08462) 2452.
Geschäftsstelle Horst Sommer-
feld, Lübecker Straße 4, 50858
Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend,
28. und Sonntag, 29. September,
ab 13 Uhr, Hotel Esplanade/
L'Orangerie, Bahnhofstraße 8:
Heimatkreistreffen. Die Feierstun-
de mit einem interessanten Pro-
grammablauf und Mitgliederver-
sammlung finden am 29. Septem-
ber statt. Zum Treffen sind auch



Mohrungen: Gemeinsames Feiern des Herder-Geburtstages

die Lippitzer und Koltenyer sowie
alle Heimatfreunde, Landsleute
und deren Nachkommen herzlich
einladen.

Herder-Geburtstag

Am 24. August wurden zu dem
Geburtstagsjubiläum von Johann
Gottfried Herder Gäste von der
Vorsitzenden Urszula Manka vom
Verein der Deutschen Bevölkerung
„Herder“ eingeladen. In den
Vereinsräumen fand eine Vorle-
sung von Fred Manthey aus sei-
nem Buch „Wir auf dem Weg zu
dir“, statt.

Zu den geladenen Gästen zähl-
ten: die neue Direktorin des Her-
der-Museums Frau Reijts, der
Schuldirektor des Herder-Gym-
nasiums Jan Horbacz, die Landrät-
in der Gemeinde Mohrungen Ka-
taryna Zacharowicz, Tomasz
Osekowski, Dolmetscher, Pastor
Dariusz Piorowski, Vorstand KG
Mohrungen, das Ehepaar Christ-
ine und Fred Manthey sowie eini-
ge Vereinsmitglieder.

Nach der Vorlesung und einer
anschließenden Pause gab es sehr
interessante Gespräche und neue
Kontakte.

275 Jahre Herder

„Johann Gottfried Herder zu sei-
nem 275. Geburtstagjubiläum“:
Offiziell erinnert ein kürzlich in
der Bundesrepublik Deutschland
erschienener Briefumschlag dar-
an, dass in diesem Jahr, und zwar
am Sonntag, dem 25. August, des
275. Geburtstages von Herder ge-
dacht werden sollte.

Dies ist für uns in Thüringen –
in der Nähe von Weimar lebend –
auch deshalb besonders bedeu-
tungsvoll, weil der im Jahre 1744
in Mohrungen geborene Ostpreu-
ße zu dem berühmten „Vierge-
stirn“ dieser weltbekannten Kul-
turstadt gehört. Es bestand aus
den Größen J. W. Goethe, J. F.
Schiller, Chr. M. Wieland und
eben Johann Gottfried Herder.

Der „Herder-Verein der deut-
schen Bevölkerung“ von Mohrun-
gen hatte uns und andere Gäste
zu einer Festveranstaltung (schon
am 24. August) anlässlich dieses
Jubiläums in seine Räume gela-
den.

In den Grußworten stellten die
einzelnen Repräsentanten dar,
wie sie Herders in ihrer jeweili-
gen Arbeitstätigkeit gedenken.
Dazu sprachen zum Beispiel die
Kulturreferentin des Bürgermei-
sters der Stadt Mohrungen, der
Schuldirektor der einstigen „Her-
derschule“, der Gemeindepfarrer,
die Kreisvertreterin Ingrid Tkacz
und die 1. Vorsitzende des Vereins
der in Mohrungen verbliebenen
deutschen Bevölkerung, Urszula
Manka. Überall wurde deutlich:
Das Andenken an Herder lebt und
inspiriert zu vielfältigen Aktivitä-
ten. Den Begrüßungsworten
schloss sich der Festvortrag von
Fred und Christine Manthey an.

Die Darlegungen, ins Polnische
von einem Mitglied der Mohrun-
ger Herdergesellschaft übertra-
gen, betrafen vor allem zwei Ge-
dankenrichtungen:

Zum einen wurde herausge-
stellt: Jubiläen sollen – richtig ge-
nutzt – nicht nur punktuell oder
nur zum jeweiligen Termin wir-
ken, sondern beständig ausstrah-
len. Wie dies praktisch möglich

ist, führten die Autoren ihres Bu-
ches „Johann Gottfried Herder“
anhand dessen Untertitel exem-
plarisches vor: Das „Wir auf dem
Weg zu dir“ will sagen: Die Her-
derschen Schriften zu verstehen,
kann mit einem langwierigen,
aber erfolgreichen Prozess ver-
bunden sein. „Von Mohrungen bis
Weimar“ benennt die Orte von
Geburt und Tod Herders. „Wahres
und Mögliches“ lässt erkennen,
dass die erreichbaren Quellen
verarbeitet und adäquat, aber ver-
einfacht dargestellt und Lücken
mit schriftstellerischer Sorgfalt
gefüllt worden sind.

Die zweite Gedankenrichtung
wandte sich dann dem zugehö-
rigen Buchabschnitt „Ein großes Er-
eignis im Haus der Familie Her-
der“ zu, also dem Ort und der Ge-
burt des kleinen Johann Gottfried,
dem „Kind der Mitternacht“.

Der vollständige Text der Fest-
rede ist in einem Sonderdruck
des BdV Thüringen von 8/2019
nachzulesen. Ein Vorabdruck da-
von findet sich in den „Mohrun-
ger Heimatkreis-Nachrichten“,
143. Ausgabe.

Die genannte Festveranstaltung
erwies sich als inhaltlich ausge-
sprochen passendes Element zu
den weiteren Aktivitäten des Her-
der-Museums von Mohrungen am
25. August.

Besonders beeindruckend war
in diesem Zusammenhang in der
Herderstraße die würdevolle Ge-
staltung der Feier am Denkmal Jo-
hann Gottfried Herders. Nach er-
innernden Worten legten Vertre-
ter der Kommune, örtliche Repre-
äsentanten und Vertreter mehrerer
Vereine – so auch unsere kleine
thüringische Delegation – Kränze
und Blumen-Gebinde vor Herder
nieder.

Hoffentlich haben viele dieser
„Herderfans“ ebendort in ihrem
stillen Verharren inhaltlich solche



Neidenburg feiert: Heimattreffen in Bochum

Bild: Wilfried Brandt

friedensstiftenden Gedanken ge-
habt, wie Herder sie einst formu-
lierte: „Kein Volk sei ein von Gott
einzig auserwähltes Volk der
Erde ...“

Christine und Fred Manthey



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka,
An der Friedenseiche 44, 59597
Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax
-980276, E-Mail: u-pokraka@t-
online.de. Stellvertreter: Frank
Jork, Oberbörry 18, 31860 Em-
merthal - Börry, Telefon (0171)
7086334.

Heimattreffen

Das Heimattreffen der „Neiden-
burger“ fand in Bochum Werne
bei schönem Sommerwetter im
Erich Brühmann Haus statt. Der
Saal war fast voll gefüllt, was be-
deutete, dass eine große Anzahl
von Leuten, dem Ruf des Vorstan-
des gefolgt waren. In einer gemü-
tlichen Atmosphäre wurde die
Tagessordnung abgearbeitet. Die
Begrüßung und die Geleitworte
sprach der Kreisvertreter Ulrich
Pokraka. Danach folgte das Geis-
tliche Wort und die Totenernung
durch den neu gewonnenen Pfar-
rer Herbert Schimanski. Auch die
Bürgermeisterin von Bochum,
Frau Gabriela Schäfer, fand in ih-
rer Ansprache die richtigen Wor-
te.

Das Heimattreffen wurde von
einer Wanderausstellung vom
Kulturzentrum Ostpreußen aus
Ellingen begleitet. Thema dieser
Ausstellung war „Die Volksab-
stimmung der südlichen Kreise in
Ost- und Westpreußen“ am 11. Ju-

li 1920, was sich ja im nächsten
Jahr zum 100. Mal jährt. Ein Er-
eignis was einen hohen Stellen-
wert in der Kultur und der Ge-
schichte Ostpreußens einnimmt.
Einen Vortrag zu diesem Thema
hielt unser Kreistagsmitglied Gi-
sela Klima-Axmann, eine Ge-
schichtslehrerin im Ruhestand.

Der Andza-Chor untermalte die
Veranstaltung mit gefühlvollen
Liedern, neben dem Ostpreußen-
lied und der Nationalhymne.

Nach dem offiziellen Teil der
Veranstaltung konnte ein kosten-
loser Imbiss eingenommen wer-
den.

Später, zu heimatlichen Gesprä-
chen der Teilnehmer, wurde dann
Kaffee und Kuchen gereicht,
ebensofalls auf Kosten der Kreise-
gemeinschaft. Es bestand auch die
Möglichkeit, die Heimattuben,
die sich ja unmittelbar neben dem
Veranstaltungslokal befinden, zu
besuchen. Von der Möglichkeit,
wurde auch ausgiebig Gebrauch
gemacht.

So klang ein doch gelungenes
Heimattreffen, mit guten Gefühlen
der Organisatoren, friedlich aus.

Ulrich Pokraka

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Dittchenbühne

Elmshorn – Das Forum
Baltikum – Dittchenbühne,
Hermann-Sudermann-Allee
50, zeigt „Der Schimmelrei-
ter“ an folgenden Terminen:
sonntags, 22. September und
29. September, jeweils um
16 Uhr, Donnerstag 26. De-
zember, 18 Uhr, Preis pro
Person: 16 Euro. Info:
04121/89710, Internet:
www.dittchenbuehne.de

Anzeige

Ostpreußen

24. Landestreffen
Mecklenburg-Vorpommern

in

Neubrandenburg

Sonnabend, 28. September 2019

10 bis 17 Uhr

Jahn-Sport-Forum

Schwedenstraße/Kulturpark

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert.
Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl
und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde
informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



PREUSSISCH
EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net, Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Heimatkreistreffen

Verden - Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September, Forum der Niedersachshalle, Lindhooper Straße 92, 27283 Verden: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau.

Parkplätze sind genügend vorhanden.

Programm:

Sonnabend, 21. September, 9.30 bis 12 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung unseres Heimatmuseums im Kreishaus Verden, Eingang Ost, der Weg ist ausgeschildert.

11 Uhr: Empfang der Stadt Verden und des Landkreises Verden durch den Bürgermeister Lutz Brockmann für alle Teilnehmer und Gäste des Kreistreffens im Rathaus zu Verden, Große Straße 40, 27283 Verden, ab

12 Uhr: Die Niedersachshalle wird geöffnet.

13.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau im Forum der Niedersachshalle mit der Wahl eines neuen Vorstandes.

16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken (oder auch anderer Getränke) mit typisch ostpreußischem Blechkuchen,

16.30 Uhr: Christoph Hinkelmann zeigt einen Diavortrag mit dem Thema „Naturschönheiten der Kurischen Nehrung, die einmalig auf der ganzen Welt sind“,

16.30 Uhr: Parallel hierzu beantwortet Lothar Biesert Fragen zu persönlichen Anliegen in der eigenen Familienforschung,

18 Uhr: Der Chor „Die singenden Heimatfreunde aus Selsingen“ singt plattdeutsche Lieder in der alten Selsinger Tracht,

18.30 Uhr: Elfie Hoppe trägt humorvolle Geschichten aus Ostpreußen vor,

19 Uhr: Gemeinsames Abendessen mit einem typisch ostpreußischen Gericht für alle Teilnehmer,

20 Uhr: Heimatabend im Forum der Niedersachshalle unter anderem mit einem Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensein mit „Schabbern“ und „Plachandern“

Sonntag, 22. September:

9 bis 10.30 Uhr: Unser Heimatmuseum ist geöffnet, Kreishaus Verden, Eingang Ost, eine Führung wird angeboten, 11 Uhr: Feierstunde im Forum der Niedersachshalle zu Verden mit allen

Teilnehmern und Gästen. Danach Kranzniederlegung im Bürgerpark Verden (mit Shuttle-Bus oder mit Privat-Pkw).

Nach der Feierstunde wird das Kreistreffen im Forum der Niedersachshalle fortgesetzt. Anlässlich des 400. Geburtstages des „Ännchen von Tharau“ werden zahlreiche Bildtafeln aufgestellt. Ferner bieten wir an einem Stand Schwermer-Marzipan und typisch ostpreußische Spirituosen und Spezialitäten an. Diverse Heimatliteratur ist an unserem Bücherstand erhältlich.



PREUSSISCH
HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

200-Jahr-Feier

Pr. Holland - Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September, Pr. Holland: Jubiläumstreffen - 200 Jahre Gründung des Kreises Pr. Holland.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

Hauptkreistreffen

Neuss - Sonnabend, 21. September, 10 Uhr, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46, 41464 Neuss, im Anschluss Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Hauptkreistreffen und 35 Jahre in der Patenschaft des Rhein-Kreis Neuss sowie die Mitgliederversammlung. Nach der Heiligen Messe um 10 Uhr findet die Feierstunde im Berufsbildungszentrum statt.

Alle Seiten »Heimarbeit«
auch im Internet

Ostpreußisches Landesmuseum

Geschichte einer Liebe - Freya. Ein Dokumentarfilm über Freya von Moltke, Mittwoch, 2. Oktober, 19 Uhr, SCALA Programmkin, Apothekenstraße 17, Lüneburg, Eintritt 9/8 Euro.

Aus der Haft kann er seiner Frau fast täglich Briefe schreiben, geschmuggelt durch den Gefängnispfarrer.

Nina Hoss und Ulrich Matthes leihen dem Briefwechsel zwischen Freya und Helmuth ihre Stimmen. Diese sehr persönlichen Briefe sind einmalige Zeugnisse der Zeitgeschichte, die noch intensiver wirken, wenn man die 90-jährige Freya vital und ausdrucksstark, mit ihrem rheinischen Humor und ihrer Lebenszugewandtheit im Film erlebt. Veranstalter: SCALA Programmkin, Nordost-Institut (IKGN) und das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum.

Die Filmemacher Antje Starost und Hans Helmut Grotjahn stellen den Film im SCALA Programmkin persönlich vor und erzählen von ihren Begegnungen mit Freya von Moltke in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“.

„Ich sah ihn und mein Herz stand still.“ Die 18-jährige Freya Deichmann trifft Helmuth James von Moltke. Er ist die Liebe ihres Lebens, die sich im Alltag des Dritten Reiches bewähren muss. Nach der Heirat 1931 lebt das Ehepaar auf dem Familiengut Kreisau, wo sich um Moltke und Peter Yorck von Wartenburg ein Widerstandszirkel gegen die Hitler-Diktatur bildete. Im Januar 1944 wurde von Moltke von der Gestapo verhaftet. Sein großes Glück:



Freya und Helmuth James von Moltke Bild: Antje Starost Film Produktion



Ein Ostpreußenherz hat aufgehört zu schlagen.

Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen...
Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit
(aus dem Ostpreußenlied)

Wir trauern um unseren lieben Vater, Schwiegervater, Opa und Uropa

Waldemar Meyer

* 17. 3. 1928 † 6. 9. 2019

Grabenu Kr. Allenstein, Ostpreußen Rostock

In Liebe und Dankbarkeit nehmen Abschied:

Deine Kinder, Enkel und Urenkel

Gerhard und Anja

Renate und Olaf

Hans-Joachim

Heiko und Julia mit Emma

Tina und Christoph

Stephan und Jill mit Ruby

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet in Rostock auf dem Neuen Friedhof im engsten Familienkreis statt.

Ein Leben hat sich vollendet.

Dipl. Ing. Ök.

Helmut Brückmann

* 5. 2. 1928 † 30. 8. 2019
Wenden/Kreis Rastenburg Magdeburg

Wir trauern sehr um ihn.

Ingeborg Brückmann
Ulrich Brückmann
Volker Schwenke
Herbert Krauß und Frau Christine geb. Brückmann
Heinz Neusinger und Frau Irmut geb. Brückmann
Armin Brückmann
Toni Höbel geb. Brückmann
Hans-Jürgen Gerber und Frau Roswitha
Agnes Meurer
sowie alle Anverwandten

Der Verstorbene wurde am 6. September 2019 auf dem Friedhof von Groß-Ottersleben, Magdeburg bestattet.

kreuzen, den Verlauf schneiden	franz. unbestimmter Artikel	Erzieher, Pädagoge	Fluss in den Finn-Meerbusen	Hauskleid, Morgenrock	Sohn Isaaks	Vorsitzender; Sprecher	verärgert	schwed. Poplegende	Widerhall	Stadt im Sauerland (NRW)	poetisch: Adler	Verbrechen	Zimmerwinkel
Buch-Unternehmen	süd-deutsch für Brötchen		Wind am Gardasee	deutscher Schriftsteller (Wilhelm)	Abk. für Bürgerliches Gesetzbuch		Lilien-gewächs, Gewürzpflanze	Weg-gefährte	großer Behälter für Flüssigkeiten				bezeichnen; taufen
Begriff beim Pharaospiel	Frau, die ein fremdes Kind stillt	Situation	Vorderasiat	römischer Liebesgott	Steigung; Zunahme		widerstandsfähig machen	Sport-ruderboot	Junge, Bub	Nahrungsbestandteil			auf Reede liegen (Schiff)
spanische Weinstadt			ein Planet	Nährboden	haltbare Chemiefaser		orient. Kleidungsstück		kleines marderartiges Raubtier	Heimat des Odysseus			
Gliederband; Schmuckstück	essbare Pflanzen			weibliches Märchenwesen	Geist, Witz (französisch)		das klassische Altertum		behutsam hinlegen				
			gewalt-sames Weg-nehmen	ab-hängig, ge-bunden									
				Gesichts-farbe	Nutz-fisch, Kaviar-lieferant		Ände-rung, Wechsel		norddt.: grinsen, höhnisch lächeln				
	Papier-oder Plastik-beutel	baumlo-se Gras-land-schaft		Edelgas	starker Drang; äußerer Druck		Koch-, Back-anwei-sung		un-bedarft				
		sich täuschen		Werk von Homer	eine Zahl	Oper von Verdi							
	altägyp-tischer Gott	nicht nutzbare Pflanze	Jagd-kanzel	wüst, leer		unent-schieden (Schach)							
				je, für (latei-nisch)	Wein-bäuerin								
	Redner-pult für Karne-valisten	deutsche Schau-spielerin (Barbara)	bayer. Benedik-tiner-abtei	Lang-spieß	Schmuck-stein	Schau-spiel-, Ballett-schüler		Name mehrerer engl. Flüsse	abge-grenztes Gebiet	Trink-gefäß			
	Film-, Video-, Foto-apparat			gerade jetzt	frech, unver-schämt					englisch: eins			
	Frucht-zucker	Kfz-Zeichen Karls-ruhe	chem. Zeichen für Ru-bidium	artig, gehor-sam									
	Ausweis für Gäste in Heil-bädern	Lebewe-sen ohne Farbstoff-bildung		Arbeits-entgelt	Feuch-tigkeit					einges-chaltet, nicht aus			

Sudoku: 2 5 1 6 9 8 7 3 4 7 4 6 5 2 1 2 8 3 8 7 4 4 7 2 1 9 6 9 6 2 8 9 8 8 7 1 5 4 1 8 2 2 2 9 8 3 3 3 3 5 5 6 8 6 7 7 4 4 1 4 8 8 3 3 2 2 1 2 2 7 1 6 4 4 8 4 3 9 2 1 6 9 5

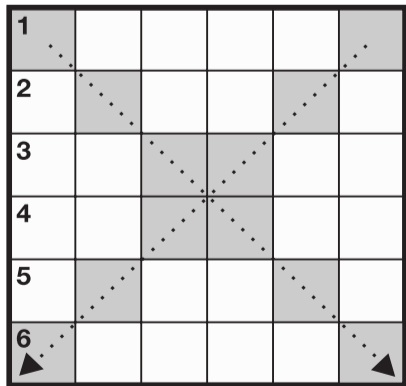
Diagonalarätsel: 1. Auster, 2. endlos, 3. Glasur, 4. Spinat, 5. Antrag, 6. Elsass - Ananas, Rosine

Kreiskette: 1. Maus, 2. Reuse, 3. Perser, 4. Regler, 5. Lerche - Mauersgler

Sudoku

		1		3		8		
	7						9	
8	6	5				2	3	7
		3	5	2	6			
			4		3			
	4	7		6	3			
5	9	6				7	8	3
	1						4	
		7		6	1			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalarätsel

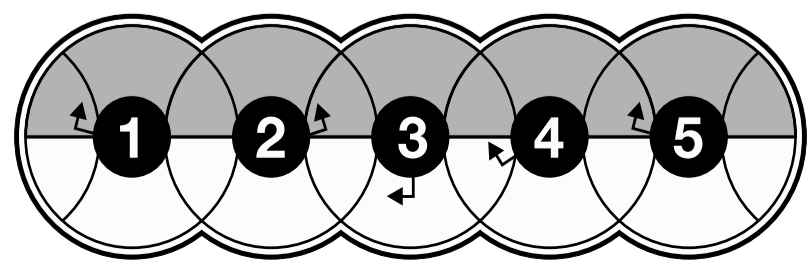
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Früchte.

- 1 Speisemuschel
- 2 unendlich
- 3 Zuckerguss auf Gebäck
- 4 Blattgemüse
- 5 Gesuch, schriftliche Bitte
- 6 Verfügung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen der Schwalbe ähnlichen Vogel.

- 1 Wechsel des Federkleids, 2 veraltet: Russe, 3 Iraner, 4 Einsteller, Steuergerät, 5 Singvogel






BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Reutlingen – Sonnabend, 5. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Erntedankfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde unserer Heimat herzlich ein. Wir haben wieder ein großes Programm vorbereitet. „Erntedankfest“ ist nicht nur ein Wort, denn Erntedankfest und Heimat sind eng verbunden. So wollen wir beides nach Kaffee und Kuchen in Erinnerung rufen. Nach der Begrüßung der 1. Vorsitzenden Ilse Hunger werden kurze Berichte und Gedichte dargeboten. Ganz besonders freut die Zusage der Professoren-Band der Uni Reutlingen zur musikalischen Unterhaltung. Der schöne Sommer hat uns mit köstlichen Gaben, Obst und Gemüse sehr reich beschenkt. Das wollen wir dankbar mit einem reichen Erntegabentisch ehren. Eine Tombola darf auch nicht fehlen. Für Spenden sind wir sehr dankbar; bitte bei Ilse Hunger in der Steinachstraße 54 abgeben. Über einen gut besetzten Saal nach der langen Sommerpause würden wir uns freuen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 20. September, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: heimatisches Essen „Beetenbartsch“, und Vortrag „400 Jahre Ännchen von Tharau“ von Jürgen Danowski.

Ansbach – Sonnabend, 21. September, 15 Orangerie: „Über die Kurische Nehrung“. Zerstreute Wörter einer baltischen Sprache mit Bildern. – Sonntag, 6. Oktober, 14.30 Uhr, Grüner Saal in der Orangerie zu Ansbach: Tag der Heimat. Ein historisches und musikalisches Programm über das Ostdeutsche Lied mit der französischen Sängerin Isabelle Kusari. Eine Veranstaltung des BdV Kreisverband Ansbach. Einladung folgt.

Nürnberg – Dienstag, 24. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser: Monatsversammlung. Gäste willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnd.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Angerburg, Goldap – Donnerstag, 26. September, 14 Uhr, Restaurant Oase Berlin, Borussienstraße 62, 12102 Amersin: Treffpunkt. Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg, Röbel – Sonnabend, 28. September, 15 Uhr, Haus Seniorenfreizeitstätte „Maire Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Anfragen an Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Röbel Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 21. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.30 Uhr), Gemeindehaus, Bachsaal, Hauptkirche St. Michaelis, Krayskamp 4a, 20459 Hamburg: Tag der Heimat 2019 des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (LvD) (S1, S3: Stadthausbrücke; U3: Rödingsmarkt; Buslinie 6 und 37: Haltestelle Michaeliskirche). – Sonntag, 22. September, 15 Uhr, Gottesdienst zum Tag der Heimat, Finnische Seemannskirche, Dittmar-Koel-Straße 6, 20459 Hamburg. Veranstalter: Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Dienstag, 24. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit Schabern über Dies und Das und Erinnerungen an die Erntezeit in unserer Heimat. Dazu wird mit fröhlichem Gesang der Herbst begrüßt. Gäste sind immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 25. September, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Monatstreffen mit Lothar Hoffmanns Vortrag „Bilder aus dem Atelier eines Didaktikers in Kolberg“. Gäste sind wie immer willkommen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Am Sonnabend, dem 31. August, zog es fast 500 Landsleute zum landesweiten Tag der Heimat nach Anklam – trotz heißer Sommertemperaturen von über 30 Grad! Thema war die politische Wende von 1989. Vor 30 Jahren fiel nicht nur die Berliner Mauer, sondern es rückte auch die Heimat in Pommern, Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland politisch näher und wurde wieder erreichbar. Kein anderer als die deutschen Heimatvertriebenen reichten den seit 1945 dort lebenden Polen, Russen, Litauern und Tschechen die Hand. Heute ist man dort willkommen wie bei Freunden. Daran erinnerte BdV-

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

Vorsitzender Manfred Schukat in seiner Begrüßungsrede und an seinen persönlichen Einsatz im „heißen Herbst 1989“. Bei den Vorbereitungen des „Neuen Forums“ im Anklamer Theater für Demonstrationen und Friedensgebete war immer die Frage: Wer macht was? Zu einer Groß-Demo mit 3000 Leuten in Anklam wurden im Hause Schukat tausende Text-Zettel mit dem Lied „Die Gedanken sind frei“ auf einem einfachen Vervielfältigungsgerät aus der Vorkriegszeit gedruckt und verteilt, immer mit der Gefahr, verhaftet zu werden. Manfred Schukat forderte auf dem Anklamer Marktplatz öffentlich freie Wahlen sowie das Verbot des Schießbefehls – anschließend sang die große Menge „Die Gedanken sind frei“. Eine Woche später fiel die Berliner Mauer.

Am 9. März 1991 hatte der Bund der Vertriebenen in Anklam seine erste Großveranstaltung. Die Andacht hielt Friedhelm Schülke: „Leider hat die Kirche den Schwung von 1989 nicht mitgenommen“. Dabei wurde die friedliche Wende doch erst mit Kerzen unter dem Dach der Kirche und mit der Botschaft des Evangeliums „Keine Gewalt“ und „Liebet eure Feinde“ möglich. „Der Dämon der Diktatur wurde ausgetrieben – aber die materialistische Einstellung ist geblieben. Deshalb kommen heute neue Dämonen und Gefahren über uns:




Anklam: Deutsch-Polnischer Gäste-Chor Bild: Mantheil/Bierwerth

Anlage- und Trickbetrüger, Bürokraten, verkraachte Existenzen, Goldgräber, Kolonialoffiziere, die sich zu gern mit den alten Funktionären verbünden. Zur Wendezeit waren die Kirchen voll, heute sind sie leer.“ Als Ehrengäste waren gleich drei Landtagsabgeordnete und der Landrat von Vorpommern-Greifswald, Michael Sack, erschienen. Die Vizepräsidentin des Landtages MV, Beate Schlupp (CDU) und ihr Kollege Egbert Liskow (Mdl-CDU) erklärten, auch weiterhin die BdV-Arbeit zu unterstützen. Dr. Matthias Mantheil (Mdl-Freie Wähler) erinnerte daran, dass es der 70. Tag der Heimat ist, seitdem am 6. August 1950 in Stuttgart die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verkündet wurde.

Die Deutsche Minderheit in Stettin, Stolp, Köslin, Rummelsburg und Stargard war mit 50 Landsleuten nach Anklam gekommen. Ihre Vorsitzenden Detlef Rach, Peter Jeske, Thomas Krause und Peter Nycz dankten für die große Verbundenheit mit dem BdV in Mecklenburg-Vorpommern und erinnerten an den Umbruch östlich der Oder, der im Sommer 1980 in Danzig begann. Der Binsener Posaunenchor intonierte das baltische Märtyrerlied „Weiß ich den Weg auch nicht“ zum Gedenken an die politischen Opfer im Baltikum. Denn Polen, Balten und Ungarn haben zuerst den Weg in die Freiheit erkämpft. Das nachmittägliche Kulturprogramm war abwechslungsreich, schwungvoll und farbenprächtig. Dafür sorgten das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten, die Jagdhornbläser Uecker-Randow und der spontan gebildete deutsch-polnische Gästechor.

Neubrandenburg – Sonnabend, 28. September, 10 bis 17 Uhr,

Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark: Landestreffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. September, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a (Siedlerheim Alt Petritor), Braunschweig: Monatsversammlung. Die nächste Bushaltestelle: Kälberwiese. Vortrag mit Bildern: „Vom Pilgervirus infiziert – pilgern von Görlitz bis nach Santiago de Compostela“.

Ebstorf – Sonnabend, 28. September, 14 Uhr, Gemeindehaus der evangelisch-lutherischen Kirche am Kirchplatz: Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der LO Gruppe Ebstorf. Die Veranstaltung wird vom Frauenchor des Gesangsvereins Cantate aus Oldenstadt begleitet. Die Festrede hält George Turner zum Thema „Integration der Flüchtlinge in die einheimische Gesellschaft in der Zeit von 1945–1949“. Anschließend besteht noch die Möglichkeit zum Kaffeetrinken und zum Besuch einer kleinen Ausstellung zur Geschichte der Ortsgruppe.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich nach der Sommerpause am 11. September und begrüßte als Gast den Historiker Christopher Spatz zum Vortrag über sein Buch „Heimatlos – Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“. Eingerichtet im September 1945 entwickelte sich das Durchgangslager Friedland, geografisch günstig fast am Schnittpunkt der Besetzungszonen der Engländer, Amerikaner und Russen gelegen, schnell zum am stärksten frequentierten Registrierungsort für Vertriebene, Aussiedler und Heimkehrer.

Anfangs in Nissenhütten untergebracht und ab 1952 in deutscher Hand in Holzbaracken, waren die Bewohner nur recht kurze Zeit dort, um nach der Erfassung an den gewünschten Ort weitergeleitet zu werden. Berühmt wurde das Lager durch die Heimkehr der Kriegsgefangenen 1955, danach setzte die Flut der Spätaussiedler aus den deutschen Ostgebieten ein. Der Göttinger Berufsfotograf Fritz Paul hat ab 1950 viele Ereignisse im Lager Friedland fotografisch festgehalten und rund 6000 Negative dazu hinterlassen. Christopher Spatz schilderte die Verlaufsgeschichte detailliert und einfühlsam und konnte viele Eindrücke anhand zahlreicher Fotos belegen. Das Lager Friedland steht auch heute noch als sinnstiftendes Symbol für das Kollektivschicksal Vertreibung. Am 9. Oktober feiern wir den Erntedank-Nachmittag im Stadthotel Eversten mit einem Basar von Ernteprodukten und Lesungen, 15 Uhr.

Osnabrück – Freitag, 20. September, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 10. Oktober 2019, 15.00 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstr. 1 oder Kreuzstr.): Bei diesem Monatstreffen der Gruppe wird Professor Dr. Heinz Schürmann aus Bielefeld einen Vortrag: „Impressionen einer Reise vom Herbst 2019“ halten und dabei auch über Gilge am Kurischen Haff – einen kleinen, fast vergessenen Fischer- und Künstlerort – und über die Renovierungs- und Restaurierungsarbeiten in Gerdaun berichten. – Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste von nah und fern herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. – Weitere Informationen und Auskünfte zu den Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit sind bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über rebuschat@web.de zu erfahren.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 12. Oktober, ab 11 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Festakt zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der Landsmannschaft Ostpreußen.

Düren – Mittwoch, 2. Oktober, 18 Uhr, Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Erntedankfest. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com. Wer sich heimatisch verbunden fühlt, ist bei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf neue Mitglieder und Gäste. Die Gruppe trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat.

Düsseldorf – Sonnabend, 21. September, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Mittwoch, 25. September, 19 Uhr, – Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Lesung und Gespräch mit Patrick Bahners, „Sie sind wieder da. Warum wir den neuen deutschen Nationalsozialismus nicht mehr los werden“. Donnerstag, 26. September, 19 Uhr, GHH: Lesung und Gespräch mit Christian Bommarius „1949 – Das lange deutsche Jahr“. – Freitag, 27. September, 17.15 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Feuerzangenbowle“. Montag, 30. September, 19 Uhr, GHH: Hörtheater von und mit Anja Bilabel und Salome Amend „Wolfskinder – eine Kindergeneration nach 1945“. – Mittwoch, 2. Oktober, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehman, Christel Knackstädt und Frau Kivelitz.

Neuss – Donnerstag, 26. September, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. – Sonntag, 6. Oktober, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), Marienhaus: Erntedankfest. Tanz unter der Erntekrone mit Gedichten und Liedern.

Wesel – Sonntag, 22. September, Heimatstube Kaiserring 4, Wesel, (Nähe Bahnhof, Parkplätze hinter dem Haus): 69. Tag der Heimat „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“. Es wirken mit: Die Vorsitzenden der Landsmannschaften, die musikalische Umräumung Victor Werner & Co. Besuchen Sie unsere Veranstaltung, es wird die letzte in den Räumen der Heimatstube sein. Ab 14 Uhr Kaffeetafel (Kuchen gebacken von den Frauen der Landsmannschaften) (Kaffeegedeck mit zwei Stück Kuchen nach eigener Wahl und Kaffee so viel man will 6 Euro). –

Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Heimatstube: Das Erntedankfest wird nach alter Tradition mit einem schönen Programm mit anschließendem Ernteschmaus Kartoffelsalat mit Würstchen, danach mit bewehrter Tombola durchgeführt. Anmeldungen bis zum 20. September bei Paul Sobotta unter Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (0285) 24403.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 21. September, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, Limbach-Oberfrohna: Die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen feiert Erntedank. Um Kultur und Brauchtum unserer Heimat zu erhalten feiern wir nach alter Tradition. Nicht nur unsere Landsleute, sondern auch viele liebe Gäste sind dazu herzlich eingeladen. Wir freuen uns über viele Teilnehmer und sagen ganz herzlich „Willkommen!“



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 27. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Diavortrag „Das alte und neue Ostpreußen“. – 29. September Neubrandenburg: Ostpreußentreffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Sonntag, 29. September: Theaterbesuch mit vorherigem Mittagessen. Die Dittchenbühne im Forum Baltikum bringt in diesem Jahr das Schauspiel „Der Schimmelreiter“ nach der Novelle von Theodor Storm. Wir werden zum Mittagessen anreisen und dort das ostpreußische Gericht Schmandschinken serviert bekommen. Leider wurden uns nur 30 Theaterplätze zugewiesen, die bereits ausverkauft sind. Für eventuelle Stornierungen werden weitere Interessenten auf die Warteliste gesetzt und melden sich bei Gisela Rowedder unter der Telefon (04504) 3435.

Malente – Mittwoch, den 25. September, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald in Krummsee, Rökampallee 39: Treffen. Der Vorsitzende wird über allgemeine Probleme berichten sowie Herr Falk Informationen aus der Vertreterversammlung der Landesgruppe der Ostpreußen Schleswig-Holstein mitteilen. Gäste sind herzlich willkommen. Eine Anmeldung war erbeten.

Mölln – Mittwoch, 25. September, 17 Uhr, Quellenhof: Erntedankfest der Ost- und Westpreußen des OV Mölln. Worte zum Erntedank spricht Probst Erwin Horning. Es kann gesungen, Gedichte aufgesagt und Erlebnisse erzählt werden. Ebenso ist ein Film vorbereitet. Danach wird das traditionelle Erntedankessen serviert: Kassler mit Sauerkraut, Erbspüree und Kartoffeln (10 Euro). Anmeldungen zum Essen bitte bis zum 20. September unter Telefon (04542) 5044. Am Ende unserer Veranstaltung kann sich jeder vom reich gedeckten Gabeltisch etwas mit nach Hause nehmen.

Ein unbequemer ostpreußischer Theologe

Käthe Kollwitz' Großvater: der Königsberger Pfarrer Julius Rupp, der sich mit der staatlichen Kirchenpolitik anlegte

Vor dem Haus Pauperplatz 5, hinter dem Dom in Königsberg, steht ein Gedenkstein mit dem Porträt des Pfarrers Julius Rupp: Die Freie Evangelische Gemeinde hatte das Denkmal 1909 zur Hundertjahrfeier seiner Geburt setzen lassen. Das bronzene Relief stammte von der Hand seiner Enkelin Käthe Kollwitz, blieb nach dem Zweiten Weltkrieg verschollen und wurde 1991 vom Berliner Bildhauer Harald Haacke nachgebildet.

Julius Rupp wurde am 13. August 1809 als Sohn des Kalkulators Daniel Friedrich Rupp und seiner Ehefrau Juliane Karoline Wolff zu Königsberg (Pr.) geboren. Er besuchte das Altstädtische Gymnasium, studierte anschließend, noch nicht 18 Jahre alt, an der Albertina Theologie, aber auch Philosophie, Geschichte, Kunst- und Literaturgeschichte; besonders beeindruckt wurde er von dem Philosophen und Pädagogen Johann Friedrich Herbart, der seit 1809 Kants Lehrstuhl besetzte und das Pädagogische Seminar an der Universität begründet hatte. Kants Werk über „Die Religion innerhalb der Grenzen der Vernunft“ übte einen bescheidenen Einfluss auf Rupp aus. Nach dem Examen besuchte er das Wittenberger Predigerseminar, an dem Richard Rothe lehrte.

In die Heimat zurückgekehrt, wurde Rupp Lehrer in den Fächern Deutsch, Religion und Geschichte an verschiedenen Königsberger Schulen. Nach der Promotion habilitierte er sich mit einer Arbeit über Spinozas Philosophie und wurde Privatdozent an der Philosophischen Fakultät der Albertina; um aktuelle Themen bemüht, las er Philosophie, Pädagogik, Geschichte und Literaturgeschichte.

1835 heiratete er Mathilde Schiller, aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor (die älteste Tochter Katharina heiratete Carl Schmidt, dieser Ehe entstammte die Enkelin Käthe). 1842 wurde Rupp Divi-



1991 nach dem verschollenen Relief von Käthe Kollwitz erstellt: Gedenkstein für Julius Rupp am Königsberger Dom

sionspfarrer; seine Predigten an der Königsberger Schlosskirche hatten einen großen Zulauf und wurden auch gedruckt. Zum Geburtstag Friedrich Wilhelm IV., am 18. Oktober 1842, hielt Rupp eine Festrede in der Deutschen Gesellschaft über den „Christlichen Staat“, der den Völkerfrieden befestige, die Nationen lehre, sich selbst Gesetze zu geben, der keine Herren und Knechte wolle, sondern brüderliche Gleichheit.

Die Rede fand viel Zustimmung, es gab auch eine Besprechung durch Karl Rosenkranz, der 1833 Herbart auf Kants Lehrstuhl gefolgt war. Vonseiten des Konsistoriums unter dem Generalsuperintendenten Ernst Wilhelm Christian Sartorius wurde diese Rede als ein Angriff auf die staatliche Kir-

chenpolitik verstanden. Kultusminister Eichhorn ließ Rupp an die Pflichten seines Amtes erinnern.

Zur gleichen Zeit wurde Rupp vom Magistrat der Stadt Königsberg zum Direktor des Kneiphöfischen Gymnasiums gewählt; das Ministerium versagte jedoch der Wahl die Bestätigung. Mit seiner Streitschrift „Der Symbolzwang und die protestantische Lehr- und Gewissensfreiheit“ verschärfte er seine Position gegenüber dem Konsistorium. Am 18. Januar 1844 hielt Rupp eine Festrede vor der Deutschen Gesellschaft über „Theodor von Hippel und seine Lehre über den Christlichen Staat“, worauf eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Das Konsistorium erteilte einen Verweis „wegen Nichtbeachtung der

früheren Mahnung“. Die Bewegung der „Lichtfreunde“ trat zu dieser Zeit in Königsberg auf; am 9. April 1844 wurde ein Zweigverein der protestantischen Freunde gegründet.

Rupp gehörte zum Vorstand des Vereins, der jedoch am 26. August 1844 bereits geschlossen wurde, was Rupp als einen Akt der Gewalt betrachtete. In seiner Predigt vom 29. Dezember 1844 sprach er über Galater 4, 1–7 zum Thema: „Der christliche Glaube ist der Glaube der Mündigen“ und erklärte, Christ zu sein und die Seligkeit von einer Glaubenssatzung abhängig zu machen, sei miteinander unvergleichbar. Es brachte ihm ein Verfahren ein.

Das Konsistorium entthob am 17. September 1845 Rupp seines

Amtes als Divisionspfarrer wegen wiederholter Verletzung seiner Pflichten (das Urteil wurde mit drei gegen zwei gesprochen). Während der Verhandlungen war Rupp vom Burgkirchenkollegium aufgefordert worden, sich um die Hofprediger-Adjunkten-Stelle zu bewerben, was auch gewählt worden, vom Konsistorium wurde die Wahl jedoch nicht bestätigt.

Inzwischen war es in Königsberg zur Gründung einer Freien Evangelischen Gemeinde gekommen, die wählte Rupp im Januar 1846 zu ihrem Prediger. In der Zeit der Reaktion verlor Rupp seine Dozentur (1851) und damit seine letzte Tätigkeit außerhalb der Gemeinde, denn den Religionsunterricht an der Schule hatte er nach seiner Entlassung aus dem

Amt freiwillig aufgegeben. Die Freie Gemeinde wurde polizeilich überwacht, schließlich geschlossen, sie habe kein Bekenntnis, sei daher keine religiöse Gemeinde, sondern habe einen politischen Charakter; Rupp wurde mehrfach mit Strafen belegt, selbst die Freimaurerloge schloss ihn aus. Nach zwei Jahren gelang Rupp die Neugründung der Gemeinde unter dem Namen „Unsere Religionsgemeinschaft“. Seine Arbeit „Immanuel Kant. Über den Charakter seiner Philosophie und seine Bedeutung für die Gegenwart“ erschien 1857 in Königsberg.

Erst mit Beginn der Regentschaft des Prinzen Wilhelm von Preußen (1858), die innenpolitisch einen Kurswechsel durch liberale Minister und die offene Verurteilung des herrschenden kirchlichen Systems brachte, konnte die Gemeinde den Namen „Freie evangelisch-katholische Gemeinde“ annehmen und mit anderen freien Gemeinden einen Bund bilden. Während der Zeit des Verfassungskonflikts war Rupp wieder politisch tätig und gab die Wochenschrift „Der Verfassungsfreund“ heraus. Ab 1863 wirkte er nur noch als Prediger in der Freien Gemeinde, bis ihn 1881 zunehmende Blindheit zwang, die Tätigkeit zu beenden.

Zur Feier des 50. Doktorjubiläums wurde er von der Philosophischen Fakultät der Albertina mit der Erneuerung seines Doktordiploms geehrt. Das Porträtreief für das Denkmal des Großvaters war die erste plastische Arbeit der Käthe Kollwitz, es trug die Inschrift „Wer nach der Wahrheit, die er bekennt, nicht lebt, ist der gefährlichste Feind der Wahrheit selbst“ und auf Rups Grabstein stand „Der Mensch ist nicht dazu da, glücklich zu sein, sondern dass er seine Pflicht erfülle“. Das waren auch Leitworte des Theologen und Philosophen, des Politikers und Journalisten Julius Rupp, der am 11. Juli 1884 in Königsberg starb. *Gerd Brausch/tws*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schlesien freut sich, wenn es kleiner wird

Will der letzte Tschenstochauer Woiwode wieder der erste sein?

Die polnischen Kommunisten hatten 1975 das bis dahin in 17 Woiwodschaften unterteilte Polen auf 49 Woiwodschaften aufgeteilt. Es ist kein Geheimnis, dass mit der bis 1999 geltenden Kleinräumigkeit viele Pöstchen geschaffen werden konnten. Die regierende PiS (Recht und Gerechtigkeit) ist seit einigen Jahren wieder in der Versuchung, mittels einer neuerlichen Reform regional zu punkten.

2016 hatte das Land diesbezüglich eine große Debatte erlebt. So war geplant die Hauptstadt Warschau aus der Woiwodschaft Masowien auszugliedern und ihr durch riesige Umlandgebiete vermehrt ländliches PiS-Wahlvolk zuzuschieben. Da seit 1999 nur noch 16 Woiwodschaften bestehen, war ebenso avisiert das östliche Hinterpommern als Woiwodschaft Köslin aus Teilen der Woiwodschaften Westpommern mit seiner Hauptstadt Stettin und Pommern – richtig eigentlich Pommerellen – mit seiner Hauptstadt Danzig zu bilden und damit den Makel wiedergutzumachen, dass einzig Köslin den Stand von 1975 nach Zusammenbruch des Kommunismus nicht wiedererlangte. Auch hier unterstellten

Kommentatoren, die PiS verfolge mit der Reform eigennützige Ziele, denn in Pommern müsse die im Osten Polens starke Regierungspartei überhaupt einmal etwas für die eigene Hausmacht tun, indem sie quasi Bonbons verteile.

Die dritte neukonzipierte Woiwodschaft sollte eine Woiwodschaft Tschenstochau sein – interessanterweise die einzige Wiedergeburt einer erst 1975 geschaffenen Kleinregion. Nur ist Tschenstochau mit der Schwarzen Madonna im Kloster am Hellen Berg eben der Heilige Ort des katholischen Polens schlechthin. Nachdem die Selbstständigkeit von Köslin und Warschau zunächst einmal gescheitert war, verkündete dieser Tage nun Szymon Gyzynski, der letzte Woiwode der von 1975 bis 1999 existierenden Woiwodschaft Tschenstochau, dass er nach einer gewonnenen Parlamentswahl seiner Partei, der PiS, die Woiwodschaft Tschenstochau wieder entstehen lassen werde. Damit wolle man eben ein altes Wahlversprechen einlösen und Jaroslaw Kaczynski teile ja auch dieses Ansinnen.

Eine Wiederentstehung dieser Region hätte zumindest einen interessanten Nebenaspekt. Wäh-

rend Tschenstochau im alten Polen-Litauen zur Woiwodschaft Krakau gehörte, galt nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens die Ausrichtung nach Kielce, ab 1950 dann nach Kattowitz. Einst hatte die Nähe der Stadt zu allen drei polnischen Teilungsmächten die religiöse Bedeutung begünstigt, später erwies sich die Lage als ungünstig, da man im Nirgendwo zwischen Lods, Kielce und Kattowitz lag.



Das altpolnische Nationalheiligtum soll bald nicht mehr in „Schlesien“ liegen

Bild: kb/Wikimedia Commons

Dass die Angliederung an Kattowitz so gar nicht passte, wurmt vor allem die Oberschlesier nach 1999 sehr, denn deren Woiwodschaft hatte 1999 den eigentlich erfreulichen Namen „Schlesien“ erhalten, während die Kommunisten die Regionen stur nach ihren Hauptstädten benannt hatten. Mit einer Ausgliederung der eigentlich kleinpölnischen Stadt Tschenstochau aus der Woiwodschaft Schlesien täte man den

Oberschlesiern gewissermaßen mehrheitlich einen Gefallen, die ihre Identität territorial verdreht und aufgebläht sahen. Und welchen historisch bewussten Deutschen hat es nicht schon ebenso gewurmt, dass in den letzten Jahren zunehmend in den deutschen Medien von „Tschenstochau in Schlesien“ die Rede war?

Andere Gefühle kommen hingegen in der westlichen ober-schlesischen Woiwodschaft Oppeln auf. Die 1998 aufgelöste Woiwodschaft Tschenstochau umfasste ja auch die ober-schlesischen Landkreise Rosenberg und Lublinitz, die mit einer Unabhängig Tschenstochaus Oppeln wieder verloren gehen könnten. Die Strategie der Oppelner liegt nun darin, darauf hinzuweisen, dass Oppeln die kleinste Woiwodschaft des Landes bilde. Letztlich bekommt der ein oder andere in der in Oppeln mitregierenden deutschen Minderheit Angst um die Existenz der eigenen Region.

Unstreitig ist, dass eine Tschenstochauer Woiwodschaft Teile der jetzigen Woiwodschaften Lods (Lodz) und Heiligkreuz umfassen würde. Wenn man historische Begradigungen im Auge hat, dürfte man sich hingegen im ober-schlesischen Landkreis Rosenberg

(Olesno) über einen Abfall der Gemeinden Praszka (Praszka) und Rudniki freuen, denn diese beiden Gemeinden sind die einzigen Orte des Oppelner Landes, die niemals zu Schlesien gehörten und heute von Oppeln aus mitregiert werden.

Unsicher wäre der Umgang mit dem ober-schlesischen Landkreis Lublinitz, dem mit Herby sogar eine Gemeinde angehört, die einst zwei Gemeinden war. Sie entstand 1922 aus dem Zusammenschluss von Polnisch Herby und Schlesisch Herby.

Übrigens: Auch mit Neubildung einer Woiwodschaft Tschenstochau würden der Woiwodschaft Schlesien immer noch einwohnerstarke nichtschlesische Städte angehören. Denn Dombrowa (Dabrowa), Sosnowitz (Sosnowiec) oder Jaworzno würden mit Sicherheit nicht von Kattowitz gelöst werden. Das funktioniert schon verkehrstechnisch nicht, und das Industrierevier ist hier über das einstige deutsch-österreichisch-russische Dreikaisereck hinaus industriell und infrastrukturell kaum mehr entflechtbar. Schon die Nationalsozialisten hatten diesen Raum völlig unhistorisch Schlesien angegliedert.

Edmund Pander

Auf der Suche nach einer besseren Zukunft

Familie Strelow – vor 150 Jahren Einwanderung nach Brasilien, doch das Herz blieb in Pommern

Dieser Artikel erschien ursprünglich im Jahr 2017 in der Zeitung „Jornal Testo Notícias“, im Bundesland Santa Catarina in Brasilien, als man die 150jährige Einwanderung der Familie Friedrich Strelow in die Siedlung Blumenau feierte.

Genealogische Forschungen ergaben, dass bereits ein Peter Strelow und seine Familie im 18. Jahrhundert in Blumenau siedelten. Sie kamen aus Strachmin, einem typischen pommerschen Dorf bei Köslin in Hinterpommern. Nach einer Forschung von Johannes Grützmann gehörte das Dorf Strachmin seit seiner Entstehung im 14. Jahrhundert zum Landgut der Familie von Kameke, die es im Jahre 1794 an die adlige Familie von Blankenburg verkaufte.

Die Urkunden von Strachmin sind erst ab 1794 vorhanden und vermutlich sind die vorhergehenden Aufzeichnungen im Besitz der von Kamekes geblieben. Nach Grützmanns Meinung lebten in Pommern wegen des vorherrschenden Feudalsystems sämtliche Bauern auf dem Land und konnten als Leibeigene das Landgut niemals ohne Genehmigung verlassen. Demnach kann man davon ausgehen, dass die Vorfahren der Familie Strelow, die sich in Blumenau angesiedelt haben, aus Strachmin stammten.

Unter den älteren Pommern erzählt man immer noch von einem Fahnenkrieg, der zwischen den Vertretern der Adelsfamilie von

Strachmin und den Junkern des Nachbardorfes Rützow im Kreis Kolberg stattfand. Dies hätte dazu beigetragen dass die Straße, die als Grenze zwischen Strachmin und Rützow diente, aufgrund des vielen vergossenen Blutes zwischen den beiden Familien eine ganz rote Farbe zeigte.

Alle Vorfahren sind in den kirchlichen Urkunden im historischen Archiv von Köslin (Koszalin) entweder als Dienstknechte (Diener) oder als Vollbauern (Bauern bereits mit einigen Rechten) genannt. Diese Vollbauern hatten allerdings keine Aussicht, jemals eigenes Land zu besitzen. Der Lebensunterhalt hing immer von einer Arbeitsmöglichkeit auf dem Großgut des Feudalherrn ab. Sogar nach der Bauernbefreiung im Jahr 1808 blieb die Landbevölkerung immer noch dem Großgrundbesitzer untertan. Die preußische Agrarreform von 1816 stärkte die Macht der ländlichen Eigentümer noch mehr.

Lange vor der Agrarreform wurde im 16. Jahrhundert nach einem Beschluss in Treptow an der Rega das Luthertum in Pommern eingeführt. Von Krockow schrieb hierüber, dass in dieser neuen konfessionellen Realität der Besitz der Familie unteilbar sei und der erstgeborene Sohn immer als Erbe eingesetzt werden müsse. Dies trug dazu bei, dass im 19. Jahrhundert ein großer Teil der Bevölkerung auf der Suche nach einer neuen Existenz auswanderte.

Auch die Familie Friedrich Strelow machte sich im April 1867

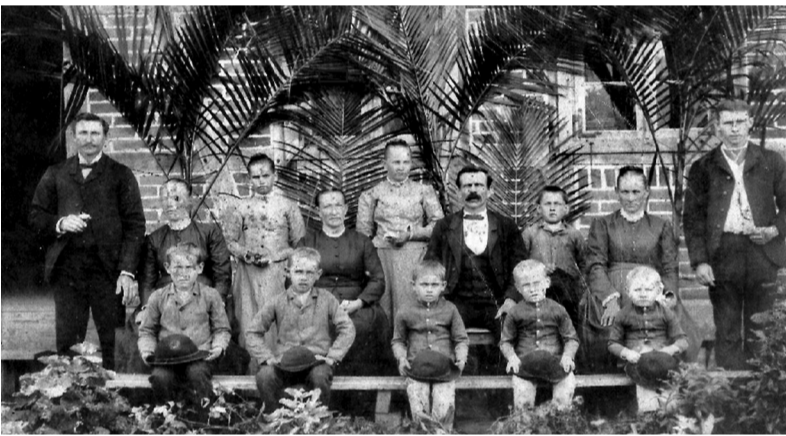


Das Gutshaus im Dorf Strachmin 1870 – Lithografie des Künstlers Alexandre Dunker. Das Haus wurde am Ende des 2. Weltkriegs von der Roten Armee zerstört. Die Kirche, links im Bild zu sehen, wurde wegen Baufälligkeit in den 1970ern abgerissen.

(Bild Wikipedia)

Die Strelows in ihrer neuen Heimat in Brasilien.

(Foto: privat)



über Hamburg auf, um mit dem Schiff „Najade“ in Richtung Brasilien zu segeln. Um die Kosten für die Reise aufzubringen, musste alles Eigentum verkauft werden.

Die Überfahrt der Familie Strelow dauerte 63 Tage. An Bord waren 111 Auswanderer, unter ihnen Vater Friedrich Strelow und seine drei Söhne Johann, Justine und Karl-August. Kapitän Popp hatte die Passagiere um Mithilfe für verschiedene Arbeiten gebeten. Johann, der älteste Sohn, half in der Küche beim Kartoffelschälen.

In der Nacht des 30. Juni 1867 erreichte das Schiff den ersten Hafen Santa Catarina, wo 11 Passagiere ausstiegen und nach der Siedlung Dona Francisca, dem heutigen Joinville, weitergeleitet wurden. Einige Tage später, am 5. Juli 1867, verließ das Schiff den Hafen, um nach Itajaí zu segeln, von wo weitere Einwanderer ihre Reise nach Blumenau fortsetzen sollten. Als am 14. Juli das Wetter ungünstig war, um sich Itajaí zu nähern, musste das Schiff einige Tage vor der Küste abwarten. In dieser Zeit, am 6. Juli 1867 berichtete die Kolonie Zeitung „Jornal da Colônia“, dass die Einwanderer an Bord wohl gut behandelt wurden, dass aber das Trinkwasser schlecht sei und das Essen minderwertig und in reduzierten Portionen ausgegeben wurde.

Friedrichs Ehefrau Friederike, geborene Reichow, kam erst später mit dem Schiff „Sansibar“ und dessen Kapitän Thormählen nach. Sie verließ Hamburg am 20. Juni 1867. Am 30. August

1867 erreichte sie Itajaí, von wo aus es in Richtung der Siedlung Blumenau ging.

Über die Kapitane Popp und Thormählen fanden wir einen Text, der am 19. Oktober 1867 in der Kolonie Zeitung veröffentlicht wurde: „Während die Passagiere von der ‚Najade‘ keine Beschwerden gegen Kapitän Popp hatten, weil er sie immer in einer sanften Weise behandelt hatte, seien die Passagiere der ‚Sansibar‘, mit ihrem Kapitän Thormählen äußerst unzufrieden gewesen. Die Brutalität, mit der Kapitän Thormählen die Passagiere während der Reise behandelt hatte, sei in Itajaí an die Öffentlichkeit gekommen. Der gab zu Protokoll: „Alle Auswanderer, die nach Brasilien gingen, seien Gefangene, und dies erkläre ihre ewige Unzufriedenheit!“

Die Familie Strelow war eine von den vielen pommerschen Familien, die auf der Suche nach einer besseren Zukunft nach Brasilien ausgewandert ist und die ihre Wurzeln nicht vergessen haben. Wie heißt es in dem Gedicht von Ulrich Sander:

„Im Leben habe ich viele Wanderungen gemacht und bin durch viele Länder gegangen, hab viele Flüsse und Seen überquert.... Aber mein Herz war in einem schöneren Land, mit Feldern, Wäldern, Seen und Stränden – Mein Herz war in Pommern!“

Johan Ditmar Strelow

30. Bütower Heimattreffen

Städtepartnerschaft Frankenberg – Bytów fördert Begegnung und Verständigung



Von links: Rainer Hesse, Frankenberger Stadtverordnetenvorsteher; Ulrich Kosin, Schatzmeister Heimatkreis Bütow e.V.; Michael Gube, Vorsitzender Heimatkreis Bütow e.V.; Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler; Rüdiger Heß, Bürgermeister der Stadt Frankenberg (Eder); Ryszard Sylka, Bürgermeister von Bytów und sein Begleiteteam. Rechts außen Günter Krause, BdV-Vorsitzender des Kreises Waldeck – Frankenberg. (Foto: LBHS)

ren Vertriebenen, deren natürlich gewachsene Gemeinschaften in ihren Dörfern und Städten im Zuge von Flucht und Vertreibung zerschlagen worden waren. Nachbarn und Freunde hatten sich aus den Augen verloren. Teilweise waren ganze Familien zerrissen und in alle Winde zerstreut. Erst das Heimattreffen ermöglichte die Chance auf ein Wiedersehen mit den Menschen der gemeinsamen Vergangenheit, mit denen man Erinnerungen an die Zeit in der hügeligen Wald- und Seenlandschaft des „Blauen Ländchens“ teilen konnte. Zugleich war es mit dem Heimattreffen möglich, den nachfolgenden Generationen die eigene Geschichte vor Augen zu führen. Daher betonte die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf in ihrer Festansprache: „Das Bütower Heimattreffen war und ist ein Gewinn – sowohl für die Älteren als auch für die Jungen. Ich möchte den Begründern dieser Patenschafts-Beziehung für den Aufbau dieser Verbindung und ihre Treue zu der damit von ihnen eingegangenen

Verpflichtung ganz herzlich danken. Durch die Einführung des Bütower Heimattreffens wurde ein neuer Bezugspunkt geschaffen, an dem die Menschen zusammenkommen konnten. Generationenübergreifend gibt es einen Anlaufpunkt für das Wiedersehen, das Aufleben alter und die Schaffung neuer Verbindungen und Freundschaften.“ Zudem seien die von den Ländern eingegangenen Patenschaften zu einzelnen Landsmannschaften Ausdruck der gelebten Solidarität mit den Vertriebenen. Auch Hessen habe hier entsprechende Verantwortung übernommen und pflege intensiv seine Patenschafts-Beziehungen zur Landsmannschaft der Wolgadeutschen, zur Landsmannschaft Weichsel-Warthe und zur Deutsch-Baltischen Gesellschaft, so die Landesbeauftragte weiter.

Es sei etwas Besonderes, dass der Bürgermeister des heute polnischen Bytów mit seiner Delegation zum Heimattreffen von weither gekommen sei, um gemeinsam mit den von dort Vertriebenen die Städtefreundschaft zu pflegen

und auch Erinnerungen zu teilen. Drei Tage lang wurde das Jubiläumstreffen mit Veranstaltungen gefeiert. Dies zeige, dass man auch im Wege dieser Heimattreffen die Vergangenheit bewältigen, zu Verständigung beitragen und neue Freundschaften finden könne. Doch ohne die ehrenamtliche Arbeit der Landsmannschaften und Heimatkreise, wie auch des Heimatkreises Bütow und der zahlreichen Männer und Frauen, die sich auf diesem Gebiet ehrenamtlich engagieren, wäre das Bewusstsein um die Kultur der Vertreibungsgebiete sicherlich längst verloren gegangen. Vor diesem Hintergrund sprach die Landesbeauftragte dem Heimattreffensvorsitzenden Michael Gube und allen, die im Heimatkreis Bütow mitwirken, ein großes Dankeschön aus.

Das 30. Bütower Heimattreffen hat vom 23. bis 25. August 2019 in der Patenstadt Frankenberg (Eder) – Philipp-Soldan-Stadt, stattgefunden

Frankenberg (Eder). Nach Frankenberg sind infolge der Vertreibungen zahlreiche Menschen aus Ostdeutschland gekommen, darunter viele aus Pommern. 1961 entschloss sich der damalige Kreis Frankenberg die Patenschaft für die aus dem hinterpommerschen Landkreis Bütow vertriebenen Deutschen zu übernehmen. Ein Jahr später folg-

te die Patenschaft der Stadt Frankenberg über die heute polnische Kreisstadt Bytów. Seither finden regelmäßig in den ungeraden Jahren in Frankenberg/Eder Heimattreffen der früheren Bewohner des Landkreises und der Stadt Bütow statt. Anlässlich des diesjährigen 30. Patenschafts-Jubiläums überbrachte die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für

Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, die herzlichsten Glückwünsche und Grüße der Hessischen Landesregierung.

Für die Bütower – die Heimatvertriebenen aus Bütow – war die Konstituierung des Heimattreffens in Frankenberg ebenso bedeutsam. Ihnen ist es ebenso ergangen wie den meisten ande-

Klein, nicht fein

Zu: Merkel gefährdet das Bündnis (Nr. 32)

Die pauschale Forderung, mindestens zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt in den Wehretat zu investieren, hat nicht unbedingt mit Wirksamkeit zu tun. Warum gerade zwei Prozent? Ein gutes Beispiel ist der schlechte Zustand der Bundeswehr. Komprimiert auf weniger als 200 000 Soldaten und Soldatinnen und mit einem Wehretat von derzeit rund 44 Milliarden Euro müsste sie eigentlich das Prädikat erzielen „klein, aber fein“.

Doch davon trifft nur noch „klein“ zu, um den oft genannten Ausdruck „Trümmertruppe“ zu vermeiden. Was wäre, wenn es wirklich einmal zu einem Verteidigungsfall beispielsweise gegen die „bösen“ Russen käme? Wie viel funktionierendes Material könnte überhaupt schnell an die Front gelangen? Wie lange könnte diese Bundeswehr sie aufhalten? Wie schnell könnten neue Waffensysteme nachgeführt werden, um Verluste auszugleichen? Wie viele Soldaten könnten neu aktiviert werden angesichts einer seit 2011 abgeschafften Wehrpflicht?

Wenn ich daran denke, wie lange es jetzt schon in Friedenszeiten dauert, bis funktionierende Waffensysteme einsatzfähig sind, bräuchten wir vermutlich einen neuen 30-jährigen Krieg, damit wenigstens einige neue Waffen verfügbar wären. Daran ist gut erkenntlich, dass es nicht primär um das Budget geht, sondern um die Effizienz, wie dieses Budget verwendet wird. Und hierbei schneidet die Bundeswehr aus meiner Sicht katastrophal ab.

Wer garantiert, dass ein Verteidigungsetat von zwei Prozent tatsächlich mehr taugliche Waffensysteme bringt? Und eine deutlich erhöhte Schlagkraft insgesamt? Es erscheint mir, dass es hierbei um reine Auftragsbeschaffungsprogramme für die Rüstungsindustrie gehen soll. Dann wird noch mehr nicht funktionierendes Gerät zu immer abnormen Preisen und endlos langen Lieferzeiten geordert, das meist schon veraltet ist, bevor es ausgeliefert wird.

Vielleicht sollten wir zukünftig lieber darauf achten, endlich wieder wirklich fähigen Politikern dieses wichtige Amt anzuvertrauen, die wissen, worum es wirklich geht und dass wirksame Effizienz nicht unbedingt nur mit viel Geld zu erreichen ist. **Henry Stephan, Himbergen**

Wir sollen mehr zahlen, damit die USA Krieg führen können

Zu: Politik der Missachtung (Nr. 33)

Die Forderung der USA nach mehr Geld von Deutschland für dessen Verteidigung ist ja so neu nicht. Trumps Vorgänger haben das immer nur „netter“ ausgedrückt. Dieses Geld, was die USA fordern, dient nur zur Kriegsführung. Die USA führen von deutschem Boden aus Krieg. Sie betreiben über 700 Militärbasen außerhalb ihres Landes. Die größte Militärbasis dabei ist Ramstein. Der Wert dieser Anlage beträgt mindestens 750 Millionen Euro.

Der massiv von den USA betriebene Drohnenkrieg wäre ohne

Ramstein kaum zu machen. Ramstein ist übersetzt gesprochen das Drohnen-Zielfernrohr der US-Militärs, wenn es um Eurasien, den Orient und den afrikanischen Kontinent geht. Die Bundesrepublik macht sich mitschuldig, wenn sie bei dem, was in Ramstein geschieht, wegsieht oder abstreitet, auch nur einen einzigen Verdacht zu haben.

Unsere Regierung sieht keinen Grund, beim Überseepartner nachzubohren. Weiß sie, dass sie ohnehin belogen wird? Im Fall des NSA-Abhörskandals war das ja mehrfach der Fall. Wenn der ehemalige Außenminister der USA, John Kerry, äußerte, in Ram-

stein würden keine Drohnen gestartet, hat er nicht gelogen.

Von Ramstein werden keine unbemannten Waffensysteme Richtung nahen Osten „geschickt“. Sie werden aber von dort aus ins Ziel gelenkt. Mit dem „Zielfernrohr“ Ramstein (damit auch Deutschland) leisten wir mehr als genug. Wo bleibt der Grundgesetz-Artikel 26 (Friedenssicherung)?

Was in diesem Zusammenhang schon sehr bemerkenswert ist, dass sich ausgerechnet ein Land wie Polen anbietet. Was verspricht man sich davon, beziehungsweise was haben die USA versprochen? Absoluten Schutz vor dem „bösen“ östlichen Nach-

barn? Wenn schon mit Truppenabzug der USA gedroht wird, dann aber auch mit „Ramstein“.

Basis der NATO ist der Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der UN-Charta. Die NATO versteht sich nicht nur als Verteidigungsbündnis, sondern auch als militärisch-politische Organisation mit dem Ziel eigener Sicherheit und weltweiter Stabilität. Dieser Satz ist äußerst bemerkenswert. Geht es wirklich noch um die Sicherheit der NATO-Mitglieder oder ausschließlich um die Sicherheit der USA? Kann man Stabilität durch permanente Kriegsführung erreichen? **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Keine andere Wahl

Zu: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“ (Nr. 35)

Die Entscheidung Hitlers, ohne Kriegserklärung anzugreifen, zählt hier nicht. Nachweisbar ist, dass Polen schon vorher mobil gemacht hatte. Hierauf hat unlängst Erika Steinbach, Ex-MdB, hingewiesen. Wütender Aufschrei von links war die Folge. Kriegserklärungen waren schon vorher nicht die Regel, so griffen die USA ohne Kriegserklärung einstmals Mexiko und Vietnam an. Da Polen mobil gemacht hatte, musste es einen Angriff des Reiches erwarten.

Ein weiteres Abwarten der Wehrmacht hätte weitere deutsche Opfer bedeutet. Viele Deutsche wurden quasi in letzter Minute durch die Wehrmacht gerettet. Hugo Rasmus, gebürtiger Bromberger, geht als Zeitzeuge und in seiner Tätigkeit in der Landsmannschaft Westpreußen von 5000 Toten aus, umfassend den Raum Westpreußen/Posen und Rest-Polen. Darunter viele Deutsche, die bei den Verschleppungsmärschen umkamen. Nachzulesen in seinem Buch: „Pommern-Westpreußen 1919–1939“. Hier sind Fotos ermordeter Deutscher zu sehen, die ahnen lassen, auf welch furchtbare Weise diese umgebracht wurden.

Ab 1919, mit der Abspaltung von Westpreußen, begann schon die Hetzjagd auf Deutsche. Circa 70 000 Deutsche flohen damals ins Reich.

Mit dem Tode von Jozef Pilsudski 1935 waren alle Hoffnungen auf einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen zunichtegemacht. Ihm folgten die Scharfmacher Außenminister Josef Beck und Marschall Edward Rydz-Smigly. Der erstere hatte deutsche Vorfahren.

Von Rydz-Smigly ist aus dem Hochsommer 1939 überliefert: „Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.“

Abschließend: Eine „Fünfte Kolonne“ der Deutschen in Polen hat es nicht gegeben. Auch wenn solches von Polen immer wieder behauptet wird. **Bernd Dauskardt, Hollenstedt**



Für die US-Amerikaner wie ein Geschenk des Zweiten Weltkrieges: Angesichts der Bedeutung, welche die US-Militärbasis Ramstein für die USA hat, erscheint Präsident Trumps Gerede von einem Truppenabzug aus Deutschland als leere Drohung Bild: imago/stock&people

Einseitige Geschichtsbetrachtung

Zu: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“ (Nr. 35)

Ich war doch etwas überrascht über den Inhalt dieses ganzseitigen Artikels zum Beginn des Polenfeldzuges und nachfolgenden Zweiten Weltkrieges. Als doch einem dem konservativen Spektrum zugeordneten Pressemedium bin ich davon ausgegangen, dass man sich doch etwas intensiver mit diesem Thema beschäftigt

und nicht nur nach der „neudeutschen“ Geschichtsschreibung Folge leistet.

Inzwischen gibt es doch mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen über die genauere Beschreibung der Vorgeschichte dieses Konfliktes, wie die Generalmobilmachung Polens einige Wochen vorher, die undurchsichtige Haltung Englands (auf dieses Versprechen setzte doch die polnische Regierung), die vielen Ange-

bote Hitlers an die polnische Regierung – um nur den Korridor zu bekommen, wollte er viele der nach dem Ersten Weltkrieg im Osten vollzogenen Gebietsverschiebung akzeptieren –, die Situation der bewaffneten Polen in Danzig (Postamt etc.) sowie die massiven Überfälle und Verbrechen an den Deutschen in Polen in diesen Wochen vorher.

Alle diese Tatsachen sind bekannt und sollten dargestellt wer-

den und nicht durch diese relativ einseitige Geschichtsbetrachtung, zumal doch noch Zeitzeugen existieren.

Dr. Volker Daum, Bayreuth

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Besatzungsmacht USA: das Märchen von der Souveränität Deutschlands

■ Wie frei und souverän ist Deutschland? Über 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges verhalten sich die USA noch immer wie eine Besatzungsmacht. Kaum jemandem ist bekannt, dass die Amerikaner durch die nach wie vor gültigen Besatzungsrechte eine Fülle von Sonderrechten haben und diese auch in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Peter Orzechowski zeigt in diesem Buch, welche Regelungen Deutschland noch immer zur Besatzungszone machen und was die Vereinbarungen in der Praxis bedeuten.

Beispielsweise können die USA mit Truppen beliebiger Stärke in Deutschland einmarschieren, und die Soldaten dort, wo sie wollen, stationieren. Die Deutschen müssen dies dann auch noch finanzieren. Darüber hinaus ist die Bundeswehr verpflichtet, die USA bei deren völkerrechtswidrigen militärischen Interventionen zu unterstützen.

Die Geheimdienste der Siegermächte haben auf deutschem Boden uneingeschränkte Bewegungs- und Handlungsfreiheit

Die Geheimdienste können bei ihren Aktivitäten uneingeschränkt Informationen sammeln, so viele Agenten einsetzen, wie sie möchten – und deutsche

Dienste für sich arbeiten lassen. Die Gesetze unseres Landes gelten für die Agenten nicht. Geheimdienstmitarbeiter dürfen beispielsweise Waffen tragen. Begehen Sie Straftaten, sind sie von der Strafverfolgung ausgenommen. Wie hemmungslos und kriminell vor allem US-Geheimdienste in Deutschland agieren, zeigt Peter Orzechowski eindrucksvoll.

Warum regt sich in Deutschland keinerlei Widerstand dagegen?

Seit 1945 wird unser Denken durch Propaganda im Sinne Amerikas beeinflusst. Der Autor enthüllt die groß angelegte Manipulation und Umerziehung. Eine entscheidende Rolle spielen dabei US-amerikanische Denkfabriken und NGOs.

»Die einzige Weltmacht«

Doch Peter Orzechowski geht noch viel weiter. Er zeigt, dass die USA Deutschland auch auf anderen Ebenen zusetzen: Sie fügen dem Land mit der Waffe der Massenmigration schweren Schaden zu. Und sie führen einen regelrechten Krieg gegen die deutsche Wirtschaft. Dabei bedienen sie sich der NSA und CIA, die deutsche Unternehmen ausspionieren und schädigen.

Die Amerikaner machen daraus auch gar keinen Hehl. Der Sicherheitsberater und Geostratege Zbigniew Brzezinski schrieb schon vor Jahren offen und unmissverständlich, dass Deutschland nicht nur Protektorat sei, sondern auch Vasall der Vereinigten Staaten von Amerika.



Peter Orzechowski:
Besatzungszone • gebunden • 240 Seiten
Best.-Nr. 977 700 • 19,99 €

Ein Fall für den Psychiater

Der »Struwwelpeter« machte eine beispiellose Karriere – Sein Autor Heinrich Hoffmann geriet dagegen in Vergessenheit

Heute geben Eltern ihren Kindern den „Struwwelpeter“ nicht zum Lesen. Zu grausam, heißt es. Im 19. Jahrhundert hielt man das Buch für pädagogisch wertvoll. Es war das erfolgreichste Werk des vor 125 Jahren gestorbenen Seelenarztes Heinrich Hoffmann.

Einen spezifischen Seltenheitswert in der Literaturgeschichte hat der „Struwwelpeter“. Obwohl die lustige Figur aus dem gleichnamigen Bilderbuch der Biedermeierzeit einen weltweiten Siegeszug antrat, blieb ihr „Erfinder“ Heinrich Hoffmann als Schriftsteller weitgehend unbekannt. Auch hatte er mit seinen weiteren Kinderbüchern keinen auch nur annähernd vergleichbaren Erfolg. Nur um des Struwwelpeters willen erinnert man sich heute noch an den Frankfurter Arzt, Anatom, Pathologen und Psychiater Heinrich Hoffmann, der vor 125 Jahren in seiner Heimatstadt Frankfurt am Main starb.

In den Annalen der Stadt ist er verzeichnet als engagierter Arzt und Leiter einer nach damaligem Maßstab modernen psychiatrischen Klinik. Bei der Versorgung psychisch kranker Menschen folgte er einem humanen Leitbild.

Es war kurz vor Weihnachten 1844, als Hoffmann in den Frankfurter Buchhandlungen nach einem Bilderbuch als Geschenk für seinen dreijährigen Sohn Carl Philipp Ausschau hielt. Da er keines fand, das seinen Vorstellungen entsprach, kaufte er ein leeres Schreibheft und füllte die Seiten mit einigen selbst ausgedachten, illustrierten Geschichten.

An Übung und Phantasie fehlte es ihm als Gelegenheitschrift-



ADHS-Patient: Der Zappel-Philipp aus dem „Struwwelpeter“

Bild: Heinrich Hoffmann/Archiv

steller nicht. Er konnte auf grotesk-komische Bildergeschichten aus seinem Fundus als Arzt zurückgreifen, welche ihm während der Untersuchung von zappelnden, schreienden kleinen Patienten als Mittel zur Ablenkung dienten.

Kinderbücher ohne Belehrungen waren seinerzeit eine Ausnahme. So handeln die Geschichten des „Struwwelpeter“ von Kindern, die ein auffälliges oder tadelnswürdiges Verhalten an den Tag legen und sich dadurch mitunter selbst in Gefahr bringen. Dementsprechend haben sie zu-

meist keinen guten Ausgang. Dass

solche Horror- und Gruselwirkung Verstand und Gemüt eines Dreijährigen deutlich überfordert – dieser Gedanke kam dem Seelenarzt wohl nicht angefliegen. Einige Jahrzehnte später hat man diese Art der Kinderunterhaltung denn auch als verfehlt kritisiert und einer veralteten Erziehungsmethode zugeschrieben.

Der Faszination des Bilderbuchs tat die von der reformerischen Pädagogik ausgehende negative Wertung bis zum heutigen Tag keinen Abbruch. Jedoch wurde der „Struwwelpeter“ nicht mehr wie früher als Haus- und Erziehungsbuch angesehen. In-

zwischen deutet man Hoffmanns Struwwelpeter-Typen als Erstbeschreibung des Hyperkinetischen Syndroms, auch als Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom (ADHS) bezeichnet.

Auch Erwachsene fanden seinerzeit Gefallen an den originellen Zeichnungen und Reimversen des „Struwwelpeter“, nämlich Hoffmanns Freunde vom Kulturverein „Gesellschaft der Tutti Frutti“, den er selbst gegründet hatte. Sie überredeten ihn, seine Bilderhandschrift drucken zu lassen. Dem Verleger Zacharias Löwenthal überließ er daraufhin sein Manuskript mit den Worten:

„Meinetwegen. Geben Sie mir 80 Gulden und versuchen Sie ihr Glück!“ Hoffmann hatte sich mit mäßigem Erfolg als Komödientextschreiber betätigt und schuldete Löwenthal noch 80 Gulden.

Ergänzt um vier weitere Bilder-geschichten – damit waren es insgesamt zehn –, erschien vor Weihnachten 1845 unter dem Pseudonym Reimerich Kinderlieb die erste Ausgabe von „Lustige Geschichten und drollige Bilder mit 15 schön kolorierten Tafeln für Kinder von 3 bis 6 Jahren“. Innerhalb von vier Wochen waren 1500 Exemplare verkauft.

Ab der fünften Auflage wurde der Struwwelpeter zur titelgebenden Figur des Buches, da er bei den Kindern den stärksten Eindruck hinterließ. In seinen Lebenserinnerungen notierte der Autor: „Und der Struwwelpeter betrat die Bühne der jugendlichen Welt. Der Schlingel hat sich die Welt erobert, ganz friedlich, ohne Blutvergießen, und die bösen Buben sind weiter auf der Erde herumgekommen als ich.“

Hoffmann wurde am 13. Juni 1809 als Sohn eines Frankfurter Architekten und Städtischen Wasser- und Brückenbauinspektors geboren. Nach seinem Schulabschluss nahm er 1829 das Medizinstudium in Frankfurt am Main auf, das er ab 1832 in Halle an einer Klinik fortsetzte. 1833 wurde er zum Doktor promoviert. Zurück in Frankfurt, erhielt Hoffmann seine erste Anstellung in einem Leichenhaus in Sachsenhausen. In dem Ort eröffnete er eine eigene Praxis. Beruflich wie privat schloss er sich einem Kreis wohlthätiger Ärzte an, die eine Armenklinik in der Meisengasse

gegründet hatten. 1840 heiratete er Therese Donner und bekam mit ihr drei Kinder. Der mit dem Ur-„Struwwelpeter“ beschenkte Sohn Carl Philipp starb 1868 mit 27 Jahren in Lima/Peru am Gelbfieber.

An der Senckenbergischen Anatomie erteilte Hoffmann von 1845 bis 1851 Unterricht für Chirurgen und Lehrer. Er war Mitglied des Vorparlaments von 1848 und Initiator des Bürgervereins der Frankfurter Nationalversammlung. 1851 wurde ihm die Leitung der „Anstalt für Irre und Epileptische“ übertragen, im Volksmund „Irrenschlösschen“ genannt. Die dort herrschenden Verhältnisse bezeichnete er als unerträglich. Mit dem Architekten Oskar Pichler reiste er durch Deutschland und mehrere andere Länder, „um die bewährtesten Irrenanstalten kennen zu lernen“.

Mit Spendengeldern und städtischen Mitteln wurde ein Neubau der „Anstalt für Irre und Epileptische“ auf dem „Affensteiner Feld“ (eigentlich Ave-Maria-Stein-Feld) im damals noch nahezu unbebauten Westend geplant und bis 1864 fertiggestellt. Hoffmann wohnte mit seiner Familie und einigen Wärtern in der neuen Anstalt, die er bis 1888 leitete. Er starb am 20. September 1894 in Frankfurt.

Das 1977 eröffnete Frankfurter Struwwelpeter-Museum ist im August in die neue Frankfurter Altstadt in das Haus „Alter Esslinger“, Hinter den Lämmchen 4, umgezogen. Bleibt noch zu bemerken, dass kein anderes Kinderbuch so viele Parodien provoziert hat wie der Struwwelpeter. Auch sie sind im Museum ausgestellt. Dagmar Jestrzemski

Künstliche Künstlerin

Schluss mit der Kreativität – Roboter fangen mit dem Malen an

Roboter-Frau AI-Da stellt erstmals Kunstwerke aus. Und das mit vollem Erfolg. Die Erfindung mit dem Namen AI-Da ist in Großbritannien zu Hause und ein Produkt der Zusammenarbeit von Kunsthändler Aidan Meller, Kuratorin Lucy Seal und der Universität Oxford. Schon wenige Tage nach der Ausstellungseröffnung stand fest: Das Projekt hat sich gelohnt, es hat mehr als eine Million US-Dollar eingespielt.

So weit ist es also schon gekommen, dass wir in eine Ausstellung gehen, um uns Bilder und Skulpturen anzusehen, die von einer Maschine erstellt wurden. Silikon, Kameras und Produkte aus dem 3D-Drucker wurden zusammengeschraubt, die so entstandene Hardware wurde mit Software bestückt und mit Algorithmen gefüttert. Fertig ist der Mal-Roboter. Entschuldigung: Der Künstler. Jetzt kann man der Roboterfrau wahlweise einen Bleistift oder einen Pinsel in die Hand drücken. Die Software führt den technisch eindrucksvollen Arm, der nichts, aber auch gar nichts Menschliches hat und blanke Maschine ist. Dann entsteht eine Zeichnung oder ein Gemälde.

Im Gegensatz zu dem Maschinen-Arm hat der Kopf von AI-Da eine dem Menschen nachempfundene Optik. Was das Auge von AI-Da, besser gesagt die Kameras hinter der so menschlichen Fassade, erfassen, das bilden sie ab. Die Programme, die dafür genutzt werden, sind eine Kombination aus Bilderfassung wie bei Überwachungskameras und Bildbearbeitung, wie sie heute bei der Fotobearbeitung Standard ist.

Andere Elemente wie Filter sorgen dafür, dass sogar unterschiedliche Stile programmierbar sind. Neu? Nein. Diese Möglichkeiten gibt es bereits in kommerziell verfügbarer Software, mit der Aquarelle ebenso erzeugt werden können wie Bilder im Stil des Pointillismus. Trotzdem gilt AI-Da als Meilenstein und wird als erster humanoider AI-Roboter-Künstler gefeiert.

Die Verwendung von Algorithmen ist ebenfalls nicht neu. Sie herrschen bereits über viele Lebensbereiche, ermitteln unsere Kreditwürdigkeit ebenso wie mögliche Krankheiten. Relativ kurz werden Algorithmen jedoch erst im Bereich der Kunst einge-



Mal-Genie: Roboterfrau AI-Da präsentiert ihr Werk

Bild: pa

setzt. Informatikprofessoren basteln weltweit an kreativer Software, wobei manche auf das Prinzip Zufall setzen, andere Künstliche Intelligenz (KI) verwenden. Die oft nach dem englischsprachigen Begriff „Artificial Intelligence“ (AI) bezeichnete Software sorgt

beim automatisierten Lernen dafür, dass Prozesse des menschlichen Gehirns nachgeahmt werden, sodass der Roboter aus gemachten Erfahrungen lernen kann, und so selbstständig neue Entscheidungen treffen kann.

Wer jetzt denkt, damit sei der menschliche Künstler überflüssig, der irrt. Künstler sehen den Einsatz von KI und KI-Robotern, den technisch raffinierten Maschinen, als neuen Weg und Bereicherung. Mit den zur Verfügung stehenden Algorithmen kann der menschliche Künstler spielen, indem er den Roboter mit verschiedenen Aufträgen oder Inspirationen füttert. Künstler, KI-Entwickler und Software sowie Roboter arbeiten

gewissermaßen Hand in Hand. Kunst wird zum Gemeinschaftsprodukt.

Das ist an sich nicht neu. Aber wenn ein Roboter mit von der Partie ist, dann ist das zumindest vorübergehend aufregend neu.

Stephanie Sieckmann

Zitrone des Nordens

Die Dithmarscher feiern dieses Wochenende wieder ihre »Kohltag«

Ein Reisender, der im September in Schleswig-Holstein über die Weiten der saftigen Marsch blickt, taucht ein in ein Meer voll praller Kohlköpfe. In Dithmarschen, dem größten zusammenhängenden Kohlanbaugebiet Europas, wachsen unter optimalen Wetterbedingungen und auf fruchtbaren Böden viel-



Reiche Ernte: Kohl, wohin das Auge blickt

Bild: Dithmarschen Tourismus

fältige Kohlarten. Auf einer Fläche von über 3000 Hektar werden über den für die Region typischen Weißkohl hinaus auch Rotkohl, Rosenkohl, Wirsing, Spitzkohl, Brokkoli und viele weitere Kohl-sorten angebaut.

Jedes Jahr ernten die Dithmarscher gut 80 Millionen Kohlköpfe – quasi für jeden Bundesbürger einen. Wenn im September zur Huldigung des knackigen Feldgemüses die Dithmarscher Kohltag gefeiert werden, steht die ganze Region buchstäblich Kopf. Das kulturelle Erntefest zieht an diesem Wochenende wieder zahlreiche Besucher in die Region. Viele Ver-

anstaltungen rund um das gesunde Gemüse verwandeln den Westküstenkreis eine Woche lang in ein riesiges Volksfest.

Dass Kohl zum Markenzeichen des Landstrichs werden konnte, ist vor allem dem Wesselburener Gärtner Eduard Lass zu verdanken. Er revolutionierte Ende des 19. Jahrhunderts den Gemüsean-

bau in Dithmarschen. Zu Beginn der 1890er Jahre lagen die Korn- und Viehpreise so niedrig, dass eine Alternative gefunden werden musste. Auch die Zuckerrübe galt damals als unrentables Gemüse. Somit begann Eduard Lass, mit dem Gemüseanbau zu experimentieren.

Das führte schnell zu Erfolg: Durch die optimalen Bodenbedingungen und den ständigen leichten Wind, der als natürlicher Schädlingsbekämpfer agiert, konnte der Kohl prächtig heranwachsen und schon bald gewinnbringend angebaut werden. Durch den Kohl erlebte Dithmar-

schen eine Blütezeit, und viel Geld floss in die Region. In der alten Wesselburener Zuckerrübenfabrik entstand eine moderne Sauerkraut-Konserven-Fabrik. Von hier aus gelangte der Kohl nach ganz Europa. Heute befindet sich auf dem historischen Gelände das „KOHLosseum“, in welchem eine Ausstellung über den Anbau und die Verarbeitung des gesunden Gemüses gezeigt wird.

Unter seinem englischen Namen „Kale“ ist Grünkohl mittlerweile international zum Trendgemüse aufgestiegen. Insbesondere in den USA erobert das vitaminreiche Gemüse die Küchen. Nicht nur in klassischen Gerichten, sondern in Salat, mariniert oder mit Pasta erfreut er sich dort großer Beliebtheit. Beim Genuss von Kohl wird der Körper mit reichlich Vitaminen und Mineralien versorgt. Bestimmte sekundäre Pflanzenstoffe, Ballaststoffe und andere Substanzen sollen sogar das Risiko für verschiedene Krebsarten senken.

Das wertvolle Wintergemüse kann zudem helfen, den Cholesterin- und Blutzuckerspiegel positiv zu beeinflussen und auf natürliche Weise für eine gute Verdauung zu sorgen. In der Naturheilkunde wird das Gemüse für seine antioxidative und entzündungshemmende Wirkung geschätzt und beispielsweise als Krautwickel oder Krautsalbe verwendet. Wegen seines hohen Mineralstoff- und Vitamingehalts bezeichnet man Kohl zudem auch als „Zitrone des Nordens“. Andreas Guballa

Das Programm der Dithmarscher Kohltag findet man im Internet: www.dithmarscher-kohltag.de

MELDUNGEN

ÖR-Nutzer alt und eher links

Oxford – Die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (ÖR) sind alt und eher links. Wie das Portal „Science Files“ aus einer britischen Studie in acht europäischen Ländern zitiert, sind 52 Prozent der deutschen ÖR-Nutzer 55 Jahre alt und älter, nur sechs Prozent gehören der Altersgruppe 18- bis 24-jährigen an. Zudem stehen die Nutzer der öffentlich-rechtlichen Sender im Schnitt politisch weiter links als der Durchschnitt der Deutschen. H.H.

CDU, AfD und ein Grüner

Dresden – Im sächsischen Gohrisch haben die drei Abgeordneten von CDU und AfD mit dem parteilosen Grünen-Ratsmitglied Uwe Börner eine gemeinsame Fraktion gebildet. Kreis- und Bundesspitze der Grünen haben darauf mit Empörung reagiert, wie die „Sächsische Zeitung“ berichtet. Bundesgeschäftsführer Michael Kellner bezeichnete es als richtig, dass Kreis- und Bundesverband der Grünen Börner jegliche Unterstützung entzogen hätten. H.H.

ZUR PERSON

Fragwürdige Preisträgerin

Der Nelly-Sachs-Preis der Stadt Dortmund ehrt Personen, die überragende Leistungen auf dem Gebiet des literarischen und geistigen Lebens hervorbringen und sich für eine Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen den Völkern einsetzen. In diesem Jahr soll er an die Schriftstellerin **Kamila Shamsie** gehen, weil „ihr literarisches Schaffen Brücken zwischen Kulturen schlägt“. Shamsie wurde 1973 in Karatschi geboren, wuchs dort auf und zog 2007 nach London. Sie hat die pakistanische und die britische Staatsbürgerschaft.

Ihr literarisches Werk kann als durchaus preiswürdig angesehen werden, allerdings unterstützt sie aktiv die Bewegung BDS, welche die Zusammenarbeit von Israelis und Palästinensern verurteilt, zum wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Boykott Israels aufruft und vom Bundestag parteiübergreifend als antisemitisch eingestuft wurde.

Der Nelly-Sachs-Preis soll Persönlichkeiten verliehen werden, die

geistige Toleranz und Versöhnung unter den Völkern verkündet und vorgelebt haben. Die Jüdin Nelly Sachs, die den Holocaust

nur durch Flucht nach Schweden überlebt hat, war 1961 selbst die erste Preisträgerin. Sie war auch die Erste, die den Holocaust lyrisch thematisierte, und erhielt 1966 den Literatur-Nobelpreis. Sie glaubte daran, „dass Zukunft, auch angesichts erfahrenen Leids, im Miteinander liegt“. Daran glaubt Shamsie offensichtlich nicht. Sie propagiert den Boykott Israels, „um die palästinensische Zivilgesellschaft“ zu unterstützen. Die Zivilgesellschaft in der Westbank und Gaza, wo Terrororganisationen jeden Aspekt des zivilen Lebens kontrollieren, gibt es jedoch nicht. Zum Schutz gegen diese Terrororganisationen musste Israel jene Mauer errichten, die Shamsie als „schlimmsten Ausdruck des israelischen Apartheid-Systems“ anprangert. B.B./J.H.



Ladestation

Bestens dressiert

Warum Altmaier bei dem Mädel abblitzte, warum die CO₂-Steuer bald Junge kriegt, und wieso die Deutschen da mitmachen/ Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der arme Peter Altmaier. Im Schweiß seines Angesichts hat unser Bundeswirtschaftsminister alles versucht, der 22-jährigen Berliner „Klima-Aktivistin“ Leonie Bremer bei „Hart aber fair“ darzulegen, was er alles zur Weltrettung leistet. Er fahre sogar mit dem Rad in Berlin umher, gelegentlich „auch ins Ministerium“. Und zum Essen mit Bekannten gebe es bei ihm nicht mehr wie früher Rinderfilet, sondern Geflügel.

Da kann der Nordpol doch gar nicht anders, als vor Rührung und Dankbarkeit wieder zuzufrieren, möchte man meinen. Ja, die Arktis mag so nett sein. Leonie Bremer von „Fridays for Future“ aber macht keine Gefangenen. Sie will erst Ruhe geben, wenn das „Klimakabinett“ unsere Forderungen umsetzt. Und zwar alle, basta. Auch SPD-Mann Matthias Miersch konnte sich in der Sendung noch so tief in den Staub werfen. Das strenge Fräulein Bremer gab keinen Millimeter nach.

Wie sollte sie auch? Die Klimakämpferin ist das Inbild einer jugendlichen Fanatikerin, wie es sie zu allen Zeiten der Geschichte immer mal wieder gab. Manchmal sehen sie sich sogar verblüffend ähnlich. Wäre Bremer keine Greta-Jüngerin sondern eine Vertreterin der Jungen Alternative, hätten die Medien sich mit Wonne auf ihre streng geflochtene Haartracht gestürzt, „AfD-Mädel im BDM-Look bei Plasberg“ gejohlt und festgehalten, dass man schon an der Frisur erkenne, aus welcher dunkler Höhle diese Frau ihre Weisheiten gefördert habe.

Na ja, das ist dann wie bei Herbert Grönemeyers Sportpalast-Anfall neulich in Wien (siehe Seite 1): Wenn die Richtung stimmt, übersieht man gerne so dies und das. So war es auch nicht weiter wild, als bei Plasberg der Sportsegler Boris Herrmann, auf dessen Jacht Greta Thunberg ihren Atlantik-Törn nach New York absolviert hat, mit einer ärgerlichen Frage konfrontiert wurde. Eitliche der Crewmitglieder seien per Flugzeug nach Europa zurückgekehrt. Wie denn das mit dem „Klimaschutz“ zu vereinbaren sei.

Ach, meinte Herrmann, „niemand kann heute allein hundertprozentig nachhaltig leben“. Wun-

derbar! Mit der Ausrede können wir jede noch so heftige Heuchelei „klimaneutral“ verpacken. Sind wir nicht alle kleine Sünderlein? Und ist nicht in Wahrheit die Gesellschaft an allem schuld? Genau: „Was wir brauchen, ist eine gute Politik“, fordert Herrmann bei „Hart aber fair“. Man könnte auch sagen: Wir sind willig, sofern man uns zwingt.

Da sind wir auf gutem Wege, denn endlich geht's zur Sache. Das „Klimakabinett“ ist einen weiteren Schritt zu unserer Erlösung von unseren Sünden gegangen. Der Weg ist ganz einfach und führt uns weit zurück in eine selige Vergangenheit.

Es gab nämlich Zeiten, da wurden einfache Landarbeiter gar nicht oder kaum mit Geld bezahlt, sondern mit dem „Deputat“. Das waren Sachzuteilungen an Kleidung und Nahrung. Diese glücklichen Menschen konnten gar nichts falsch machen bei der Entscheidung, was sie aßen und anzogen. Das entschiedene ja andere für sie.

Dann kam, historisch gesehen, das Geldgehalt und mit ihm die Verheerungen der „freien Entscheidung“.

Das müssen wir rückgängig machen. Daher sinnen die regierenden und indirekt mitregierenden Parteien seit Jahren darüber nach, wie sie uns das Geld wieder abnehmen können. Schon zahlen wir die zweithöchsten Strompreise der Welt (nach Dänemark) und vermutlich bald die höchsten, wenn die CO₂-Steuer da ist.

Praktischerweise wissen die Experten schon heute, dass auch diese Steuer klimatechnisch gesehen vollkommen verpuffen wird. Da dies hundertprozentig vorhersehbar ist, können wir heute schon sagen, was uns erwartet. Ganz zerknirscht werden die Verantwortlichen feststellen, „dass die getroffenen Maßnahmen leider nicht ausreichen, um einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, weshalb zusätzliche gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele unausweichlich

sind“. Dann kann die nächste Runde von Zusatzsteuern eingeleitet werden.

Damit die Leute nicht unwirsch auf ihre planvolle Plünderung reagieren, werden Schlaftabletten verteilt. Etwa in Form der Behauptung, alles werde „sozialverträglich“ organisiert. Aha? Die Zusatzkosten sollen die Leute doch dazu bringen, ihren Energieverbrauch zu „überdenken“, also zu vermindern. Wenn die breite Masse wegen des „sozialen Ausgleichs“ von den Belastungen aber gar nichts spürt, warum sollten sie dann irgendetwas vermindern? Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Oder genauer: Sie springt aus dem Sack. Denn dieser „soziale

Statt Geld sollten Beschäftigte nur noch klimaneutrale Sachleistungen erhalten

Weichmacher bringt ans Licht, dass es gar nicht um „Klimaschutz“ geht, sondern ums Geldeinsacken. Das macht aber nichts, die Deutschen haben eine drei Jahrzehnte lange „Klimaschutz“-Dressur durchlaufen und sind bestens für alle weiteren Zumutungen abgerichtet. Diese Dressur umfasste indes bei Weitem nicht bloß das Klima-Thema, sondern eigentlich alle neuralgischen Punkte.

Die Deutschen, die einst zu Tode erschrocken aus dem NS-Wahn erwacht sind und später auch die rote Diktatur abgeschüttelt haben, müssten eigentlich ein besonderes Sensorium besitzen für den Fall, dass sie erneut an der Nase herumgeführt werden. Haben sie aber nicht, sonst würden sich Medienleute nicht Sachen erlauben wie diese:

„Focus online“ berichtet, der Chef der italienischen Lega-Partei Matteo Salvini habe zur Zeitung „Il Giornale“ gesagt, „die (sozialdemokratische Partei) PD steht im Dienst fremder Länder, sie glauben, dass wir alle Riesenschafe und Sklaven sind, die nur auf das warten, was Brüssel und Paris sagen“. Harte Worte, allerdings.

Aber, so „Focus online“, Salvinis Worte „relativieren sich“, wenn man bedenke, dass „Il Giornale“ vor drei Jahren eine Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ seiner Wo-

chenend-Ausgabe beigelegt habe. Außerdem habe das Blatt ein Jahr zuvor ein Werk über Mussolini mit der Zeitung versendet.

Also, der Reihe nach: Eine aktuelle Äußerung von Salvini „relativiert sich“, weil die Zeitung, die diese Äußerung zitiert, vor Jahren historische Texte von und über Hitler und Mussolini veröffentlicht hat? Machen Sie sich keine Sorgen, wenn Sie jetzt vor einem Rätsel stehen, weil Sie beim besten Willen keinen Zusammenhang erkennen können.

Die Lösung des Rätsels ist nämlich einfach: Diesen Zusammenhang gibt es auch gar nicht. Es ging dem Autor lediglich darum, die Namen Salvini, Hitler und Mussolini in einen Absatz zu packen. Ja, es ist mal wieder das berühmte „Framing“: Der Leser soll genötigt werden, in seinem Kopf selbst Zusammenhänge herzustellen, wo keine sind. Ziel ist es, dass er die Namen Salvini, Hitler und Mussolini künftig zusammen denkt, damit Salvini als „irgendwie Nazi“ untergebracht werden kann.

Allerdings müssen wir feststellen, dass solches „Framing“ früher deutlich geschickter verhüllt wurde. Hier kommt es dermaßen platt und offensichtlich daher, dass es eigentlich jeder erkennen müsste. Tut er aber nicht. Von 93 Netzkommentaren stellen sich zwar fast alle auf Salvini Seite, aber nur einer spielt auf das freche „Framing“ mit den beiden Diktatoren an. Sehen Sie?

Wie wir unverhüllt gelenkt werden, lässt auch „Spiegel online“ offen durchblicken. In einer Meldung am Dienstag hieß es, ein Rollstuhlfahrer aus Libyen sei in Chemnitz von einem mutmaßlichen Rechtsradikalen attackiert worden. Die Tat sei von der Polizei schon am vergangenen Sonntag gemeldet worden. Aha! Und warum meldet „Spiegel online“ das dann erst am Dienstag?

Die Antwort gibt das Organ selbst: Die Polizei habe am Sonntag noch nicht angegeben, „dass es sich bei dem Opfer um einen Rollstuhlfahrer aus Libyen handelt“. Kann bloß heißen: Wäre das Opfer Deutscher gewesen, hätte man die Sache wohl unter den Tisch fallen lassen. Begründung: „nur von regionaler Bedeutung.“

MEINUNGEN

Die Historiker und Politikwissenschaftler **Heiko Heinisch** und **Nina Scholz** warnen in der „FAZ“ (12. September) vor **Nativität gegenüber den Eroberungsgelüsten des politischen Islam**:

„Legalistische Islamisten nutzen die Möglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats, aber es wäre ein fataler Irrtum, in ihnen Demokraten zu sehen. Ihr Ziel ist ein Staat auf Grundlage der Scharia. Der ... Chefideologe der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, formulierte bereits vor einem Jahrzehnt unverblümt das Ziel für Europa: ‚Ich erwarte, dass der Islam Europa erobern wird, ohne zum Schwert oder zum Kampf greifen zu müssen – mittels Dawa (Missionierung, Anm. der Redaktion) und durch die Ideologie. Die Muslime müssen zu handeln beginnen, um diese Welt zu erobern.‘“

Der Chef der Züricher „Weltwoche“ (10. September), **Roger Köppel**, warnt vor dem massenhaften verleumderischen Gebrauch des Wortes „**rechtsex-trem**“:

„Wer bei jeder nichtlinken Wortmeldung reflexhaft ‚rechts-extrem‘ ruft, wird nicht mehr gehört, wenn irgendwann wieder echte Rechtsextreme aufmarschieren. Vieles spricht dafür, die Begriffe abzurüsten und sich mit der Tatsache abzufinden, dass es in der Politik immer links und rechts, Streit und Auseinandersetzung geben wird, hoffentlich auf der Grundlage des pluralistischen demokratischen Rechtsstaats.“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (12. September) deckt die **Gaschke** einige **Tabus der bundesrepublikanischen Mainstream-Medien** auf:

„In den moralischen Medien wird man nur sehr selten etwas sehen, hören oder lesen über böse, antisemitische Palästinenser; korrupte Grünen-Politiker; dumme Antifaschisten; verantwortungslose Alleinerziehende, schlechte Erzieherinnen, unglückliche Scheidungskinder; unverschämte, undankbare Migranten.“

Mehr als 200 000 Mal pendeln Spitzenbeamte und Regierungsmitarbeiter pro Jahr per **Flugzeug zwischen Berlin und Bonn**. **Kai Wiese** findet das angesichts geplanter Klimagesetze **zulasten der Bürger heuchlerisch**. Er schreibt in der „Bild“-Zeitung (16. September):

„Die Pendelei zwischen Bonn und Berlin verursacht Zehntausende Tonnen CO₂ pro Jahr. Es sind dieselben Regierungsmitarbeiter, die morgens im Flieger sitzen, um später am Tag an knallharten Klimagesetzen zu schreiben – jeweils auf Kosten der Steuerzahler ... angesichts neuer Klimagesetze ist es einfach verrückt.“

Auf dem Portal „rt-deutsch“ (13. September) beschreibt **Jens Zimmer** die Wirkweise der „**Politischen Korrektheit**“:

„Political Correctness hat nichts Positives an sich ... Eingehüllt wird alles von einem betäubenden Gestank der Angst. Angst, etwas Falsches zu sagen. Angst, etwas Falsches zu denken. Angst, etwas Falsches zu wählen. Angst, dabei entdeckt und selbst zum Ziel des Hasses zu werden. Es ist das effektivste Gefängnis überhaupt. Ein Käfig für den Verstand. Genau so geht Diktatur.“